

Peter Eisenhut
Frank Bodmer

Wirtschaftsstudie «Ostschweiz 2007»

Die Ostschweiz in Bewegung



IHK
Industrie- und
Handelskammer

St.Gallen
Appenzell



Diese Studie wurde mit freundlicher Unterstützung der Bankenvereinigung der Stadt St.Gallen realisiert.



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	2
	Zusammenfassung	3
Kapitel 1	Einleitung	7
Kapitel 2	Der wirtschaftliche Aufschwung	10
Kapitel 3	Die Ostschweiz holt auf	14
Kapitel 4	Leichter Rückstand bei der Attraktivität als Wohnort	19
Kapitel 5	Die Ostschweiz als Arbeitsort	25
Kapitel 6	Branchenstruktur: Grosse Bedeutung von Industrie und Gewerbe	31
Kapitel 7	Aussenhandel als Erfolgsfaktor	42
Kapitel 8	Direktinvestitionen: Chancen überwiegen	49
Kapitel 9	Moderate Steuerbelastung – mit Ausnahmen	56
Kapitel 10	Herausforderungen aus Sicht der Unternehmer	63
Kapitel 11	Herausforderungen aus Sicht der Politik	69
Kapitel 12	Perspektiven der Ostschweizer Wirtschaft bis 2012	76
Kapitel 13	Folgerungen aus den Analysen und Perspektiven	84
Kapitel 14	Empfehlungen	89
	Anhang: Wirtschaftsregionen	104

Vorwort

Die Ostschweiz durchlebt gegenwärtig wirtschaftlich sehr erfolgreiche Jahre. Der Grund dafür liegt in einer Kombination verschiedener Faktoren: globaler Konjunkturaufschwung, Renaissance der Industrie, Strukturanpassungen in den Unternehmen und last and least erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Dessen ungeachtet nehmen der internationale Wettbewerb und die Konkurrenz um Standorte zu. Die Rahmenbedingungen werden – teils mit enormem Mitteleinsatz – kontinuierlich verbessert, so dass es an der Spitze immer enger wird. Mithalten kann nur, wer sich diesem Wettbewerb stellt und den Reformbedarf auch in konjunkturellen Boomzeiten aufzeigt und anpackt. Dieser Aufgabe fühlt sich die IHK verpflichtet: Sie zählt nicht nur die Konjunkturbeobachtung, sondern auch die Berichterstattung zur Struktur- und Wachstumsentwicklung zu ihren Pflichtaufgaben.

Die vorliegende Studie unterscheidet sich von anderen durch folgende Besonderheiten: Erstens wird den unternehmerischen Herausforderungen viel Platz eingeräumt. Zu deren Erfassung wurden 124 Interviews mit Unternehmensführern geführt und 1400 Unternehmen wurde ein Fragebogen zugestellt. Zweitens haben wir sowohl die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Kantone als auch die Forderungen der IHK auf ihren Erfolg hin überprüft. Drittens haben wir – nach der Analyse und den Perspektiven – Schlussfolgerungen gezogen, wirtschaftspolitische Ziele gesetzt und Empfehlungen erarbeitet.

Das Zustandekommen dieser Studie wurde dank vielseitiger Unterstützung ermöglicht. Grosser Dank gebührt Dr. Frank Bodmer, selbständiger Ökonom und PD an der Universität Basel, der nicht nur Ordnung in die Unmenge von Daten gebracht hat, sondern als Mitautor einen wesentlichen Beitrag leistete. Für die Durchsicht und anregenden Diskussionen danken die Autoren dem Direktor Dr. Kurt Weigelt, dem Präsidenten Dr. Konrad Hummler, der Vizepräsidentin Franziska Tschudi, dem Ausschussmitglied Prof. Dr. Urs Fueglistaller und dem Vorstandsmitglied Christoph Tobler. Zudem danken wir den Studierenden des 6. Semesters an der HSG, welche mit grossem Engagement (im Rahmen des Integrationsseminars 2007 bei Prof. Fueglistaller) 124 Unternehmensführer aus der Ostschweiz interviewt haben. Für die Übernahme des Lektorates danken wir Urban Auer und Priska Schär vom St.Galler Tagblatt. René Güntensperger, Leiter Kommunikation der IHK, danken wir für seine intensive Mitarbeit in der Endphase der Studie.

Ohne finanzielle Unterstützung von dritter Seite wäre dieser Bericht nicht zustande gekommen. Der Bankenvereinigung der Stadt St.Gallen gebührt für ihren grosszügigen finanziellen Beitrag ein besonders herzlicher Dank.

Der vorliegende Bericht will das Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostschweiz in Vergangenheit und Zukunft fördern sowie notwendige wirtschaftspolitische Impulse setzen. Er will informieren, aufrütteln, loben, kritisieren, anregen, fordern und kritische Diskussionen auslösen.

Wir freuen uns, liebe Leserin und lieber Leser, wenn Sie diese Ziele nach der Lektüre als «erfüllt» beurteilen. Dies wünschen wir Ihnen und uns.

Peter Eisenhut, Chefökonom

St.Gallen, im Oktober 2007

Zusammenfassung

In der Wirtschaftsstudie «Ostschweiz 2007» wird eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Ostschweiz, ihrer Kantone und Regionen vorgenommen. Ein vertiefter Blick richtet sich dabei auf die Attraktivität der Ostschweiz als Wohn- und Arbeitsort und auf die Branchenstruktur. Aufgrund der Branchenzusammensetzung verdienen die Exporte, die Direktinvestitionen und das Offshoring der Ostschweizer Wirtschaft in einem eigenen Kapitel ein spezielles Augenmerk.

Eine Besonderheit des vorliegenden Berichtes sind die breit angelegte Befragung von Unternehmen sowie die zahlreichen Interviews mit Geschäftsleitern. Damit wurden die Herausforderungen, die Chancen und Gefahren sowie die Ansprüche der Unternehmen an die Wirtschaftspolitik in Erfahrung gebracht.

In einem weiteren Analysekapitel wird überprüft, ob den Kantonen und der IHK St.Gallen-Appenzell sowie der IHK Thurgau mit der Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Massnahmen bzw. mit ihren Empfehlungen Erfolg beschieden war.

Die Unternehmensbefragung diente als zentrale Basis zur Darstellung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung bis 2012 – bezogen auf Branchen, Kantone und Regionen. Die Ergebnisse der Analyse und der Perspektiven waren die Grundlage für die abschliessend aufgestellten wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Studie lassen sich in 10 Punkten zusammenfassen:

- 1. Die Ostschweiz in «Champagnerlaune»:** Die Wirtschaft setzte 2004 zu einem Aufschwung an, der bis heute anhält und sich stark auf die Industrie stützt. Die Ostschweiz blickt auf eine besonders erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zurück, welche sich durch folgende Merkmale auszeichnet: markanter Anstieg der Industrieproduktion, rasantes Exportwachstum, Bauboom, steigende Erträge in den Dienstleistungsbranchen, gute Konsumentenstimmung, sinkende Steuern bei steigenden Steuereinnahmen und sinkende Arbeitslosigkeit. Die Wachstumsraten der Haushaltseinkommen belegen, dass die Ostschweiz zwar nach wie vor unter dem Landesmittel liegt, aber am Aufholen ist. Trotzdem aufgepasst: Eine «Champagnerlaune» ist gefährlich. Allzu oft folgt darauf eine Katerstimmung.
- 2. Branchenstruktur:** Chance oder Gefahr? Lange Zeit wurde dem Industriesektor in hoch entwickelten Ländern ein langsames Sterben vorausgesagt. In den vergangenen Jahren konnte sich die Industrie aber nicht nur gut halten, sondern sie war der eigentliche Motor des Aufschwungs. Zu Recht kann man von einer eigentlichen Renaissance der Industrie sprechen, die der Ostschweiz mit ihrem überdurchschnittlichen Industrieanteil zugute kommt. Im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt sind vor allem die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM), die Bau-, Nahrungs-, Textil-, Kunststoff- und Holzindustrie gut vertreten. Die Unternehmen der MEM-Branchen bilden in der Euregio Bodensee einen bedeutenden Cluster, der insbesondere für Techniker einem «Arbeits-Eldorado» gleichkommen sollte.

Die Branchenstruktur stellt eine wichtige Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region dar. So kann ein hoher Industrieanteil in einem bestimmten Zeitraum Gefahr, in einem anderen – wie in den letzten Jahren – vor allem Chance sein. Es wird sich erweisen, ob die Industrierenaissance Ausdruck einer dauerhaften weltweiten Nachfragebelegung und einer nachhaltigen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostschweizer Industrie ist. Einige Indikatoren bieten Anlass zu Optimismus.

- 3. Erfolgsfaktor Aussenwirtschaft:** Es ist an sich nichts Neues, dass die Ostschweizer Konjunktur vom Ausland wachgeküsst wird. Aber die periodischen Meldungen von neuen Rekordergebnissen im Export sind selbst für grosse Optimisten überraschend. Dabei stechen die Ausfuhren der MEM-Industrie mit mehr als der Hälfte am Total der Ausfuhren besonders hervor. Deutschland nimmt im Handel mit der Ostschweiz eine herausragende Stellung ein. Mit rund einem Drittel aller Warenverkäufe und beinahe der Hälfte aller Wareneinkäufe ist unser nördliches Nachbarland zugleich wichtigster Kunde und dominierender Lieferant.

Das klassische Instrument zum Vordringen auf ausländische Märkte durch Warenlieferungen aus dem heimischen Produktionsbetrieb erfreut sich im Osten der Schweiz nach wie vor einer hohen Beliebtheit. Eher überraschend ist auf den ersten Blick, dass die Strategie der Direktinvestitionen in der Ostschweizer Wirtschaft nur unterdurchschnittlich verbreitet ist. Die Direktinvestitionen im Ausland dienen den Ostschweizer Unternehmen zudem weniger dem Verlagern von Arbeitsplätzen als vielmehr der Eroberung neuer Märkte.

- 4. Freud und Leid in der Beschäftigungsentwicklung:** Von 2001 bis 2005 stieg die Beschäftigung in der Ostschweiz nur leicht an, gemessen in vollzeitäquivalenten Arbeitsplätzen resultierte gar ein kleiner Verlust. Erst 2006 und 2007 entstanden im grösseren Ausmass neue Stellen. Im Vergleich zum schweizerischen Mittel schnitt bei uns der Dienstleistungssektor schlechter und der Industriesektor besser ab.

In der kantonalen Betrachtung zeigen sich enorme Unterschiede. Sehr erfreulich entwickelten sich die Arbeitsplätze in den Kantonen AI und TG. TG ist auf dem besten Weg zur Dienstleistungsgesellschaft. Ganz anders der Kanton SG, wo der Dienstleistungssektor ab- und die Industrie aufbaute. Der Kanton AR hat im selben Zeitraum am meisten Arbeitsplätze aller Kantone der Schweiz verloren, vorwiegend in den Branchen Elektronik, Bau- und Landwirtschaft.

- 5. Attraktivität als Wohnort in Frage gestellt:** Ein Mass für die Attraktivität einer Region ist auch die Bevölkerungsentwicklung. Regionen mit grosser Dynamik und hoher Lebensqualität ziehen in der Regel neue Einwohner an. Die Bevölkerungszunahme in der Ostschweiz liegt leicht unter dem Landesdurchschnitt. Allerdings wächst die Bevölkerung in unserer Region vor allem aufgrund des Zuzugs vom Ausland. Die bereits in der Ostschweiz Ansässigen zieht es dagegen eher in andere Kantone der Schweiz. Der negative Saldo der Binnenwanderung ist auf SG und AR zurückzuführen. AR hat seit vielen Jahren den grössten Bevölkerungsrückgang aller Kantone zu beklagen. Auch das Toggenburg leidet unter einer Abwanderung. Zügel nach Kreuzlingen, Wil, Diessenhofen, See-Gaster und Werdenberg war in den letzten Jahren hingegen besonders «en vogue».

Angesichts der vielen Stärken von SG und AR als Wohnregion muss man sich die Frage stellen, worin die Gründe für die negative Binnenwanderung liegen. Antworten sind: SG kann im Bereich der Steuerbelastung, insbesondere bei mittleren und höheren Steuern, nicht mithalten. Bei der Verfügbarkeit von schönen und gut erschlossenem Bauland sowie attraktivem Wohnraum besteht vorwiegend in AR Handlungsbedarf. Bei der Verkehrsinfrastruktur, der Bildungsqualität und in der öffentlichen Sicherheit zeigen sich – in allen Ostschweizer Kantonen – Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

- 6. Von Top bis Flop:** Der TG zählt zweifellos zu den Gewinnern der letzten Jahre. Bevölkerung und Beschäftigung steigen an. Die Nähe zu Zürich und zum Bodensee wird geschickt als Stärke ausgespielt, und die Wirtschaftspolitik hat mit etlichen Massnahmen den Boom tatkräftig unterstützt.

Auch AI gehört zu den Gewinnern. Eindrückliche Erfolge in der Industrie und bei den Dienstleistungen konnten den hohen Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft aus-

gleichen. AI setzt mit seiner Strategie erfolgreich auf eine intakte Landschaft, auf reichlich vorhandenes und schönes Bauland, auf die Nähe zur Stadt SG und auf ein attraktives Steuerniveau.

Der Kanton SG entwickelt sich weniger dynamisch als der TG und AI. Die Fortschritte fallen eher zögerlich aus, was teilweise auf nicht allzu mutige Massnahmen – wie z.B. die letzte Steuerrevision – zurückgeführt werden muss. Im Übrigen ist SG mit seinen diversen Regionen so heterogen zusammengesetzt, dass generelle Aussagen zur Entwicklung des Kantons kaum gemacht werden können. Schlecht entwickelt haben sich in der Vergangenheit die Region Rorschach (Beschäftigungsrückgang) und das Toggenburg (Bevölkerungsrückgang). Die Regionen Wil, See-Gaster, das Werdenberg und das Rheintal haben ihre Stärken zum Tragen bringen können.

AR gehört seit der Jahrtausendwende zu den wenigen Kantonen mit wirklich sorgenvoller Entwicklung. Die Kombination von Beschäftigungs- und Bevölkerungsrückgang ist äusserst unangenehm. Weil sich aus Krisen auch immer Chancen ergeben, ist zu hoffen, dass mit der Wirtschaftsstrategie (und in deren Zentrum die Steuerreform) die Entwicklung umgedreht werden kann. Damit der nun eingeschlagene Weg aber zum Ziel führt, müssen die bestehenden Konzepte angepasst und ergänzt werden.

- 7. Wirtschaftspolitik in Bewegung:** Mangelnde Aktivität kann den Ostschweizer Regierungen in den letzten Jahren nicht vorgeworfen werden – schon eher das Gegenteil. In AR sollte das erste Regierungsprogramm 2003 bis 2007 die Wende bringen. Folgende Projekte wurden beispielsweise initialisiert: günstiges Steuerklima, attraktiver Wohnraum, Verkehrserschliessung, Standort für Freizeit/Erholung/Tourismus, Vermarktung als Wohn-/Lebens- und Arbeitsort. Der Erfolg lässt noch auf sich warten, soll aber durch das neue Regierungsprogramm und das Erobern des ersten Platzes bei der Besteuerung von Unternehmen erreicht werden.

AI setzt mit seiner Politik erfolgreich auf das Besondere und das Lokale. Herausforderungen sind das knapper werdende Bauland und entsprechend steigende Preise, das Spitalwesen und die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft.

SG hat mit dem Wirtschaftsleitbild und der Standortoffensive vier Schwerpunkte gesetzt: Technologie und Bildung, Attraktivität für Familien, Standortattraktivität für Unternehmen und Verkehrsinfrastruktur. Mit umfangreichen Massnahmenpaketen wurden einige Ziele erreicht, bei den meisten ist man noch unterwegs.

Mit «Chance Thurgau» und «Chance Thurgau Plus» haben die Wirtschaftsverbände im TG der Regierung 69 konkrete Einzelmassnahmen präsentiert. Unterdessen ist die grosse Mehrheit der Vorschläge erfolgreich umgesetzt worden. Nur ein Ziel – wohl aber das wesentlichste – wurde verfehlt: «Eine über dem schweizerischen Durchschnitt liegende Zunahme des Volkseinkommens.»

- 8. Was Top-Unternehmen anders machen:** In den Interviews wurden die Unternehmer unter anderem auch nach den Erfolgsfaktoren unternehmerischen Handelns gefragt. Dabei zeigte sich, dass Top-Unternehmen vor allem die Kompetenz der Mitarbeitenden, die Dienstleistungskompetenz und die Kundenorientierung deutlich häufiger als Erfolgsfaktor nennen als der Durchschnitt sämtlicher Unternehmen.
- 9. Perspektiven intakt:** Gemäss den Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung wird die Alterung der Gesellschaft zu einer zentralen Herausforderung. Im Zentrum stehen dabei die Finanzierung der Altersvorsorge und ein sinkendes Arbeitsangebot. Bei den Kantonen wird vor allem die Finanzierung der Pflege im Mittelpunkt stehen. Nach den Prognosen des BfS muss AR im Jahre 2030 mit einem Anteil von Über-65-Jährigen von fast 30% rechnen.

Bezüglich Branchenentwicklung bis 2012 sind die Unternehmen der MEM-Branchen, die Banken und der Grosshandel zuversichtlich. Die Informatikbranche strotzt geradezu vor Optimismus. Eine leicht unterdurchschnittliche Entwicklung des Umsatzes erwarten die Firmen der Branche «Dienstleistungen für Unternehmen». Nur mit einem bescheidenen Wachstum rechnen die Textilindustrie, das Baugewerbe und der Detailhandel.

Kantonal betrachtet sehen die Innerrhoder Unternehmen eine erfreuliche Entwicklung auf sich zukommen. Die Ausserrhoder glauben daran, dass sie die Lücke zum Ostschweizer Durchschnitt wettmachen können. Die Unternehmen des Kantons SG prägen den Durchschnitt. Auffallend vorsichtig prognostiziert die Thurgauer Wirtschaft.

Rorschach, Wil, AI und Werdenberg sind die Regionen, welche gemäss den gewählten Indikatoren für die Periode 2008 bis 2012 zu den besonders erfolgreichen gehören werden. Nach eigener Einschätzung dürfte das Toggenburg die rote Laterne behalten bzw. von AR übernehmen.

10. Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik: Ausschlaggebend für den Wohlstand sind effiziente Unternehmen, die marktfähige Produkte und Dienstleistungen herstellen und zu Preisen verkaufen können, welche Gewinne ermöglichen. Am meisten Nutzen bringt die Wirtschaftspolitik, wenn sie die Bedingungen schafft, welche das freie Spiel von Angebot und Nachfrage gewährleisten und den unternehmerischen Entscheidungsspielraum so wenig wie möglich einschränken.

Das Potenzial der Ostschweiz als Unternehmens- und Wohnstandort ist noch nicht ausgeschöpft. Zu dessen Ausschöpfung und Ausbau hat die Wirtschaftspolitik alles daran zu setzen, die Attraktivität nicht nur für Unternehmen, sondern auch als Wohnort für gut ausgebildete Personen mit ihren Familien zu erhöhen. Unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels, des Mangels an Fachkräften und der negativen Binnenwanderung in der Ostschweiz gewinnt die Bedeutung der Wohnortattraktivität an Bedeutung.

Eine Erfolg versprechende Standortförderung kann sich deshalb nicht auf die Wirtschaftspolitik im engen Sinne beschränken. Einige konkrete Empfehlungen, welche (hoffentlich) Diskussionen auslösen werden, lauten:

- Die Ostschweizer Kantone arbeiten einen Vorschlag zur Realisierung der freien Schulpflicht aus. Die Studiengebühren an den Hochschulen der Ostschweiz sind massgeblich zu erhöhen. An der FHO ist eine Führungsstruktur mit einer einheitlichen politischen Trägerschaft, einer zentralen Führung mit einem Rektor und einem einzigen Hochschulrat einzurichten.
- Es wird ein Ostschweizer Pendlerzug in den Fahrplan eingefügt, welcher morgens und abends ein- bis zweimal nach Zürich bzw. in die Gegenrichtung fährt und nur in Gossau und Wil anhält.
- 30 Prozent der Kultursubventionen werden neu in Form von Gutscheinen an die interessierte Bevölkerung abgegeben.
- Die Vorschriften zu den Ladenöffnungszeiten werden in allen Ostschweizer Kantonen abgeschafft. Zudem führen sie die liberalsten Baugesetze ein.
- Die Ostschweizer Kantone übernehmen die nationale Spitze bei der Besteuerung von Unternehmen. AR steigert seine steuerliche Attraktivität für Personen bei den mittleren, SG und der TG bei den mittleren und hohen Einkommen.



Kapitel 1
Einleitung

Industrie- und Handelskammer

Als im Jahre 2003 die letzte Studie der IHK zur wirtschaftlichen Lage der Ostschweiz erschien, befand sich die Ostschweiz in einer schwierigen Situation¹. Die Wirtschaft lief schleppend, die Zahl der Arbeitslosen war hoch. Die Rezession erhöhte den Pessimismus bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Dazu kamen Unkenrufe auf die Ostschweiz als Randregion, welche abseits von den Zentren der Schweiz keine klare Zukunftsperspektive mehr habe². Die Erwartung einer weiteren Desindustrialisierung und der Verlagerung der Produktionsprozesse in der Maschinen-, Elektronik- und Metallindustrie (MEM) nach Ländern wie China und Indien belastete die negative Stimmung zusätzlich, da diese Branchen in der Ostschweiz von speziell grosser Bedeutung sind. Nach der Krise des Textilsektors müsse nun mit dem Niedergang einer weiteren Schlüsselbranche gerechnet werden.

Erfreulicherweise kam es anders. Die Wirtschaft setzte 2004 zu einem Aufschwung an, der bis heute anhält. Besonders die Industrie hat eine eindruckliche Renaissance erlebt und stellt eine zentrale Stütze des aktuellen Aufschwungs dar. Die schweizerischen Exporte boomen, und die Globalisierung hat in erster Linie zu einem Anstieg der Nachfrage nach schweizerischen Produkten geführt und nicht zum befürchteten Abbau von Arbeitsplätzen. Von diesem globalen Nachfragesog konnte die Ostschweiz in speziellem Mass profitieren.

Die Schweizer Wirtschaft ist zurzeit in ein ausserordentlich günstiges weltwirtschaftliches Klima eingebettet. Dies gilt im Speziellen für die Ostschweiz. Die stark industrielastige Branchenstruktur profitiert von einem Boom in der Weltkonjunktur, wie er in seiner Breite, Stärke und Länge wohl noch nie stattgefunden hat. Dazu kommt der im Vergleich zum Euro sehr schwache Schweizer Franken, welcher die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exporte in den Euro-Raum deutlich erhöht. Doch so erfreulich die aktuelle Entwicklung auch ist, so unsicher bleibt, ob die gute Konjunktur ein Vorbote für mittelfristig höhere Wachstumsraten ist. Es gilt deshalb, einen Blick hinter die Fassade der guten Wirtschaftszahlen zu werfen und die Struktur der Ostschweizer Wirtschaft zu untersuchen. Wo liegen die Stärken, wo die Schwächen? Welchen Beitrag kann die Wirtschaftspolitik leisten, um die Position der Ostschweizer Wirtschaft im nationalen und im internationalen Wettbewerb zu stärken?

Welchen Spielraum hat die regionale Wirtschaftspolitik?

Für die einzelnen Regionen und Kantone bleiben die nationalen und internationalen Trends von grosser Bedeutung. Die Konjunktur eines Kantons wird in der Regel derjenigen der Schweiz folgen, welche wiederum entscheidend von den weltwirtschaftlichen Trends beeinflusst wird. Trotz der grossen Bedeutung von nationalen und internationalen Trends bleibt ein bedeutender Spielraum für die regionale Wirtschaftspolitik. Während die Politik den Strukturwandel nicht bekämpfen soll und dazu auch nicht in der Lage ist, können Massnahmen im Bereich Regulierung, Steuern, Bildung, Infrastruktur oder bei der Erhältlichkeit von bebaubarem Boden die wirtschaftliche Entwicklung sehr wohl beeinflussen. Dafür sorgt nicht zuletzt der schweizerische Föderalismus, welcher den Kantonen und Gemeinden einen grossen Handlungsspielraum lässt und eine starke Konkurrenz zwischen ihnen schafft.

Wohn- oder Arbeitsort?

Stark vereinfacht stehen Kantonen und Gemeinden zwei Strategien offen, um Wachstum zu generieren. Einerseits können sie sich als attraktiver Wohnort positionieren, was am einfachsten über tiefe Steuern und reichlich erhältliches Bauland erreicht werden kann. Ziel ist das Anziehen von gut verdienenden Haushalten, welche das öffentliche Budget nicht zusätzlich belasten, respektive einen Nettobeitrag an die öffentlichen Aufgaben leisten. Auf Basis dieser zusätzlichen

¹ Peter Eisenhut und Urs Schönholzer, Entwicklung und Perspektiven der Ostschweizer Volkswirtschaft, IHK St.Gallen-Appenzell, 2003.

² z.B. Hansjörg Blöchliger, Baustelle Föderalismus, Verlag Neue Zürcher Zeitung für Avenir Suisse, 2005.

Steuereinnahmen können die Steuern weiter gesenkt werden, womit im besten Fall eine sich selbst verstärkende Entwicklung in Gang kommt.

Als Alternative besteht die Möglichkeit, sich vor allem als Sitz von Unternehmen und damit als Arbeitsort zu positionieren. Auch bei dieser Strategie können tiefe Steuern und die Erhältlichkeit von gut erschlossenem Bauland eine wichtige Rolle spielen. Allerdings muss dabei auch das weitere Umfeld stimmen. So müssen in der weiteren Umgebung entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sein. Ob dies der Fall ist, wird vielfach damit zusammenhängen, ob in der Region bereits entsprechende Unternehmen ansässig sind. Falls es so ist, ergibt sich gewissermassen ein Pool von Arbeitskräften, aus dem alle Unternehmen ziehen können. Bei Industrieunternehmen muss zudem eine gute Verbindung ans nationale Autobahnnetz gewährleistet sein, um einen einfachen Transport von Vorleistungen und gefertigten Gütern zu ermöglichen.

Kein Einheitsrezept

Bei der zu wählenden Strategie ist der bestehenden Wirtschaftsstruktur, der geografischen Lage und den übrigen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Für eine noch stark landwirtschaftlich geprägte Region in peripherer Lage ist eine andere Strategie angebracht als für eine Region in der Nähe eines städtischen Zentrums oder für dieses städtische Zentrum selbst. Angesichts der Vielfalt der Regionen stellt dies für die Ostschweiz eine spezielle Herausforderung dar, eröffnet aber auch Chancen. Gerade die Vielfalt ist ein wichtiger Standortvorteil der Ostschweiz, existiert doch ein Nebeneinander von unterschiedlichen Welten auf kleinstem Raum. Der urbane Raum in der Stadt St.Gallen ist nur eine halbe Stunde vom alpinen Raum rund um den Alpstein, vom Bodensee oder vom stark industrialisierten Rheintal entfernt. Zudem ist das grosse urbane Zentrum der Schweiz – Zürich – samt Flughafen in Griffnähe.

Für die einzelnen Regionen muss das heissen, dass sie ihre Vorteile weiter verstärken. Stark industrialisierte Zonen müssen versuchen, weiterhin als Standort für Industriebetriebe attraktiv zu bleiben. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften aus dem technischen Bereich, die Erhältlichkeit von Bauland, die Verkehrsanbindung sowie die Steuerbelastung sind zentrale Faktoren für den Erfolg einer solchen Strategie. Andere Regionen können auf ihre landschaftlichen Reize setzen. Falls sie in der Nähe eines städtischen Zentrums liegen, können sie sich als Wohnort für den Mittelstand positionieren. Bei peripheren Regionen bietet der Tourismus die besten Perspektiven. Die städtischen Zentren sollten wieder vermehrt für Haushalte mit mittleren oder hohen Einkommen attraktiv werden. Neben einer Verbesserung der städtischen Infrastruktur bedingt dies die Erhältlichkeit von entsprechendem Wohnraum sowie ein relativ attraktives Steuerniveau.

Kantone und Regionen im Fokus

Als Betrachtungseinheiten für die Studie haben wir Kantone und Wirtschaftsregionen gewählt. Kantone sind aufgrund ihrer grossen Autonomie und der daraus folgenden Entscheidungsmöglichkeiten eine relevante Einheit. Bei Wirtschaftsregionen sind solche Entscheidungsmöglichkeiten nicht vorhanden. Lediglich die tiefere Ebene der Gemeinden verfügt über Kompetenzen. Wir benutzen trotzdem die höhere Einheit der Wirtschaftsregion für die Analyse, da die Regionen über eine spezifische Wirtschaftsstruktur verfügen und die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb der Regionen sehr gross ist.

Das Angebot an relevanten Daten für eine regionalwirtschaftliche Studie ist in der Schweiz begrenzt. Einzelne Kennzahlen, wie das kantonale Bruttoinlandprodukt, werden vom Bundesamt für Statistik (BfS) überhaupt nicht, andere nur mit erheblicher Verspätung oder alle paar Jahre publiziert. Dies ist für die aktuelle Situation insofern problematisch, als sich die wirtschaftliche Lage in den letzten beiden Jahren stark verbessert hat. Um ein besseres Bild von der aktuellen Lage zu erhalten, haben wir die offiziellen Zahlen wo möglich mit eigenen Schätzungen ergänzt.

Kapitel 2

Der wirtschaftliche Aufschwung



Die schweizerische Wirtschaft befindet sich in einem konjunkturellen Hoch. Nach einer langen Stagnationsphase in den 90er Jahren und einer Rezession in den Jahren 2001 bis 2003 brachte das Jahr 2004 die erfreuliche Wende. Die Zinsen waren in den letzten Jahren sehr tief, was einen Boom beim Bau auslöste, wie ihn die Schweiz schon lange nicht mehr erlebt hatte. Mit der boomenden Weltkonjunktur und zuletzt auch dem Aufschwung in den grossen Ländern Europas (speziell Deutschlands) zogen die Exporte an, womit die Jahre 2006 und 2007 insbesondere für die Industrie sehr positiv waren. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch den Wertverlust des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro, dem allerdings der Wertgewinn gegenüber dem Dollar gegenüber steht. Seit 2006 ist auch beim Privatkonsum und bei der Binnenwirtschaft ein Aufschwung festzustellen. Im Moment zeigt sich die Schweizer Wirtschaft deshalb auf breiter Front in einer ausgezeichneten Verfassung.

Aufschwung bei Wertschöpfung und bei Kapitaleinkommen aus dem Ausland

Das gebräuchlichste Mass für die wirtschaftliche Entwicklung ist das Bruttoinlandprodukt (BIP). In Abbildung 2.1 sind die Stagnation während der ersten Hälfte der 90er Jahre und die beiden Aufschwunghasen Ende der 90er Jahre und seit 2004 gut erkennbar. Allerdings bleibt das mittelfristige Wachstum auch seit 1996 mit jährlichen Raten von 1,8% im internationalen Vergleich bescheiden. Ein alternatives Mass ist das Bruttonationaleinkommen (BNE), bei dem die Kapitaleinkommen aus dem und an das Ausland sowie die Einkommen der Grenzgänger und die Überweisungen der Gastarbeiter zusätzlich berücksichtigt werden. Dieses hat sich aufgrund hoher Gewinne der in der Schweiz domizilierten multinationalen Gesellschaften deutlich besser als das BIP entwickelt. Vor allem im Jahre 2000 und seit 2003 kam es bei den Kapitaleinkommen aus dem Ausland zu einem eigentlichen Höhenflug.

Ein drittes Mass ist das Volkseinkommen, bei welchem die Abschreibungen vom BNE abgezogen werden und das sich dementsprechend ähnlich wie das BNE entwickelt hat. Das Volkseinkommen setzt sich im Wesentlichen aus den Einkommen der Haushalte und den Einkommen der Unternehmungen zusammen. Letzteres wird vor allem von den unverteilteten Unternehmensgewinnen alimentiert, was für den Anstieg des Volkseinkommens der letzten Jahre hauptsächlich verantwortlich war. Das Volkseinkommen der Haushalte ist dagegen deutlich

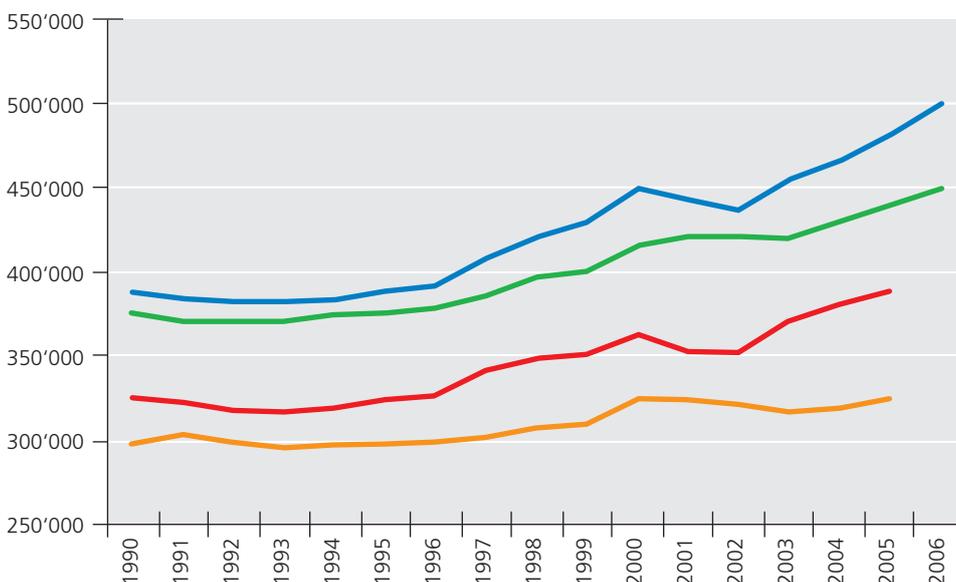


Abbildung 2.1: Wachstum Schweiz

- Bruttonationaleinkommen
- Bruttoinlandprodukt
- Volkseinkommen insgesamt
- Volkseinkommen Haushalte

Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS), der OECD und der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

langsamer gewachsen, aufgrund eines tiefen Wachstums bei den Arbeitnehmereinkommen (Abbildung 2.1). Dieser Unterschied spielt bei der Analyse der kantonalen wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle.

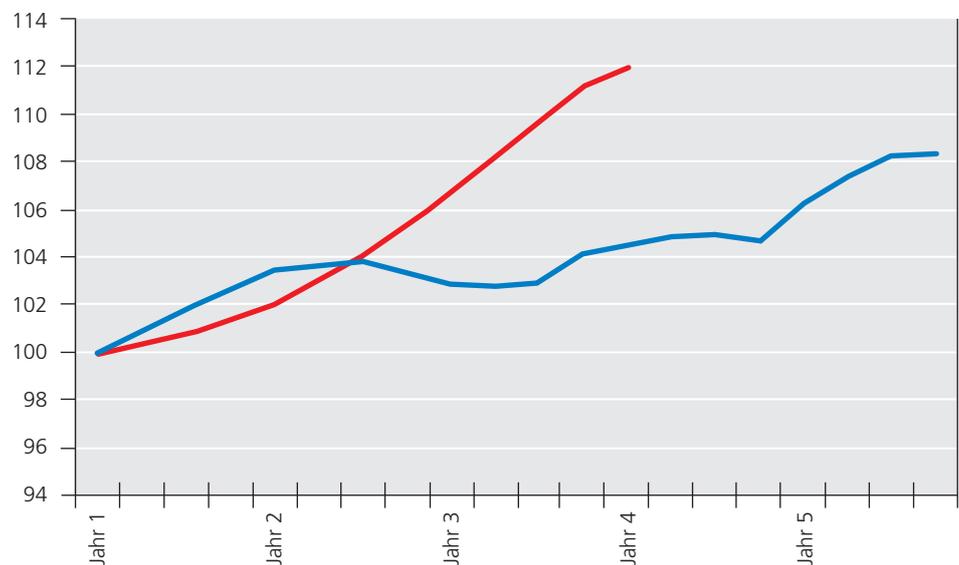
Die Industrie als Stütze des Aufschwungs

Der aktuelle Aufschwung stützt sich stark auf die Industrie und das verarbeitende Gewerbe ab (Abbildung 2.2) – im Unterschied zum Aufschwung von 1997. Beide Sektoren erzielten in den letzten Jahren beachtliche Wachstumsraten. Der Bausektor profitierte von den tiefen Zinsen. Die verarbeitende Industrie wiederum konnte vom Aufschwung der Exporte aufgrund der guten Weltkonjunktur und der Schwäche des Schweizer Francs gegenüber dem Euro profitieren.

Der Aufschwung der Industrie ist breit abgestützt. Da aktuelle Wertschöpfungszahlen für die einzelnen Industriebranchen fehlen, muss auf Beschäftigungszahlen abgestellt werden. Di-

Abbildung 2.2:
Die Industrie und das
verarbeitende Gewerbe im
Aufschwung

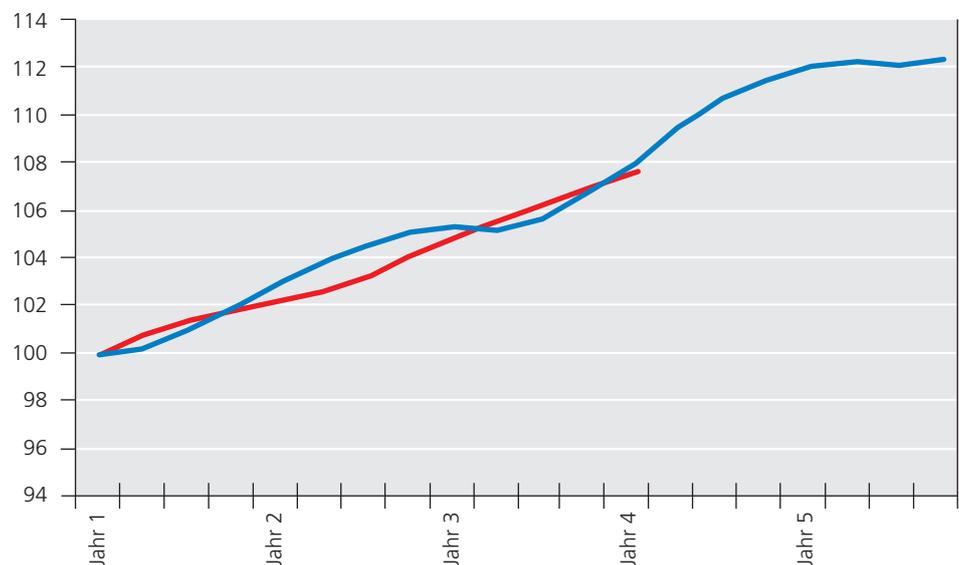
Beginn: Januar 1997 —
Beginn: Januar 2004 —



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS und des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco).

Abbildung 2.3:
Die Dienstleistungen im
Aufschwung

Beginn: Januar 1997 —
Beginn: Januar 2004 —



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS und des Seco.

ese zeigen, dass sich die meisten Industriebranchen recht erfreulich entwickelt haben. Führend sind die Sektoren Chemie und Pharma sowie Medizinaltechnik, Optik und Uhren. Gut haben sich zudem die MEM-Branchen entwickelt. Sogar die Textilindustrie konnte sich vergleichsweise gut halten und den Schrumpfungsprozess zumindest verlangsamen.

Es bestehen Anzeichen, dass die Industrie einen umfassenden Strukturwandel vollzogen hat und sich heute wesentlich wettbewerbsfähiger präsentiert als noch in den 90er Jahren. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob diese Einschätzung korrekt ist. Deutlich weniger erfreulich ist die Entwicklung bei den Dienstleistungen (Abbildung 2.3). Hier konnten die Werte des letzten Aufschwungs nicht ganz erreicht werden. Da der Dienstleistungssektor etwa zwei Drittel zur schweizerischen Wertschöpfung beiträgt, stellt die schleppende Entwicklung in diesem Bereich eine gewichtige Wachstumsbremse dar. Es ist dies ein klares Indiz für die Dualität der schweizerischen Wirtschaft, mit einem dynamischen aussenorientierten Sektor und einem lethargischen Binnensektor¹.

Der Aufschwung in der Ostschweiz

Der Konjunkturaufschwung von 2004 hat – mit gewisser Verspätung – auch die Ostschweiz erfasst. So richtig durchgestartet ist die Konjunktur nämlich erst im Frühling 2006, dafür umso kräftiger. Masszahlen zur Wertschöpfung der Ostschweizer Wirtschaft liegen zwar nicht vor. Die Konjunkturindikatoren auf Basis der Befragungen der Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich (KOF) ergeben aber ein klares Bild. Wie Abbildung 2.4 zeigt, hat sich die Produktion in der Ostschweizer Industrie ab dem 2. Quartal 2006 stark erhöht. Seither liegt der Konjunkturindikator in der Ostschweiz konstant über demjenigen der Schweiz. Ähnlich dynamisch wie die Industrie hat sich der Bau entwickelt, während das Tempo bei den Dienstleistungsbranchen auch in der Ostschweiz gemächlicher war.

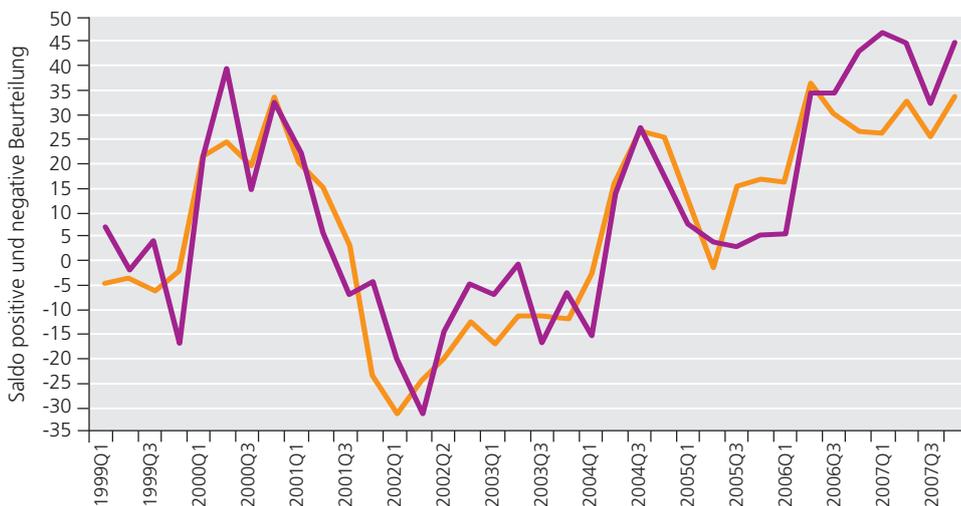


Abbildung 2.4: Industriekonjunktur in der Schweiz und der Ostschweiz

— Schweiz
— Ostschweiz

Erklärung: Veränderung der Produktion im Vergleich zum Vorjahresquartal, Daten aus Konjunkturumfrage der KOF.

¹ Dokumentiert in Frank Bodmer, Aufschwung als Reformchance (mit einer Reformskizze von David Iselin und Hans Rentsch), NZZ-Verlag für Avenir Suisse, 2007.

Kapitel 3

Die Ostschweiz holt auf



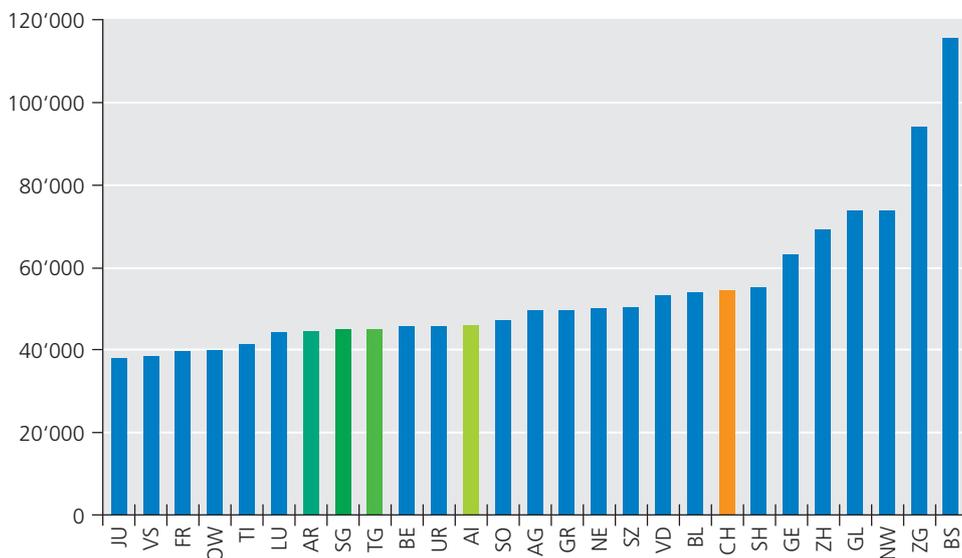
Nach wie vor liegt das durchschnittliche Einkommen in der Ostschweiz unter dem schweizerischen Mittel. Um diesen Rückstand aufzuholen, müssen die Wachstumsraten über diejenigen des schweizerischen Mittels liegen. Dies konnte denn auch im Verlaufe der letzten 15 Jahre erreicht werden, zumindest wenn man das Wachstum des Volkseinkommens der Haushalte als Massstab zugrunde legt.

Die Ostschweizer Kantone liegen zurück, holen aber auf

Für die Kantone ist von den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten lediglich das Volkseinkommen bekannt, welches grossen Schwankungen unterliegt. Wie schon bei den nationalen Zahlen spielen die Kapitaleinkommen und damit die unverteiltern Unternehmensgewinne auch bei den kantonalen Zahlen eine gewichtige Rolle. Die grossen multinationalen Gesellschaften befinden sich in einigen wenigen Kantonen, vor allem Zürich, Basel, Genf, Waadt und Zug. Holdings konzentrieren sich ebenfalls in einigen Kantonen, zu nennen sind hier insbesondere Zug, Nidwalden und Glarus. In der Ostschweiz weist laut den Zahlen des BFS vor allem AI einen hohen Anteil an Kapitaleinkommen aus. Bei den kleineren Kantonen kommt noch hinzu, dass das Volkseinkommen pro Kopf aufgrund von Zu- oder Wegzug von wenigen reichen Personen stark schwanken kann.

Beim Volkseinkommen pro Kopf nahmen im Jahre 2005 die Kantone Basel-Stadt, Zug, Nidwalden, Glarus und Zürich die Spitzenplätze ein (Abbildung 3.1). Zwei dieser Kantone sind grosse Kantone mit bedeutenden städtischen Zentren, nämlich Basel-Stadt und Zürich. Zug ist inzwischen selber zu einem wirtschaftlichen Zentrum gereift und besitzt vor allem bei den Finanzdienstleistungen eine sehr starke Stellung. Nidwalden und Glarus sind Kantone, welche unter anderem aufgrund ihrer vielen Holdingsitze so weit nach oben gerutscht sind, wobei Nidwalden dank seinen generell tiefen Steuern inzwischen auch viele gut verdienende Haushalte anziehen konnte. Die Ostschweizer Kantone liegen dagegen deutlich unter dem schweizerischen Mittel, mit einem leichten Vorsprung von Appenzell-Innerrhoden gegenüber den anderen drei Kantonen.

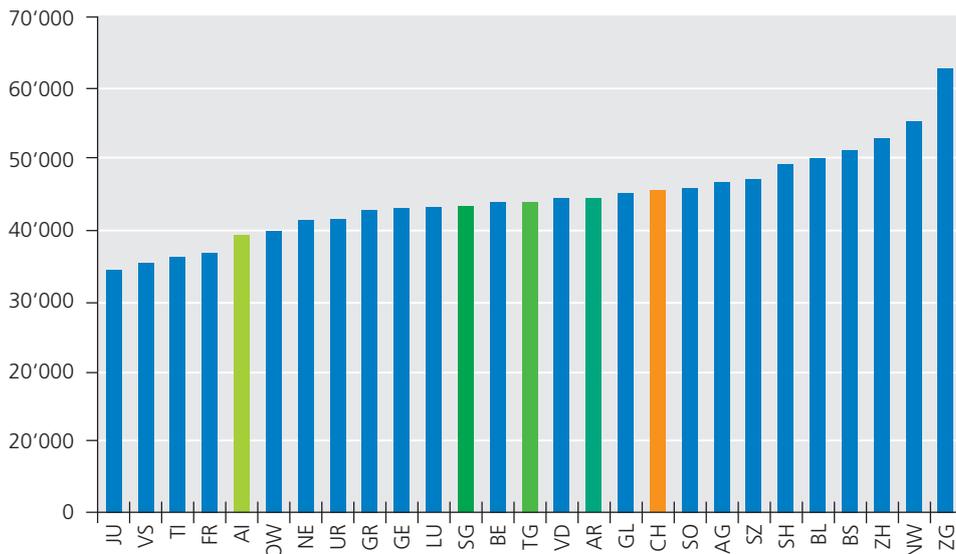
Das Volkseinkommen der Kantone unterliegt aufgrund der volatilen Unternehmensgewinne hohen Schwankungen, was die Resultate für einzelne Jahre stark beeinflussen kann. Ein alternativer Massstab ist das Haushaltseinkommen. Hier schneiden die Ostschweizer Kantone deutlich besser ab. Appenzell-Ausserrhoden, Thurgau und St.Gallen liegen in der Nähe des schweizerischen Mittels, Appenzell-Innerrhoden etwas weiter zurück (Abbildung 3.2).



Quelle: BFS.

Abbildung 3.1:
Kantonale Volkseinkommen,
2005

Abbildung 3.2:
Kantonale Haushaltseinkommen,
2005

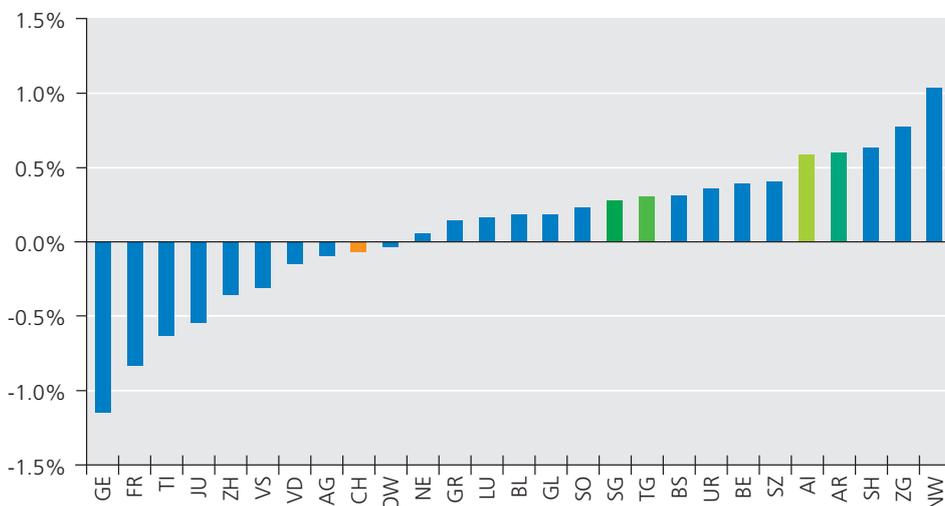


Quelle: BFS.

Aus dem Vergleich der beiden Abbildungen 3.1 und 3.2 ist die enorme Bedeutung der Unternehmensgewinne für einige Kantone ersichtlich. In Basel-Stadt machten sie im Jahre 2005 über 50% des Volkseinkommens aus, in Glarus knapp 40%, und in Zug und Genf je etwa ein Drittel. In Appenzell-Innerrhoden waren es noch 15%, in St.Gallen 4%, im Thurgau 3% und in Appenzell-Ausserrhoden gar nur 0,3%!

Der Beitrag der Unternehmen zum Volkseinkommen entspricht im Wesentlichen den unverteilten Gewinnen der Kapitalgesellschaften. Bei multinationalen Gesellschaften werden diese Gewinne demjenigen Land oder Kanton zugerechnet, in welchem sie ihren Hauptsitz haben. Unverteilte Gewinne entsprechen deshalb keinem direkten Einkommen für die Bewohner dieses Landes oder Kantons. Vielmehr stellen sie Vermögen für die Eigentümer dieses Unternehmens dar, die ihren Wohnsitz nur in Ausnahmefällen am Firmensitz haben dürften. Das Volkseinkommen der Unternehmungen leistet damit höchstens indirekt – über Steuereinnahmen – einen Beitrag an die wirtschaftliche Situation eines Kantons. Da diese in vielen Fällen aufgrund der Sonderbesteuerung der Gewinne von Holdings und anderen Spezialgesellschaften tief ausfallen und zudem eine Tendenz zur Senkung der Gewinnsteuern besteht, dürfte die Bedeutung der Steuereinnahmen sinken. Das Einkommen der Haushalte erscheint deshalb als das verlässlichere Mass für kantonale Vergleiche.

Abbildung 3.3:
Jährliche Wachstumsraten
Haushaltseinkommen pro Kopf,
1990–2005



Quelle: Reale Wachstumsraten, mit dem schweizerischen Konsumentenpreisindex angepasst. Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS.

Bei den Haushaltseinkommen stellt man fest, dass anfänglich arme Kantone im Vergleich zu den reichen Kantonen aufholen¹. Auch die Ostschweiz weist seit 1990 überdurchschnittliche Wachstumsraten gegenüber dem schweizerischen Mittel auf (Abbildung 3.3). Gemäss den Zahlen des BfS haben seit 1990 vor allem die Westschweiz und das Tessin schlecht abgeschnitten.

Die Position der Ostschweizer Regionen

Offizielle Zahlen für die wirtschaftliche Position von Gemeinden oder Kantonen liegen zwar nicht vor. Es ist aber möglich, die kantonalen Zahlen zum Volkseinkommen auf die Regionen aufzuteilen. Für die in einer Region erzielten Einkommen bestehen nämlich in Form der für die direkte Bundessteuer (DBST) massgeblichen reinen Einkommen und der Erträge aus der DBST auf Unternehmensgewinnen zuverlässige Statistiken. Mit deren Hilfe lassen sich die kantonalen Volkseinkommen des BfS auf die Gemeinden und auf die Wirtschaftsregionen verteilen. Beim regionalen Volkseinkommen ist das Mittelland führend, vor allem dank der Gemeinde Teufen (Abbildung 3.4). Es folgen die Regionen Frauenfeld, See-Gaster, Rorschach und erst an 5. Stelle St.Gallen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele reiche Haushalte in den umliegenden Gemeinden wie Mörschwil oder Teufen wohnen, welche beide nicht Teil der Wirtschaftsregion St.Gallen sind. Am unteren Ende findet sich das Toggenburg, hinter der Region Sarganserland und dem Appenzeller Vorder- und Hinterland.

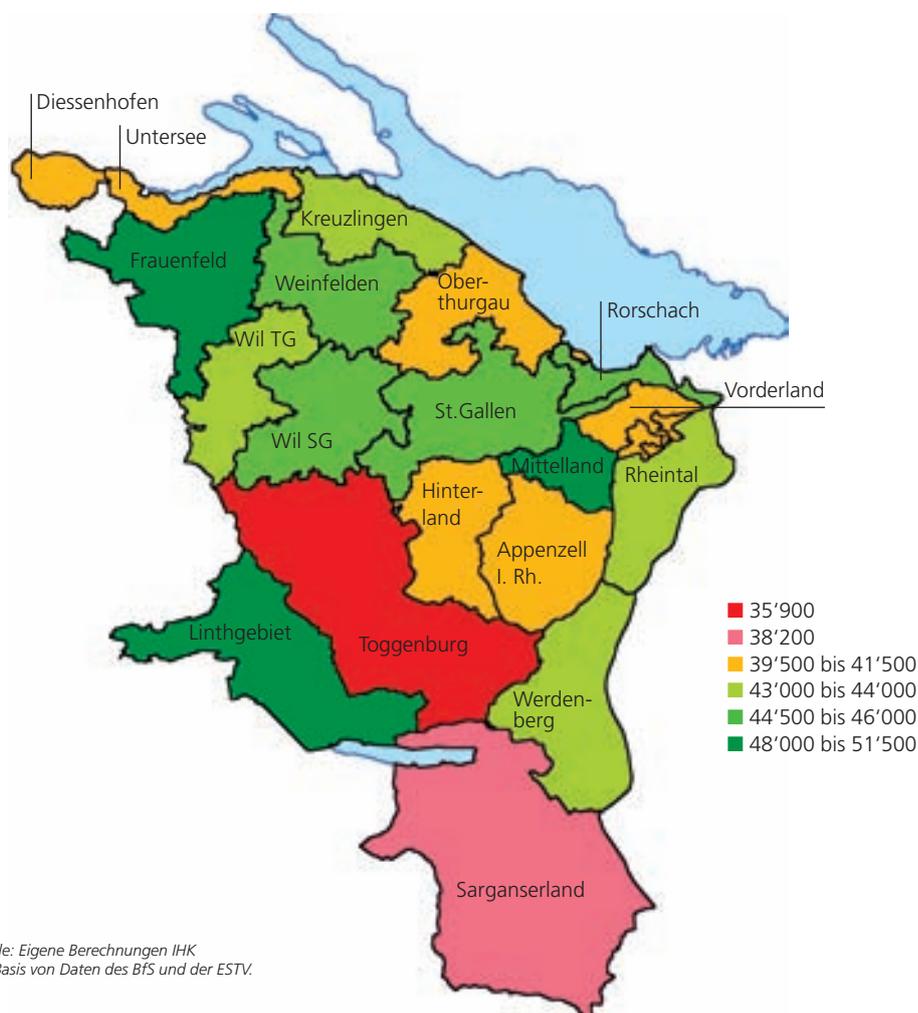


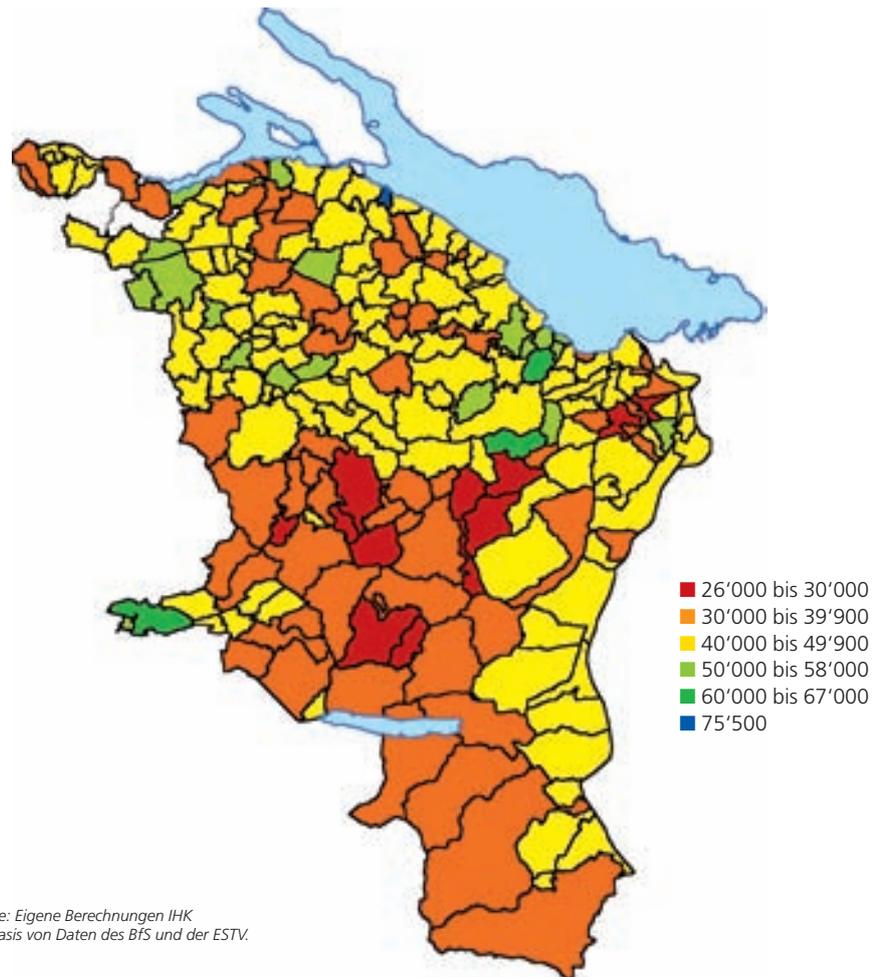
Abbildung 3.4:
Das Volkseinkommen
pro Kopf der Ostschweizer
Regionen, 2002

¹ Dokumentiert in Frank Bodmer, Die Determinanten des kantonalen Wirtschaftswachstums, Basel, WWZ Forschungsbericht 8/2005.

Die Position der Gemeinden

Beim Volkseinkommen der Gemeinden ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild als bei den Regionen. Es gibt einzelne «Inseln des Reichtums», die in der Nähe der Seen liegen (Abbildung 3.5). Klar führend war im Jahre 2002 Bottighofen im Kanton Thurgau, gefolgt von Mörschwil, Teufen, Jona und Tübach. Die ärmste Gemeinde war Krinau im Toggenburg, hinter Schlatt-Haslen in Appenzell-Innerrhoden und Brunnadern, ebenfalls im Toggenburg. Aufgrund von Schwankungen beim Einkommen und den Gewinnen und aufgrund von reichen Zu- oder Wegzögern kann sich die Reihenfolge aber von Jahr zu Jahr verändern.

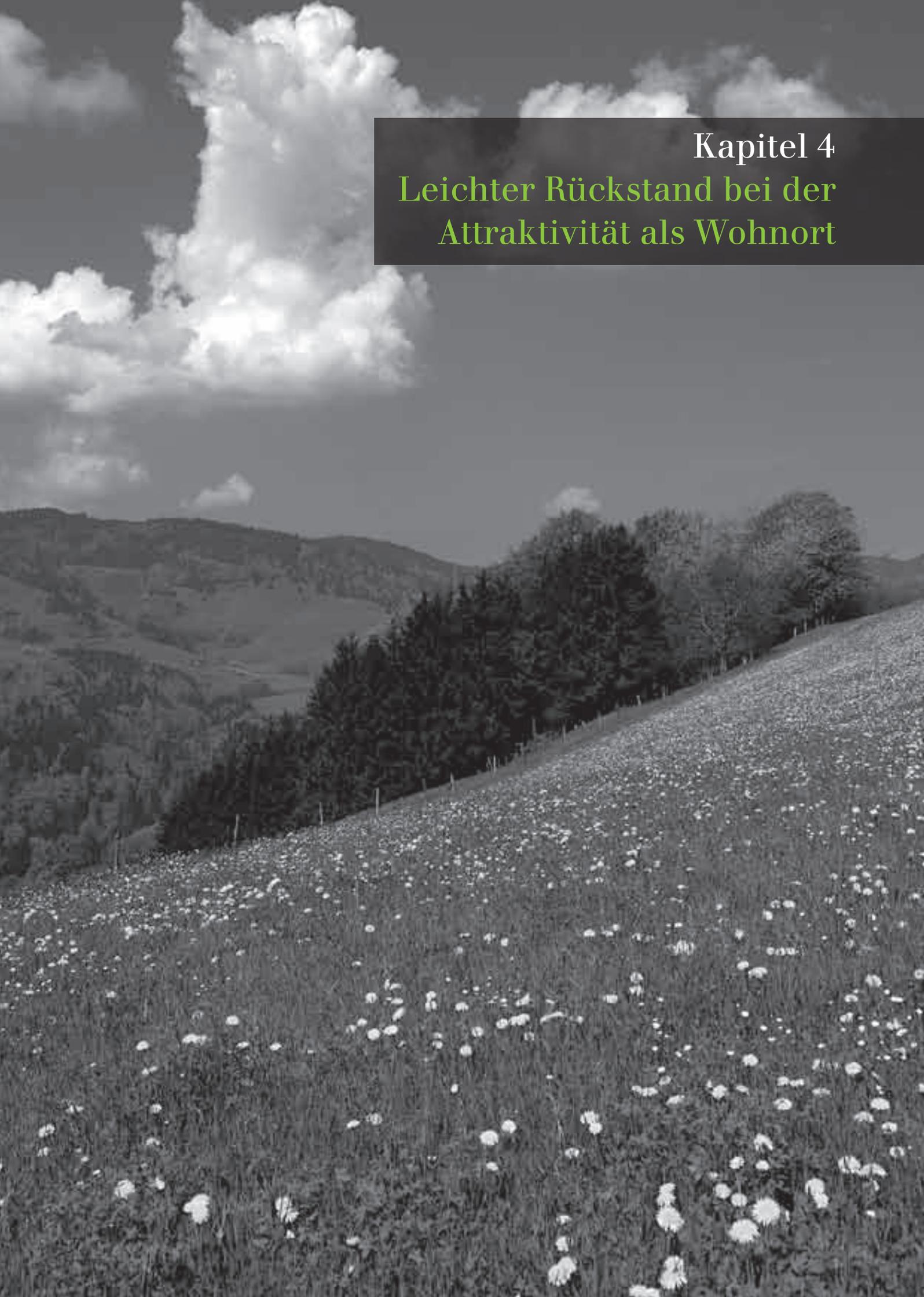
Abbildung 3.5:
Das Volkseinkommen pro Kopf
der Ostschweizer Gemeinden,
2002



Quelle: Eigene Berechnungen IHK
auf Basis von Daten des BFS und der ESTV.

Erstaunlich weit hinten findet sich die Stadt St. Gallen. In einer gesamtschweizerischen Rangliste von 2800 Gemeinden lag die Stadt St. Gallen bei den reinen Einkommen (gemäss DBST) im Jahre 2003 nur an 1520. Stelle!² Zürich lag auf Rang 773 und damit deutlich weiter vorne als St. Gallen, aber ebenfalls weit hinter den steuerkräftigsten Gemeinden. Luzern, Genf und Basel lagen nur wenig vor St. Gallen, Bern und Lausanne dahinter. Die relativ tiefen Einkommen der Haushalte stellen ein allgemeines Problem der Städte dar, in denen ein grosser Anteil von Haushalten mit tiefem Einkommen lebt. Dies wird allerdings in vielen Fällen von relativ hohen Einkommen der juristischen Personen kompensiert. Bei St. Gallen ist dies weniger der Fall, trugen die juristischen Personen doch zumindest im Jahre 2002 weniger als 10% zum Volkseinkommen bei. Dem ist aber hinzufügen, dass die Unternehmensgewinne im Jahre 2002 schweizweit auf einem relativ tiefem Niveau waren.

² Zahlen für 2003, Normalfälle bei der Veranlagung. Für 2002 fehlen die Daten für die Mehrzahl der Westschweizer Kantone. Für 2003 wiederum fehlen die Zahlen zu den Unternehmensgewinnen, neuere Zahlen liegen nicht vor.



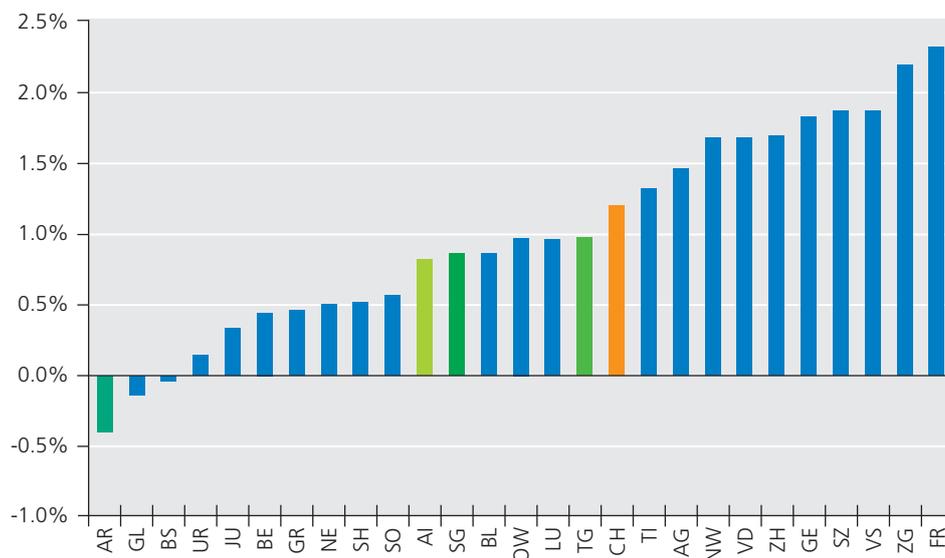
Kapitel 4
Leichter Rückstand bei der
Attraktivität als Wohnort

Die Attraktivität einer Region für Haushalte und Unternehmen lässt sich unter anderem an der Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung messen. Die beiden Masse bewegen sich nicht zwangsläufig im Gleichschritt, da aufgrund der Kleinräumigkeit der Schweiz das Pendeln zwischen Regionen oder Kantonen weit verbreitet ist. Dies eröffnet für die Ostschweiz Chancen, hat sie doch mit einer schönen Landschaft und relativ tiefen Bodenpreisen gerade als Wohnort viele Vorteile zu bieten. Und kleine Kantone wie die beiden Appenzell erhalten dadurch die Möglichkeit, sich gezielt als Nischenanbieter zu positionieren, was AI offensichtlich besser gelungen ist als AR.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Ostschweiz

Die Bevölkerung der Ostschweiz stieg seit dem Jahr 2000 zwar an, das Wachstum war aber schwächer als dasjenige im schweizerischen Durchschnitt. Thurgau, St.Gallen und Appenzell-Innerrhoden konnten deutlich positive Wachstumsraten verbuchen, während Appenzell-Ausserrhoden der Kanton mit dem grössten proportionalen Rückgang der Bevölkerung in der Schweiz war (Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1:
Jährliches Bevölkerungswachstum Kantone, 2000–2006



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS zur mittleren Wohnbevölkerung.

Von den Ostschweizer Regionen schnitten die Regionen Kreuzlingen, See-Gaster und Rheintal am besten ab. Schlusslichter – mit einer Bevölkerungsabnahme – bilden alle drei Regionen von Appenzell-Ausserrhoden und das Toggenburg (Abbildung 4.2).

Eine Analyse der Bevölkerungsentwicklung offenbart, dass mehr Personen aus der Ostschweiz in andere Kantone abwandern, als von diesen zuwandern (Abbildung 4.3). Alle vier Kantone verzeichneten aber eine Nettozuwanderung aus dem Ausland.

Untersuchungen zur Binnenwanderung zeigen, dass die Höhe der Steuern sowie der Preis und die Erhältlichkeit von Bauland, Häusern und Wohnungen wichtige Faktoren bei der Migrationsentscheidung sind¹. Zudem wiesen die grossen Zentren in den letzten Jahren eine verstärkte Anziehungskraft aus. So haben Regionen mit einer guten Verkehrsanbindung an Zürich ein stärkeres Bevölkerungswachstum verzeichnen können. Dies ist in der Ostschweiz im Allgemeinen der Fall, wie Abbildung 4.2 zeigt².

¹ Sara Carnazzi Weber und Sylvie Golay, *Interne Migration in der Schweiz*, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, 2005.

² Ausnahmen bilden das Rheintal und Werdenberg, wo andere Faktoren anscheinend wichtiger waren.

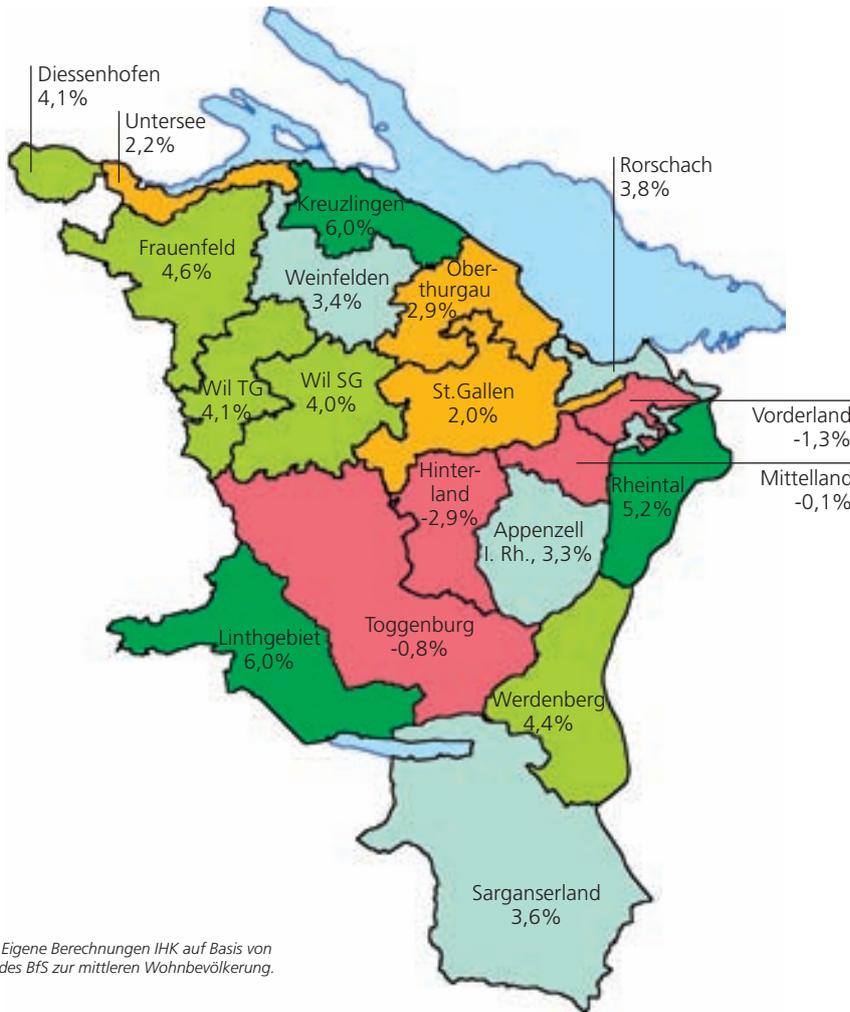


Abbildung 4.2:
Bevölkerungswachstum
Regionen, 2000–2006

Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS zur mittleren Wohnbevölkerung.

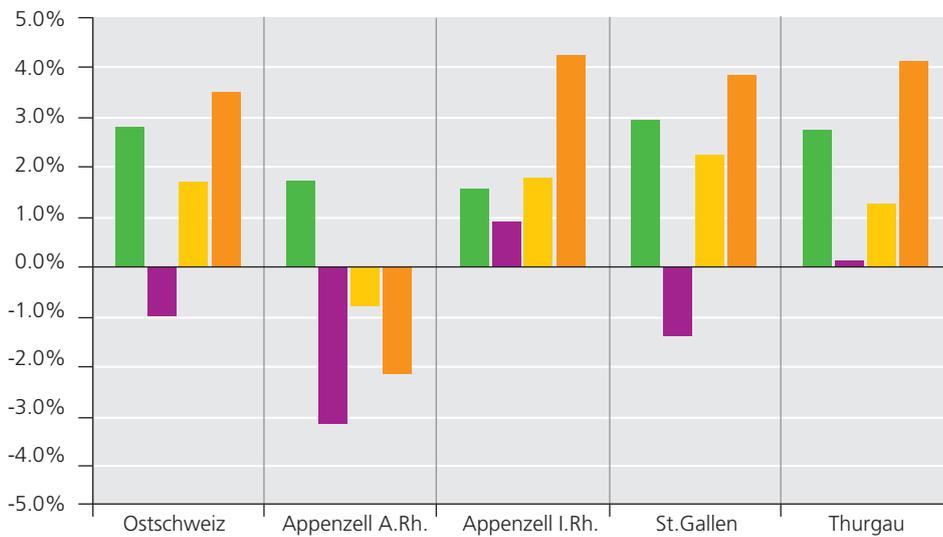


Abbildung 4.3:
Quellen der Bevölkerungsentwicklung, 2000–2006

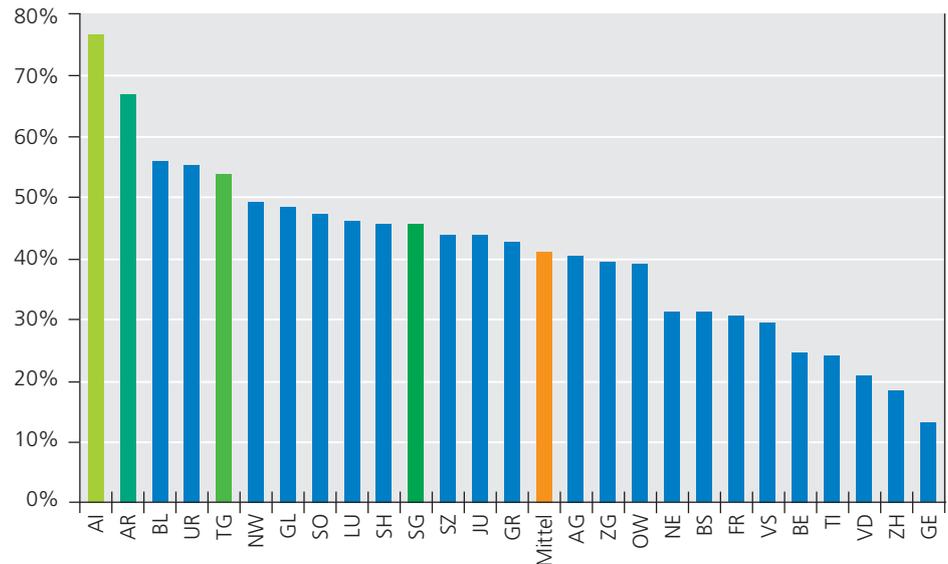
- Bilanz Zuwanderung Ausland
- Bilanz Binnenwanderung
- Geburtenüberschuss
- Veränderung Bevölkerung

Erklärung: Kumulierte Veränderung von 2000 bis 2006. Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS.

Leidet die Ostschweiz unter einem Brain Drain?

Die Ostschweiz scheint vor allem für Zuzüger aus dem Ausland attraktiv zu sein. Bei den Ortsansässigen ist eine Abwanderung zu beobachten (Abbildung 4.3). Es fragt sich, ob diese Abwanderung der Ansässigen vor allem hoch qualifizierte Arbeitskräfte betrifft. Die Zahlen zur Wohnortwahl von Uniabsolventen scheinen diese These zu bestätigen. Wird der Wohnort von Uniabgängern vor und nach dem Studium verglichen, zeigt sich, dass viele ihren Herkunftskanton verlassen. Besonders stark betroffen sind die beiden Appenzell und der Thurgau. Gewinner sind vor allem die Universitätskantone (Abbildung 4.4).

Abbildung 4.4:
Abwanderung Uniabsolventen,
2005



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des Bfs.

Dass sich junge Universitätsabgänger am Studienort oder in einem anderen städtischen Zentrum niederlassen, ist allerdings weder eine Überraschung noch notwendigerweise ein Anzeichen für Brain Drain. Für junge und hoch qualifizierte Singles sind Städte mit ihrem vielfältigen Freizeitangebot und ihren interessanten Arbeitsstellen der attraktivere Wohnort. Nach der Gründung einer Familie wandern viele wieder in ländliche Regionen ab, da sie dort ein reichlich vorhandenes Angebot an Wohnungen und Einfamilienhäusern sowie eine relativ intakte Umwelt vorfinden. Untersuchungen zum Migrationsverhalten von bereits in der Schweiz ansässigen Haushalten bestätigen diese These. Es sind speziell Familien, welche von den Städten in ländliche Gebiete ziehen. Dabei sind insbesondere ländliche Gebiete in der Nähe eines städtischen Zentrums beliebt³.

Auch Daten zum Bildungsniveau der Ostschweizer Bevölkerung bestätigen, dass es zu keinem eigentlichen Brain Drain aus der Ostschweiz kommt. So kann beispielsweise die Maturitätsquote eines Kantons mit dem Anteil der Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen an der Bevölkerung verglichen werden (Abbildung 4.5). Es zeigt sich, dass im Durchschnitt Kantone mit einer hohen Maturitätsquote auch mehr Universitäts- und Fachhochschulabgänger aufweisen, resp. umgekehrt. Die in Abbildung 4.5 eingezeichnete Linie weist damit eine positive Steigung auf.

In der Ostschweiz sind beide Quoten tief. Das bedeutet, dass in der Ostschweiz verhältnismässig wenige Maturanden ausgebildet werden, dass aber auch wenige Einwohner mit einer höheren Bildung dort wohnen. Es lässt sich somit nicht sagen, dass die Ostschweiz übermässig Leute verliert, welche sie mit einer Matura für die höhere Bildung vorbereitet hat. Kantone mit

³ Siehe Carnazzi Weber und Golay, a.a.O.

einem solchen Verlust gibt es aber sehr wohl, beispielsweise das Tessin oder den Jura. Genf, Basel-Stadt, Zürich und Zug sind umgekehrt Kantone, welche überproportional von der Zuwanderung von Uniabgängern profitieren.

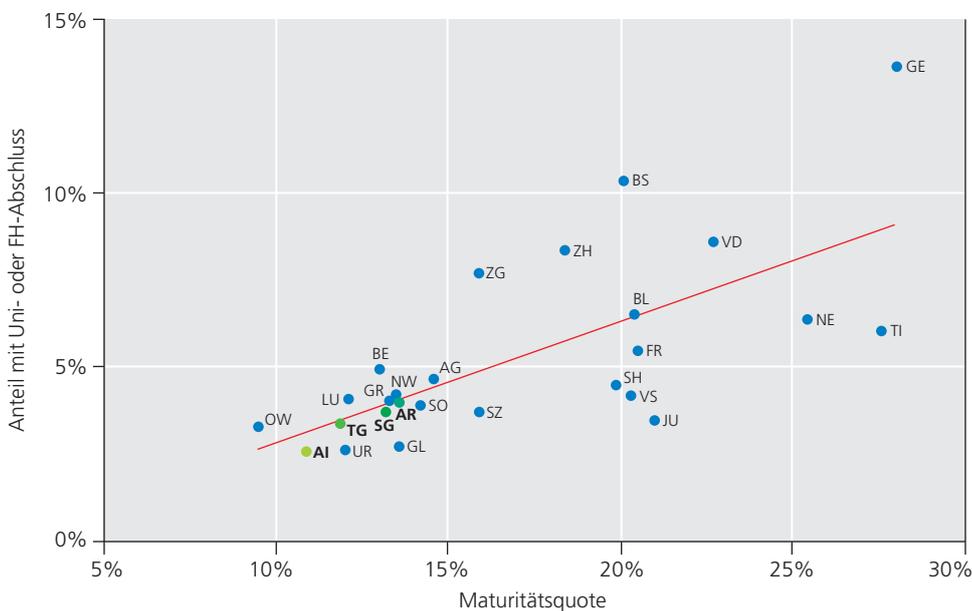


Abbildung 4.5:
Verhältnis Maturitätsquote und
Einwohner mit höherer Bildung,
2000

Erklärung: Siehe Text für Details. Eigene Berechnungen auf Basis von Zahlen des BFS.

Während Abbildung 4.5 der These eines Brain Drains aus der Ostschweiz widerspricht, muss festgestellt werden, dass der Anteil der Abgänger von Universitäten und Fachhochschulen in der Ostschweiz klar unter dem schweizerischen Mittel liegt. Dies kann für die lokale Wirtschaft bei der Rekrutierung von höher qualifizierten Arbeitskräften zu Problemen führen. Die Ostschweiz muss deshalb ihre Attraktivität für höher qualifizierte Arbeitskräfte verbessern.

Löhne und Lebensstandard

Eine mögliche Ursache für die mangelnde Attraktivität der Ostschweiz als Wohnort sind Löhne, welche hinter dem schweizerischen Durchschnitt und deutlich hinter den Löhnen in Zentren wie Zürich oder Basel liegen. Allerdings sind die Lebenshaltungskosten in der Ostschweiz auch deutlich tiefer. Für die Attraktivität ist entscheidend, wie viel vom Lohn nach Steuern, Krankenkassenprämien und Wohnkosten noch übrig bleibt. Dieser übrig bleibende Teil des Lohnes wird als frei verfügbares Einkommen bezeichnet. Die tieferen Löhne in der Ostschweiz werden bei einigen Einkommensklassen durch die tieferen Lebensunterhaltskosten mehr als wettgemacht⁴.

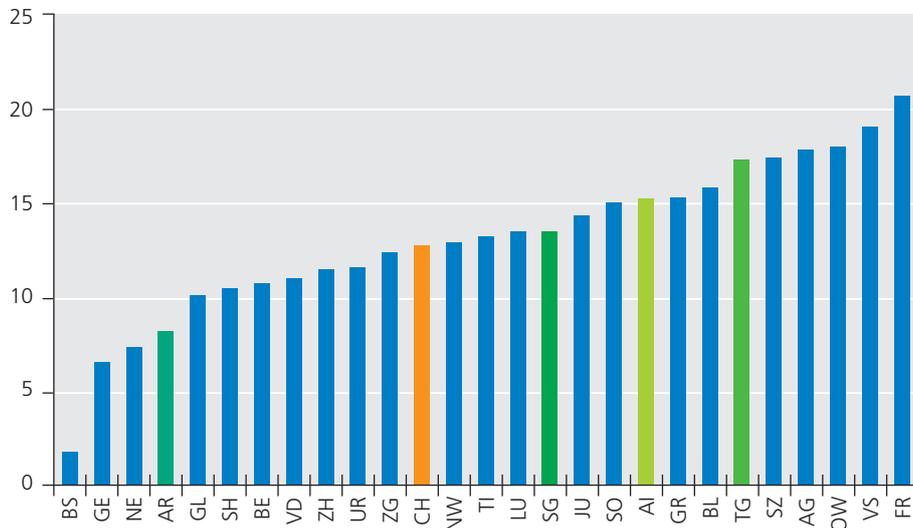
Wohnraum

Ein weiteres wichtiges Kriterium bei der Wohnortwahl ist die Erhältlichkeit von Bauland, Häusern oder Wohnungen respektive die Qualität des bestehenden Immobilienbestandes. Die Ostschweiz hat in den letzten Jahren einen eindrücklichen Boom beim Haus- und Wohnungsbau erlebt, welcher für die Wirtschafts- und die Bevölkerungsentwicklung ein starker Impuls war. Grund dafür dürfte die Erhältlichkeit von Bauland zu relativ bescheidenen Preisen sein. In der

⁴Credit Suisse Economic Research, Was den Haushalten unter dem Strich verbleibt. Das verfügbare Einkommen in der Schweiz, 2006.

Ostschweiz nahm der Bau von Einfamilienhäusern (Abbildung 4.6) deutlich stärker zu als im schweizerischen Mittel. Weit zurück findet sich allerdings auch hier Appenzell-Ausserrhodon. Bei den Wohnungen liegt der Zuwachs in der Ostschweiz dagegen unter dem schweizerischen Mittel.

Abbildung 4.6:
Neue erstellte Häuser,
2000–2005,
pro 1000 Einwohner

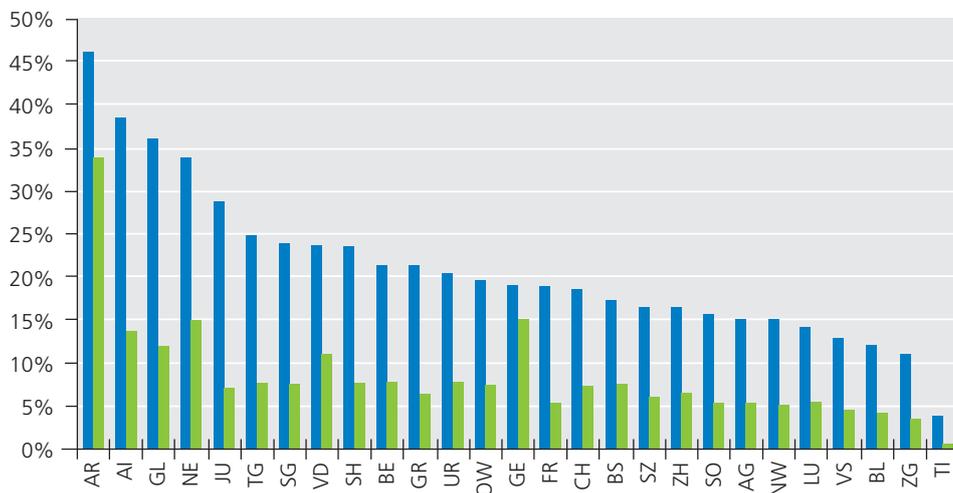


Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS.

Ist die tiefe Zahl von Neubauten in AR Folge der schrumpfenden Bevölkerung oder die fehlende Zuwanderung Folge von fehlenden Wohnmöglichkeiten? Für die These der tiefen Bautätigkeit aufgrund des Bevölkerungsrückgangs spricht, dass die Leerwohnungsbestände in Appenzell-Ausserrhodon sehr hoch sind. Angesichts des Leerwohnungsbestandes ist es für Bauherren wenig attraktiv, neues Angebot zu schaffen.

Allerdings ist der Haus- und Wohnungsbestand in AR massiv veraltet und entspricht in weiten Teilen wohl nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Aus Abbildung 4.7 wird ersichtlich, dass in Appenzell-Ausserrhodon 45% des Bestandes vor 1919 erstellt wurde, und ein Drittel davon wurde noch nie renoviert. Es ist zu vermuten, dass einerseits die Renovation dieser Häuser für viele potentielle Bewohner nicht attraktiv ist, andererseits zu wenig Bauland für neue Ein- oder Mehrfamilienhäuser vorhanden ist. In Appenzell-Innerrhodon besteht zwar ebenfalls ein grosser Bestand an alten Häusern. Aufgrund der regen Bautätigkeit ist aber anzunehmen, dass zumindest bisher genügend attraktives Bauland für Neubauten vorhanden war.

Abbildung 4.7:
Anteil vor 1919 erbauter
Wohneinheiten und Anteil
vor 1919 erbauter und nicht
renovierter Einheiten



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS.

Kapitel 5

Die Ostschweiz als Arbeitsort



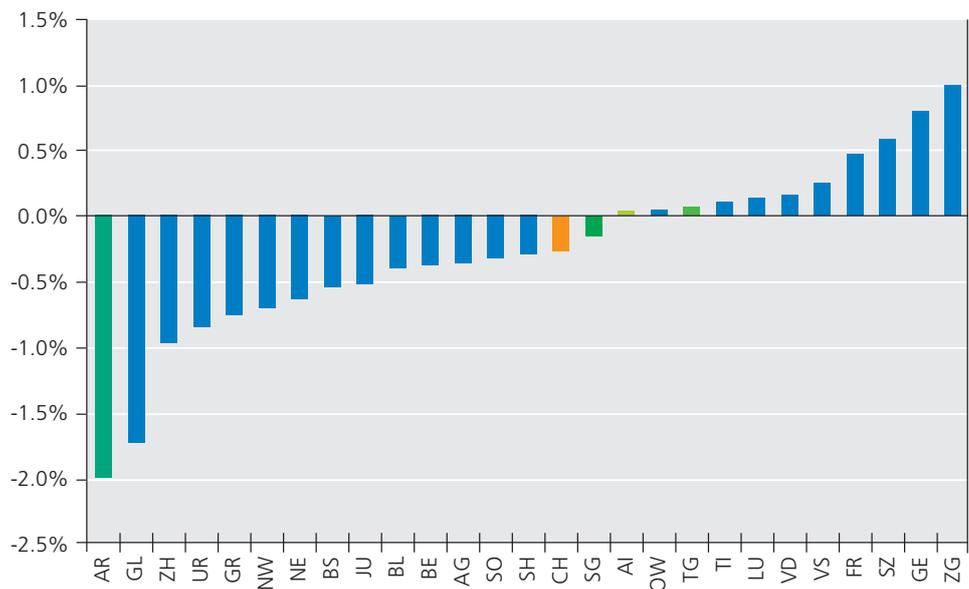
Die Entwicklung der Beschäftigung verlief in der gesamten Schweiz schleppend¹. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm seit 1990 zwar zu, im Verhältnis zur Wohnbevölkerung allerdings nur unterdurchschnittlich. Speziell bei den Männern über 55 kam es zu einem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt, welcher durch die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen nicht kompensiert wurde. Mit der weiteren Verbreitung von Teilzeitstellen reduzierte sich zudem die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen. Damit verlief die Entwicklung der gearbeiteten Stunden und damit der Vollzeitäquivalente noch langsamer als diejenige der Zahl der Beschäftigten².

Bei der regionalen Beschäftigungsentwicklung ist zu beachten, dass sich aufgrund des häufigen Pendelns und der Kleinräumigkeit der Schweiz Wohn- und Arbeitskanton oft unterscheiden. Es fragt sich also, inwieweit die Ostschweiz in den letzten Jahren selber Arbeitsplätze generieren konnte oder ob sie sich vor allem auf die Dynamik des Zentrums Zürich verlassen musste.

Die Beschäftigungsentwicklung in den Kantonen

Sehr dynamisch verlief die Entwicklung in den Kantonen Appenzell-Innerrhoden und Thurgau. Abbildung 5.1 zeigt die Entwicklung der Beschäftigung der 26 Kantone und Halbkantone im Vergleich. TG und AI konnten positive Wachstumsraten erzielen. Etwas schwächer, aber über dem schweizerischen Mittel lag die Beschäftigungsentwicklung in St.Gallen. Sehr schwach verlief die Entwicklung dagegen in Appenzell-Ausserrhoden mit einem jährlichen Rückgang der Beschäftigung zwischen 2001 bis 2005 von 2%, d.h. von insgesamt über 8%.

Abbildung 5.1:
Beschäftigungsentwicklung
Kantone, 2001–2005, pro Jahr



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der Betriebszählung (BZ) und der Landwirtschaftlichen Betriebszählung (LWBZ).

Bei den Regionen schnitten die Regionen Wil (SG), Frauenfeld und Weinfelden am besten ab. Am Ende finden sich die drei Regionen von AR und die Region Rorschach (Abbildung 5.2). Die Wirtschaftsregion St.Gallen liegt nur im Mittelfeld, leicht über dem Ostschweizerischen Durchschnitt.

¹ Eine Dokumentation der Beschäftigungsentwicklung auf Niveau Schweiz findet sich in: Frank Bodmer, a.a.O., 2007.

² Die Zahlen in diesem Kapitel basieren auf Vollzeitäquivalenten. Dabei werden Teilzeitstellen in Vollzeitstellen umgerechnet.

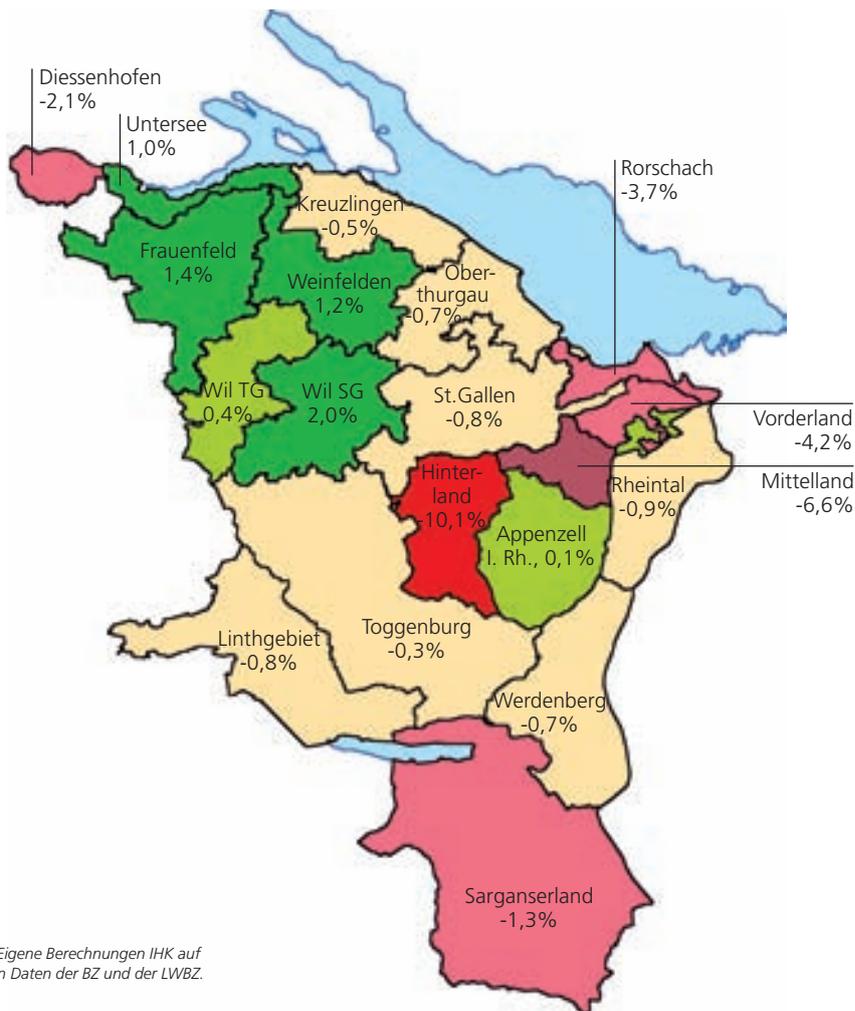


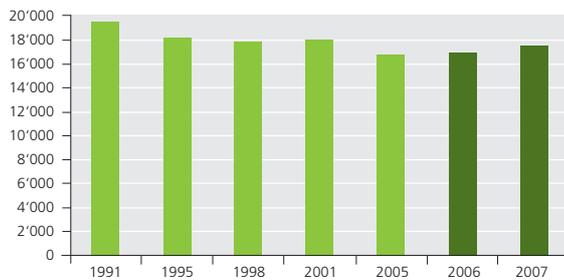
Abbildung 5.2:
Beschäftigungsentwicklung
Regionen, 2001–2005

Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ und der LWBZ.

Wie sieht die aktuelle Entwicklung der Beschäftigung aus?

Für die Jahre 2006 und 2007 sind mit Ausnahme des Kantons SG noch keine offiziellen Daten verfügbar. Auf Basis der Zahl der Arbeitsbewilligungen für Ausländer hat die IHK aber die Entwicklung für die Jahre 2006 und 2007 geschätzt. Für die beiden Appenzell haben wir zusätzlich eine Stichprobe bei den grössten Unternehmungen durchgeführt. Für die Berechnungen werden die Zahlen der Betriebszählung für die Industrie und die Dienstleistungen (ohne Landwirtschaft) für das Jahr 2005 als Ausgangspunkt zugrunde gelegt.

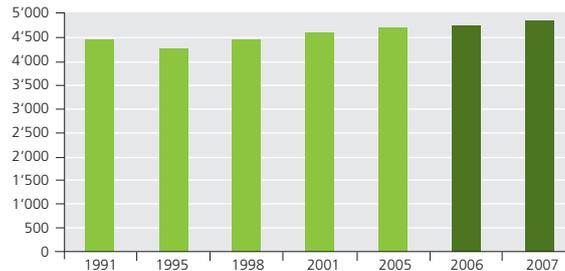
Die Beschäftigungslage in AR hat sich 2006 stabilisiert und 2007 verbessert (Abbildung 5.3). Im laufenden Jahr profitierte das stark industrielastige Ausserrhoden vom Aufschwung der Exporte und der Industrieproduktion. Allerdings kann im 2007 nicht das Niveau von 2001 und schon gar nicht jenes von 1991 erreicht werden.



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ. Für 2006 und 2007 Extrapolationen auf Basis der Ausländerbewilligungen und von Unternehmerbefragungen

Abbildung 5.3:
Beschäftigungsentwicklung AR

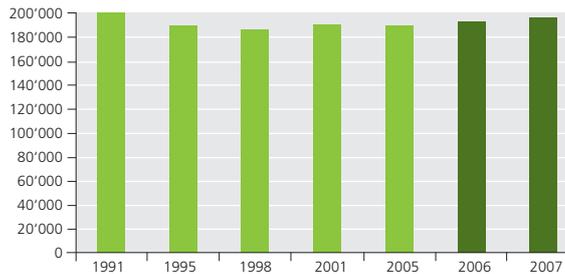
Abbildung 5.4:
Beschäftigungsentwicklung AI



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ. Für 2006 und 2007 Extrapolationen auf Basis der Ausländerbewilligungen und von Unternehmerbefragungen.

In AI setzte sich das Wachstum der Beschäftigung fort (Abbildung 5.4). Als einziger Ostschweizer Kanton konnte AI das Beschäftigungsniveau von 1991 im zweiten und dritten Sektor klar übertreffen.

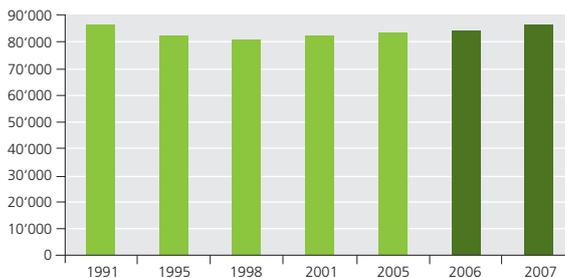
Abbildung 5.5:
Beschäftigungsentwicklung SG



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ und der BESTA.

Die Zahlen für SG zeigen eine überdurchschnittlich starke Beschleunigung des Beschäftigungswachstums von Sommer 2006 bis Sommer 2007. Das Beschäftigungsniveau von 1991 bleibt leicht unterschritten.

Abbildung 5.6:
Beschäftigungsentwicklung TG



Quelle: Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ. Für 2006 und 2007 Extrapolationen auf Basis der Ausländerbewilligungen.

Gemäss dem Zahlen für die Ausländerbewilligungen hat sich die Beschäftigung im TG seit 2005 ähnlich entwickelt wie in SG, mit einem kräftigen Wachstum vor allem seit Sommer 2006 (Abbildung 5.6). Vermutlich wird im TG im laufenden Jahr das Beschäftigungsniveau von 1991 übertroffen.

Eher Wohn- oder Arbeitsort?

Aufgrund der Kleinräumigkeit der Schweiz ist das Pendeln zwischen Wirtschaftsregionen und Kantonen weit verbreitet. Wohn- und Arbeitskanton unterscheiden sich deshalb für viele Arbeitnehmer. Für Kantone und Regionen heisst das, dass sich einige eher als Arbeits-, andere eher als Wohnort spezialisieren. Dies äussert sich im Verhältnis von Erwerbstätigen zur Bevölkerung (= Beschäftigungsquote). In den klassischen Arbeitsorten wie den städtischen Zentren sind diese Beschäftigungsquoten hoch, in den umliegenden Gemeinden und Kantonen tiefer. Die Stadtkantone Basel-Stadt und Genf weisen dementsprechend die höchsten Beschäftigungsquoten auf (Abbildung 5.7). Die Beschäftigungsquote der Ostschweiz ist dagegen unterdurchschnittlich. Nur der Kanton SG weist eine Quote in der Nähe des schweizerischen Mittels auf, diejenigen von AI und TG liegen im unteren Drittel, AR bildet das Schlusslicht. Diese drei Kantone können deshalb als Wohnkantone bezeichnet werden.

Auf regionaler Ebene sind die Unterschiede in der Ostschweiz ebenfalls gross (Abbildung 5.8). Beschäftigungszentrum ist die Region St.Gallen, in welcher nur etwa 10% der Bevölkerung wohnen aber ungefähr 20% der Beschäftigten arbeiten. Überdurchschnittliche Werte weisen auch Frauenfeld sowie das Rheintal auf. Am unteren Ende finden sich Wil (TG), das Mittel- und Vorderland sowie die Region Untersee. In diesen vier Regionen ist der Anteil der Wegpendler dementsprechend gross.

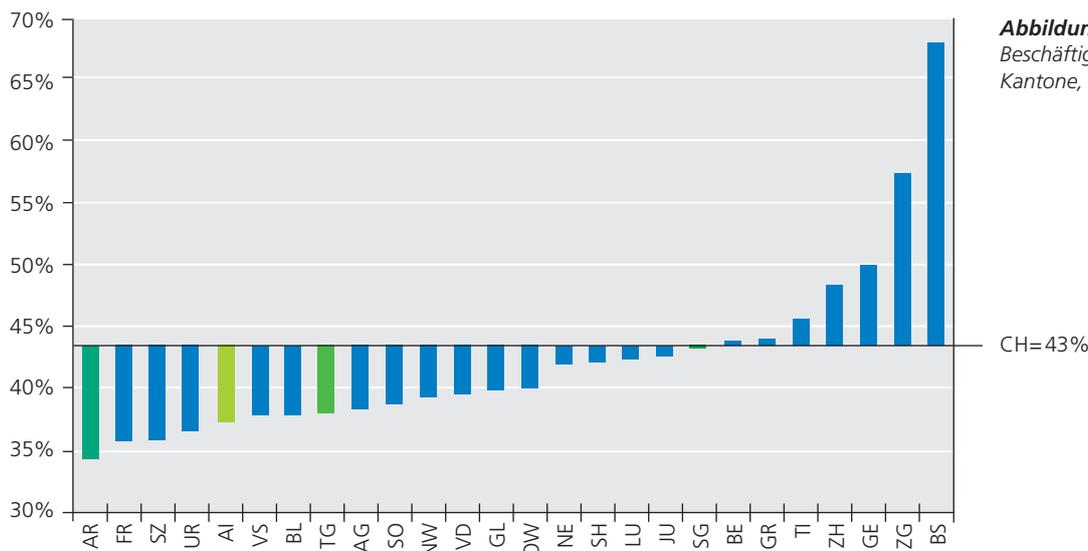


Abbildung 5.7:
Beschäftigungsquoten
Kantone, 2005

Erklärung: Anteil Vollzeitäquivalente im Verhältnis zur Bevölkerung, eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS.

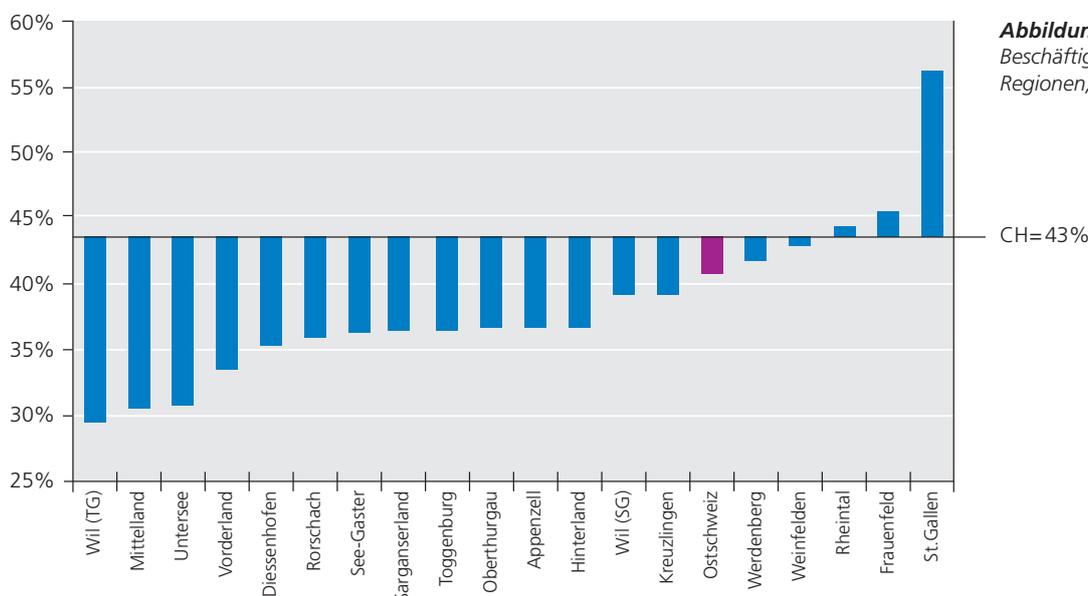


Abbildung 5.8:
Beschäftigungsquoten
Regionen, 2005

Erklärung: Anteil Vollzeitäquivalente im Verhältnis zur Bevölkerung, eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten des BFS.

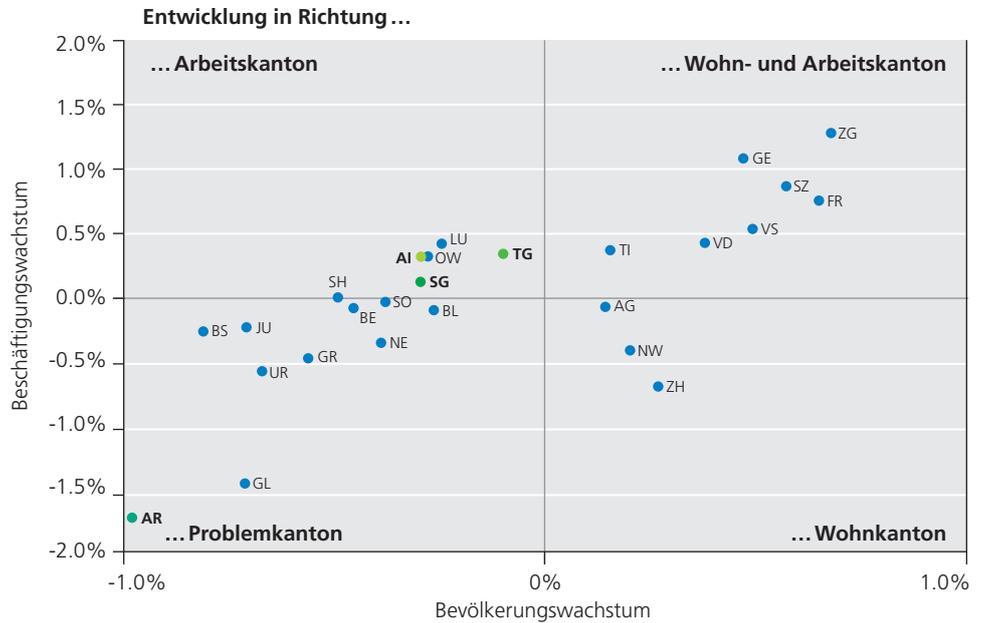
Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung im Vergleich

Die Beschäftigungsquote signalisiert, ob sich ein Kanton oder eine Region als Wohn- oder als Arbeitsort positioniert hat. Ein Vergleich der Veränderung von Beschäftigung und Bevölkerung zeigt an, in welche Richtung die Entwicklung verlaufen ist. Grundsätzlich ist es möglich, dass sich Bevölkerung und Beschäftigung sehr unterschiedlich entwickeln. Im Allgemeinen entwickeln sich diese beiden Indikatoren aber in dieselbe Richtung, wie Abbildung 5.9 zeigt. Ausnahmen von dieser Regel sind vor allem ZH und NW, welche bei der Beschäftigungsentwicklung relativ schlecht abschnitten. Der enge Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung ist darauf zurückzuführen, dass viele Arbeitsplätze im lokalen Gewerbe entstehen, welches die lokale Bevölkerung mit Dienstleistungen versorgt.

Bei den Wirtschaftsregionen war die Beziehung zwischen Beschäftigung und Bevölkerung zwischen 2001 und 2005 deutlich weniger eng als bei den Kantonen. Wie aus Abbildung 5.10 ersichtlich wird, entsprechen sich die Gewinner bei der Bevölkerungs- und bei der Beschäftigungsentwicklung nicht. So entwickelten sich Kreuzlingen, Wil (TG), See-Gaster oder Diessen-

hofen in Richtung Wohnort, während sich Wil (SG), Frauenfeld und Weinfelden verstärkt als Standorte für Unternehmen und damit als Arbeitsorte positionieren konnten. Einzig die drei Regionen von AR haben in beiden Bereichen unterdurchschnittlich abgeschnitten.

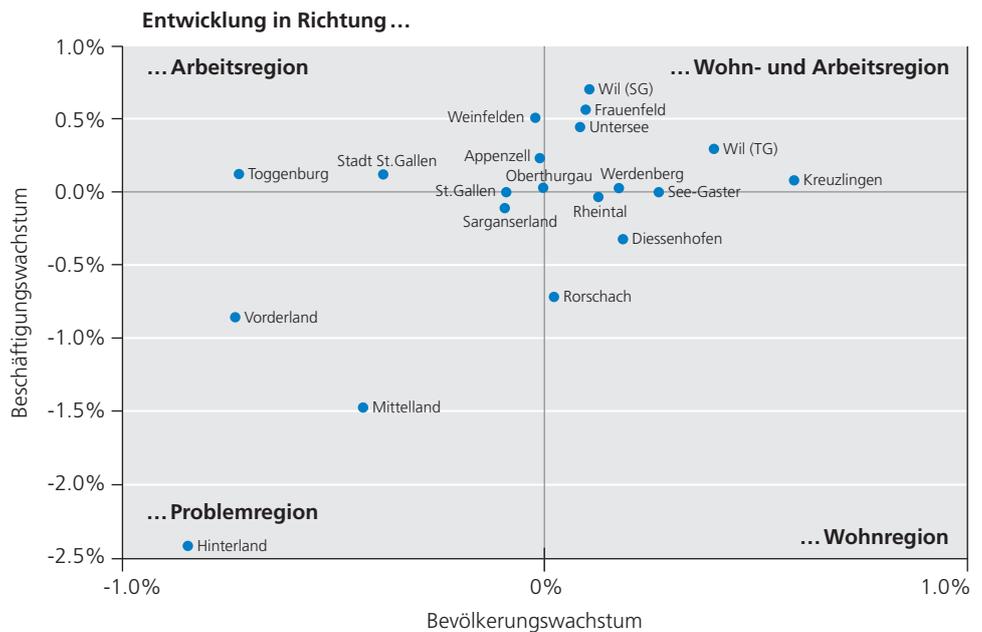
Abbildung 5.9:
Entwicklung von Bevölkerung
und Beschäftigung der Kantone,
2001–2005



Erklärung: Jährliche Wachstumsraten, normalisiert auf Schweizer Mittel.
Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS und der BZ.

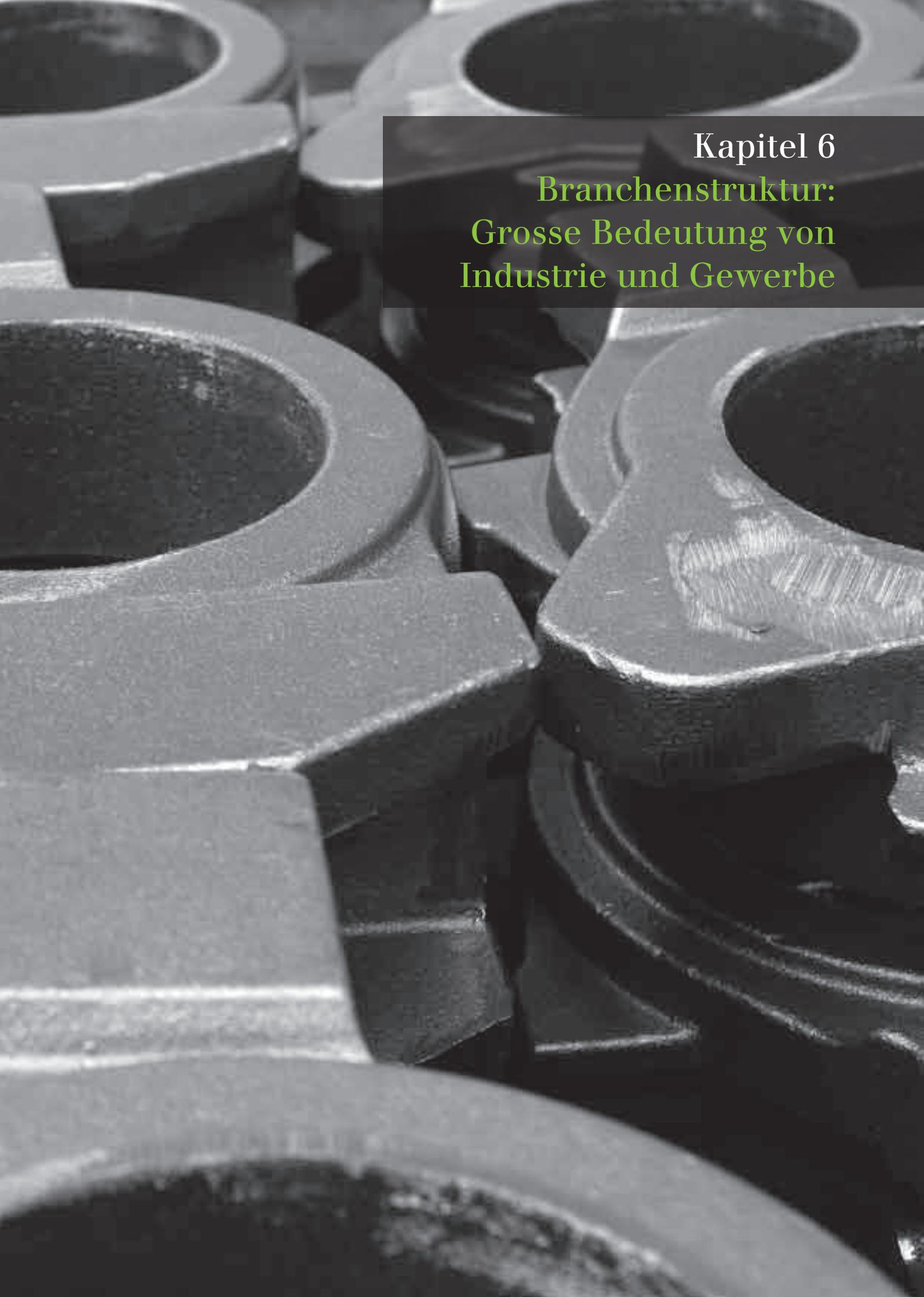
Die Stadt St.Gallen ist in Abbildung 5.10 ebenfalls eingetragen. Sie hat bei der Beschäftigung zwischen 2001 und 2005 nur unwesentlich besser abgeschnitten als die Wirtschaftsregion St.Gallen, bei der Bevölkerungsentwicklung aber deutlich schlechter. Die Stadt war damit in diesen Jahren kein Motor für die Ostschweiz³.

Abbildung 5.10:
Entwicklung von Bevölkerung
und Beschäftigung der Regionen,
2001–2005



Erklärung: Jährliche Wachstumsraten, normalisiert auf Ostschweizer Mittel.
Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS und der BZ.

³ Die Beschäftigungsentwicklung zwischen 2001 und 2005 steht damit im Gegensatz zur Entwicklung zwischen 1995 und 2001. Siehe: Stadt St.Gallen, Beschäftigung und Branchenstruktur der Stadt St.Gallen während der Dekade 1995 bis 2005 im interstädtischen Vergleich, Stadtstatistik aktuell Nr. 5 – September 2007.



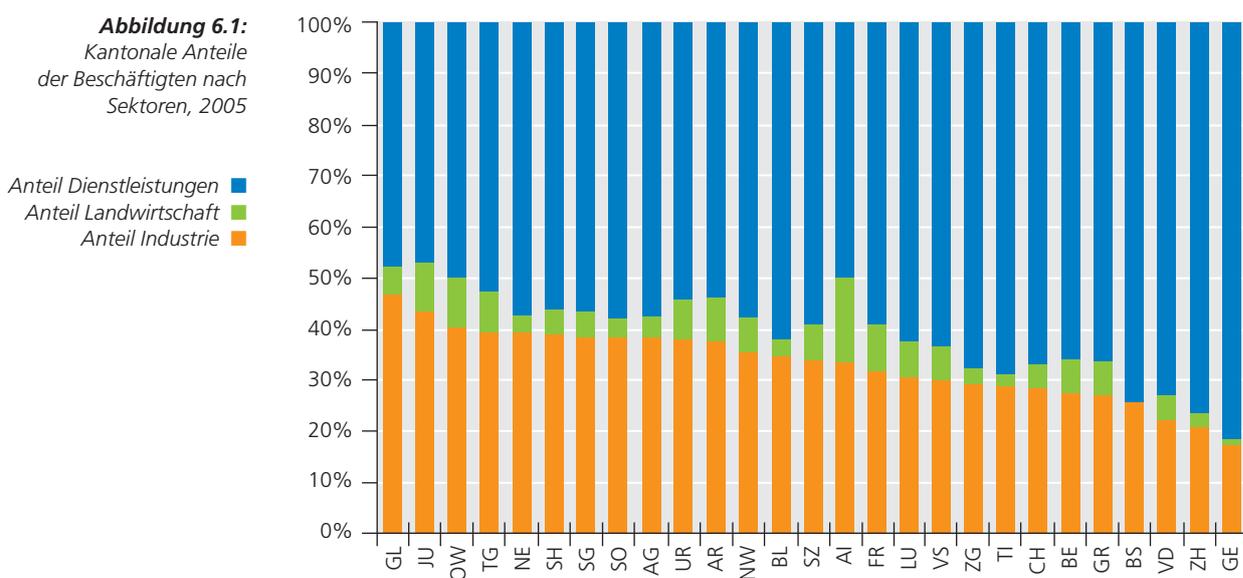
Kapitel 6
Branchenstruktur:
Grosse Bedeutung von
Industrie und Gewerbe

Die Branchenstruktur stellt eine wichtige Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung eines Kantons oder einer Region dar. Unter der Rezession der Jahre 2001 bis 2003 litt beispielsweise der Finanzsektor besonders stark, was wiederum vor allem den Kanton Zürich als Banken- und Versicherungsmetropole in Mitleidenschaft gezogen hat, aber auch in der Stadt St.Gallen Spuren hinterlassen hat. Basel wurde von der Rezession zu Beginn der 1990er Jahre stark getroffen, da diese Abkühlung auch in der Chemie- und Pharmaindustrie spürbar war. Die Ostschweiz war traditionell ein Zentrum der Textilindustrie und litt entsprechend stark unter der Krise dieser Branche. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie standen die Zeichen in den 1990er Jahren auf Sturm, was sich in der Zwischenzeit allerdings wieder geändert hat.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der verschiedenen Branchen liegt es nahe, Prognosen für die wirtschaftlichen Aussichten eines Kantons aus der Branchenstruktur herzuleiten¹. Gegen diese Prognosemethode spricht aber, dass sich ein Kanton den nationalen Trends bei der Branchenentwicklung entziehen kann. Es ist nämlich nicht so, dass alle Kantone in denselben Branchen erfolgreich sind. Auch bei den Kantonen ist eine Spezialisierung sinnvoll. Dementsprechend kann ein Kanton mit einer Branchenstruktur erfolgreich sein, die vielleicht gesamtschweizerisch nicht Erfolg versprechend ist. Allerdings stellt dies für die Unternehmen der entsprechenden Branchen eine spezielle Herausforderung dar.

Bedeutung und Wachstum der Wirtschaftssektoren

Die Ostschweiz weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Industrie und verarbeitendem Gewerbe aus. Zur Industrie und zum verarbeitenden Gewerbe werden die Industrie, der Bau und die Bauzulieferer sowie Energie und Wasserversorgung gezählt. Der Anteil liegt in der Ostschweiz bei 38% und damit deutlich über dem schweizerischen Schnitt von 28%. Gemessen an den Vollzeitäquivalenten lag der Kanton TG beim Industrieanteil an 4. Stelle, SG an 7., AR an 11. und AI an 15. Stelle (Abbildung 6.1). Eine relativ grosse Bedeutung des Industriesektors geht in der Regel mit einer kleinen Bedeutung des Dienstleistungssektors einher, da die Landwirtschaft in den meisten Kantonen nur noch einen sehr kleinen Anteil ausmacht. AI bildet hier die Ausnahme mit einem Anteil der Landwirtschaft von noch immer über 15%.



¹ Wie in den Regionalstudien von CS, UBS oder BAK gemacht.

Bei der Veränderung der Beschäftigung zwischen 2001 und 2005 gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen der Schweiz und der Ostschweiz. Die Industrie konnte sich in der Ostschweiz etwas besser halten, musste aber auch hier einen Rückgang hinnehmen (Abbildung 6.2). Die Dienstleistungen wuchsen in der Ostschweiz etwas stärker als im schweizerischen Mittel. Die Landwirtschaft, welche in der Ostschweiz nach wie vor relativ wichtig ist, musste dafür einen grossen Verlust bei der Beschäftigung hinnehmen.

Die Unterschiede zwischen den Ostschweizer Kantonen sind gross. In AR mussten alle drei Sektoren Verluste verzeichnen, am grössten waren sie aber in der Industrie. In AI wurde der massive Rückgang in der Landwirtschaft durch einen Zuwachs in den beiden anderen Sektoren kompensiert, wobei die Dienstleistungen einen etwas grösseren Beitrag leisteten. In SG veränderte sich kaum etwas. Die Industrie konnte aber immerhin einen leichten Zuwachs verzeichnen. Im TG wiederum kam es zu einer massiven Verschiebung des ersten und zweiten in den dritten Sektor.

Die in Abbildung 6.2 gezeigten Zahlen stellen den gewichteten Wachstumsbeitrag eines Sektors zum gesamten Beschäftigungswachstum des Kantons oder der Region dar. So schrumpfte die gesamte Beschäftigung in der Ostschweiz zwischen 2001 und 2005 um 0,2% pro Jahr. Landwirtschaft und Industrie trugen je etwa 0,2% pro Jahr zu diesem Rückgang bei, was von den Dienstleistungen mit einem Zuwachs von 0,2% nur zur Hälfte ausgeglichen werden konnte.

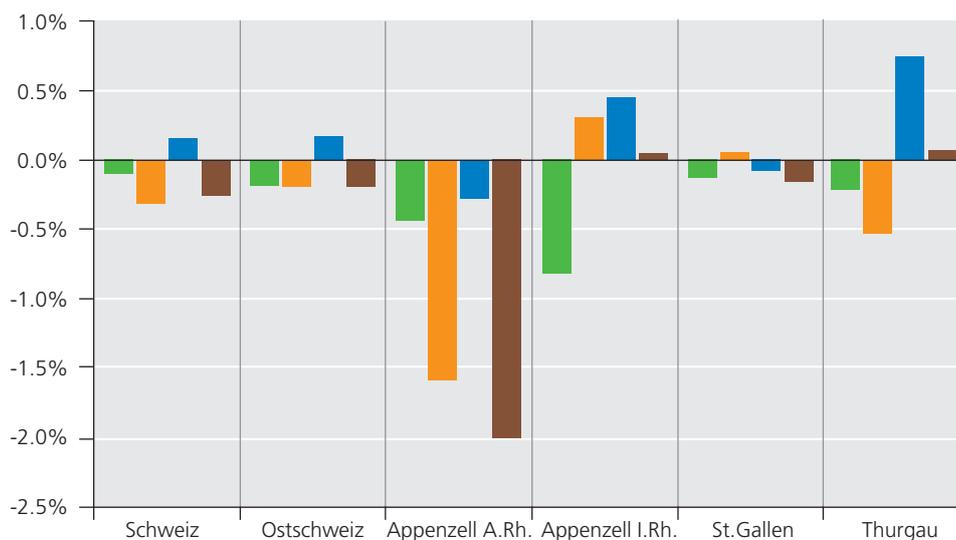


Abbildung 6.2:
Jährliches Wachstum der
Wirtschaftssektoren, 2001–2005

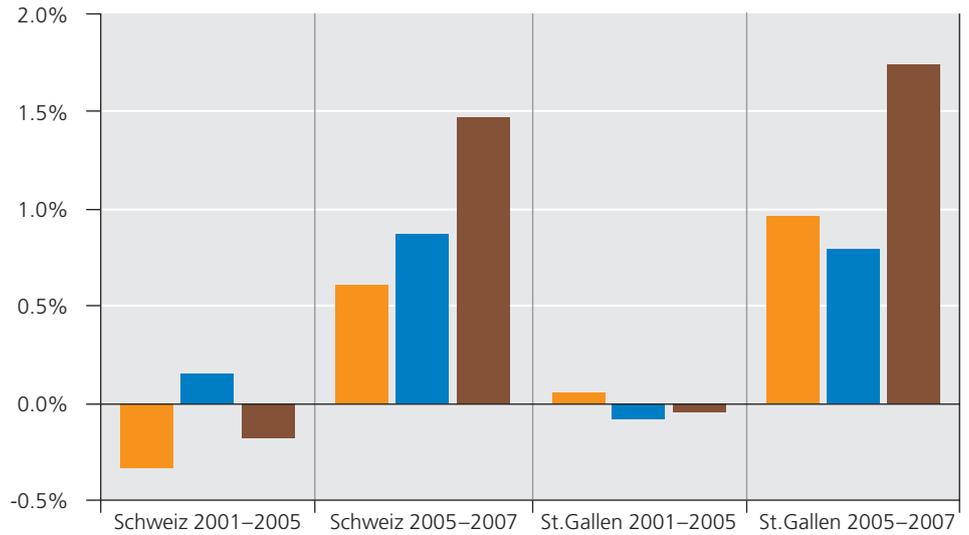
■ Landwirtschaft
■ Industrie
■ Dienstleistungen
■ Total

Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Seit 2005 hat sich die Beschäftigungsentwicklung beschleunigt. Zahlen liegen nur für Industrie und Dienstleistungen vor und lediglich für die Schweiz als Ganzes sowie für den Kanton St.Gallen. Abbildung 6.3 zeigt sowohl für die Schweiz als auch für den Kanton St.Gallen ein starkes Beschäftigungswachstum. Dabei hat St.Gallen noch etwas besser als die Schweiz abgeschnitten, gestützt auf ein hohes Wachstum in der Industrie. Für die drei anderen Ostschweizer Kantone liegen keine Zahlen vor. Aufgrund unserer Stichprobe ist aber zu vermuten, dass die Industriebeschäftigung zumindest in den beiden Appenzell in der gleichen Grössenordnung wie in St.Gallen gewachsen ist.

Abbildung 6.3:
Jährliches Beschäftigungswachstum zwischen 2001 und 2005 sowie 2005 und 2007

Industrie ■
Dienstleistungen ■
Zusammen ■

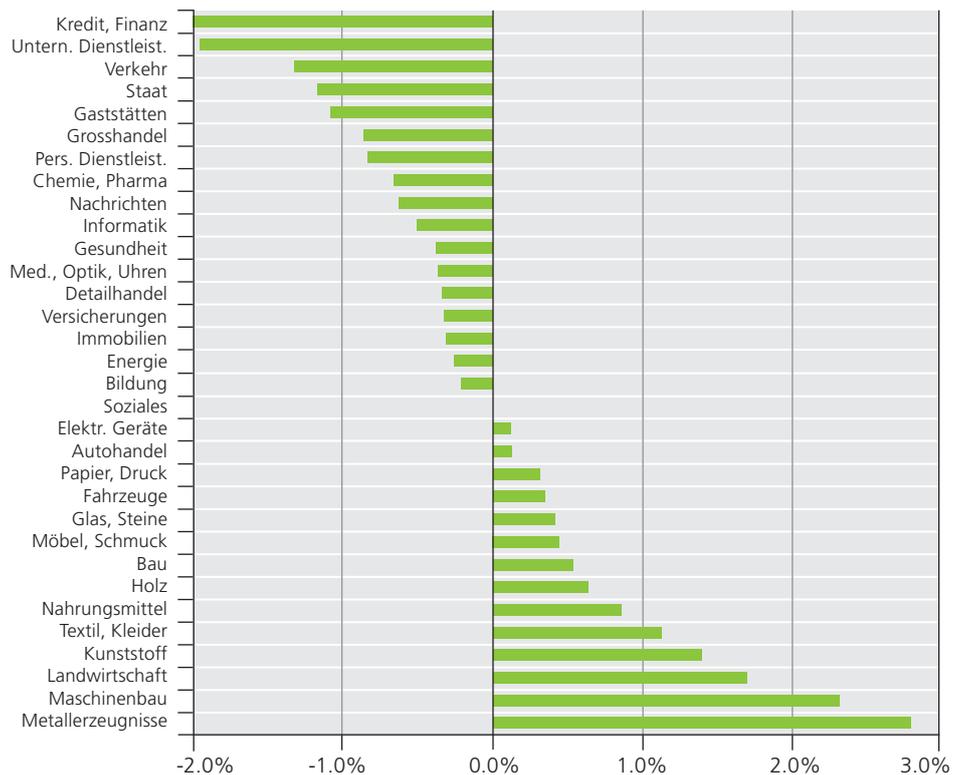


Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der BZ und der BESTA.

Struktur und Entwicklung der Branchen in der Ostschweiz

Die Ostschweiz weist sowohl einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Industrie und Gewerbe als auch einen hohen Anteil der Landwirtschaft aus. Im Industriesektor sind die Metall- und Maschinenindustrie dominierend (Abbildung 6.4). Bauindustrie, Nahrungsmittel, Textilien, Kunststoff sowie Holz spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Dienstleistungssektor ist dementsprechend schwach vertreten, wobei vor allem der Rückstand bei den Finanzdienstleistungen und den unternehmensnahen Dienstleistungen auffällt. Aber auch Verkehr, Staat, Gaststätten, Grosshandel und persönliche Dienstleistungen spielen in der Ostschweiz eine vergleichsweise kleine Rolle.

Abbildung 6.4:
Differenz Branchenanteile
CH/OCH, 2005



Erklärung: Unterschied im Branchenanteil in der Ostschweiz im Vergleich zur Schweiz. Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Struktur und Entwicklung der kantonalen Branchenlandschaft

Appenzell-Ausserrhoden: Zugpferd gesucht

Der Kanton AR weist einen nach wie vor hohen Anteil der Landwirtschaft aus. In der Industrie haben die Elektronikbranche und der Textilsektor ein grosses Gewicht. Auffällig ist sodann der grosse Anteil des Gesundheitsbereiches. Die übrigen Dienstleistungsbranchen sind im Vergleich zum schweizerischen Mittel schwach vertreten (Abbildung 6.5).

Zwischen 2001 und 2005 mussten viele Branchen eine sinkende Beschäftigung hinnehmen, allen voran die Elektronik, die Landwirtschaft und der Bau. Aber auch beim Detailhandel und bei den Gaststätten kam es zu einem starken Rückgang. Zwar konnten der Staat, der Bereich Soziales, die Chemie- und Pharmabranche, die Energie und der Gross- und Autohandel zulegen, aber ein wirklich kräftiges Zugpferd fehlt zumindest im privaten Bereich (Abbildung 6.6).

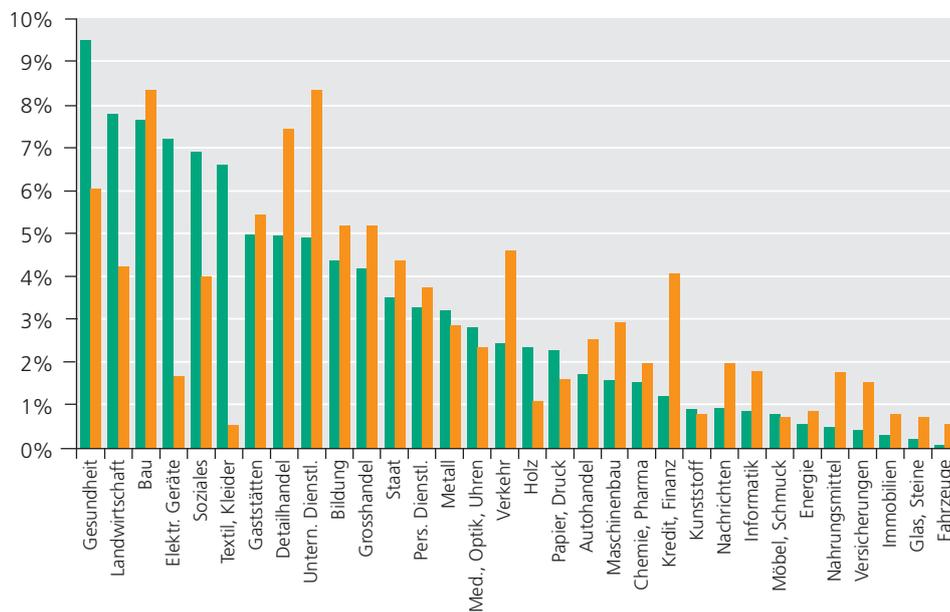


Abbildung 6.5:

Beschäftigungsanteile AR, 2005

■ Anteil VZA AR 2005
■ Anteil VZA CH 2005

Erklärung: Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

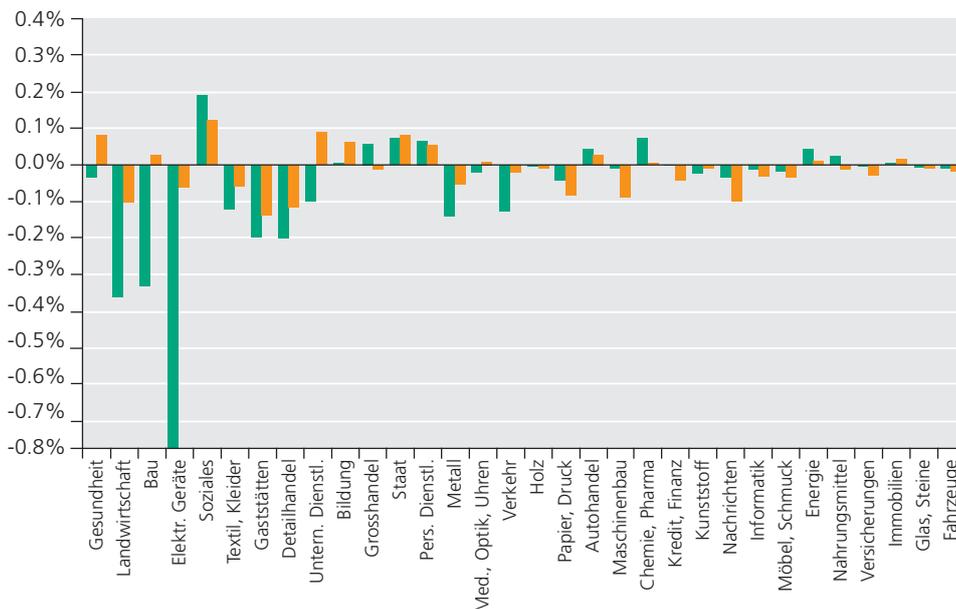


Abbildung 6.6:

Gewichtetes Wachstum Beschäftigung AR, 2001–2005

■ Wachstum VZA AR
■ Wachstum VZA CH

Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

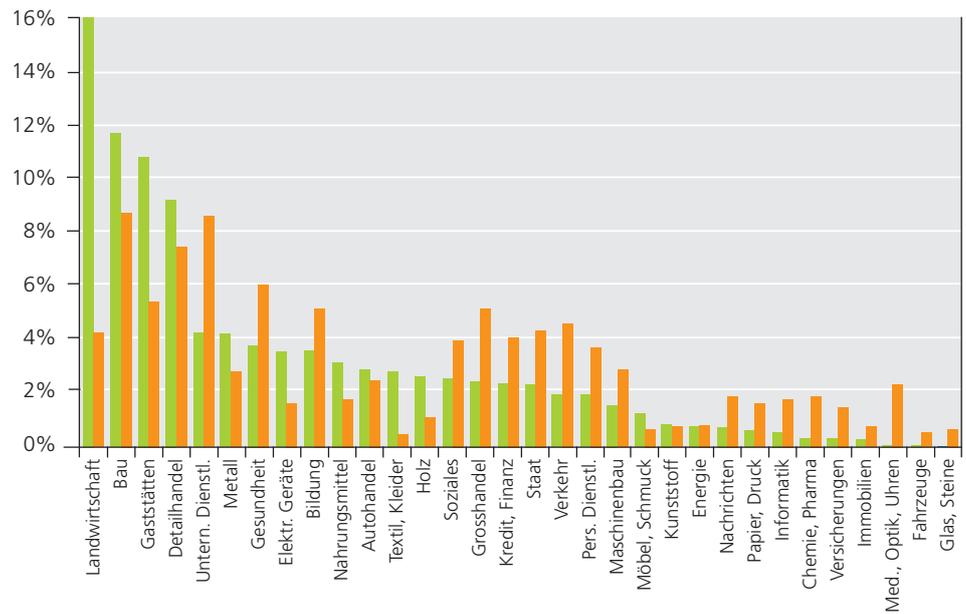
Appenzell-Innerrhoden: Boom dank erfolgreich bewältigtem Strukturwandel

In AI hat die Landwirtschaft eine ausserordentlich grosse Bedeutung, mit einem Beschäftigungsanteil von über 15%. In keinem anderen Kanton arbeitet ein auch nur annähernd so grosser Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor. Ebenfalls von grosser Bedeutung sind der Bau und die Holzverarbeitung, die Gaststätten und der Detailhandel. Letztere profitieren speziell vom Tourismus. Bei den Industriebranchen sind Metallserzeugnisse, Elektronik, Nahrungsmittelindustrie und die Textil- und Kleiderbranche überdurchschnittlich vertreten (Abbildung 6.7).

Die Nahrungsmittelindustrie konnte beschäftigungsmässig stark zulegen, ebenso wie der Bau. Verluste waren dagegen beim Holzbau zu verzeichnen. Ebenfalls eine deutliche Beschäftigungszunahme konnten Bildung und Soziales ausweisen (Abbildung 6.8).

Abbildung 6.7:
Beschäftigungsanteile AI, 2005

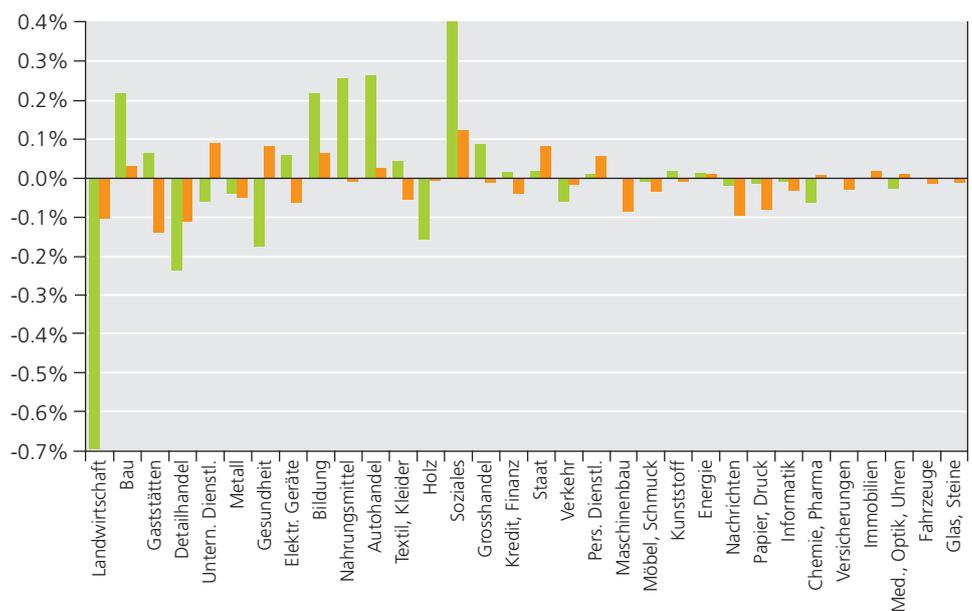
Anteil VZA AI 2005 (grün)
Anteil VZA CH 2005 (orange)



Erklärung: Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Abbildung 6.8:
Gewichtetes Wachstum Beschäftigung AI, 2001–2005

Wachstum VZA AI (grün)
Wachstum VZA CH (orange)



Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

St.Gallen: Grosse Bedeutung von Metall- und Maschinenindustrie, Aufschwung beim Bau

In SG fällt vor allem die grosse Bedeutung der Metall- und Maschinenindustrie auf, während bei praktisch allen Dienstleistungsbranchen ein leicht unterdurchschnittlicher Anteil zu vermerken ist (Abbildung 6.9).

Wachstumsmässig konnten von den Industriebranchen vor allem die Metallindustrie und die Elektronik zulegen, beide entgegen der gesamtschweizerischen Entwicklung. Sehr erfreulich entwickelte sich nach einer langen Krise auch der Bau. Zuletzt wurde auch in SG die Beschäftigung durch den staatlichen und staatsnahen Sektor gestützt: Bildung, Staat, Gesundheit und Soziales leisteten alle einen positiven Beschäftigungsbeitrag. Zu den Verlierern gehörten insbesondere Landwirtschaft, Textilien, Maschinenbau, Detailhandel, Gaststätten und Informatik. Die Entwicklung in SG kann als sehr gleichmässig bezeichnet werden, was auf die stark diversifizierte Wirtschaft zurückzuführen ist (Abbildung 6.10).

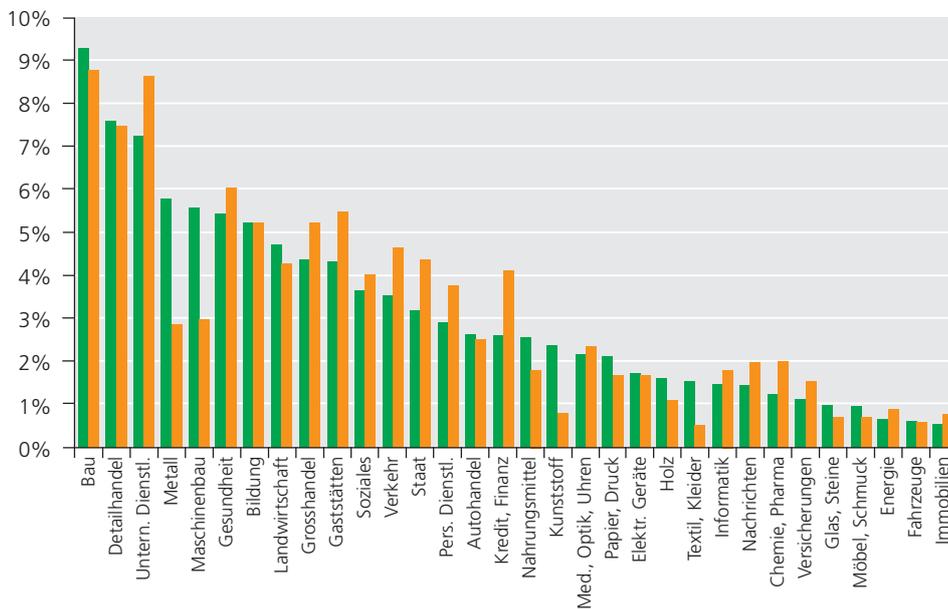


Abbildung 6.9:
Beschäftigungsanteile SG, 2005

■ Anteil VZA SG
■ Anteil VZA CH

Erklärung: Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

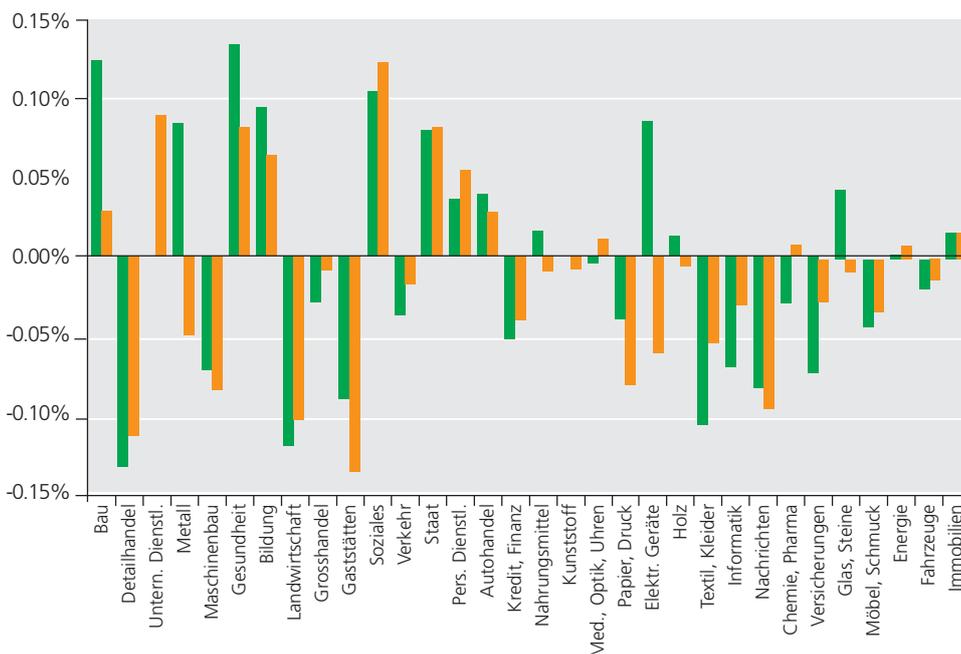


Abbildung 6.10:
Jährliches Wachstum Beschäftigung SG, 2001-2005

■ Wachstum VZA SG
■ Wachstum VZA CH

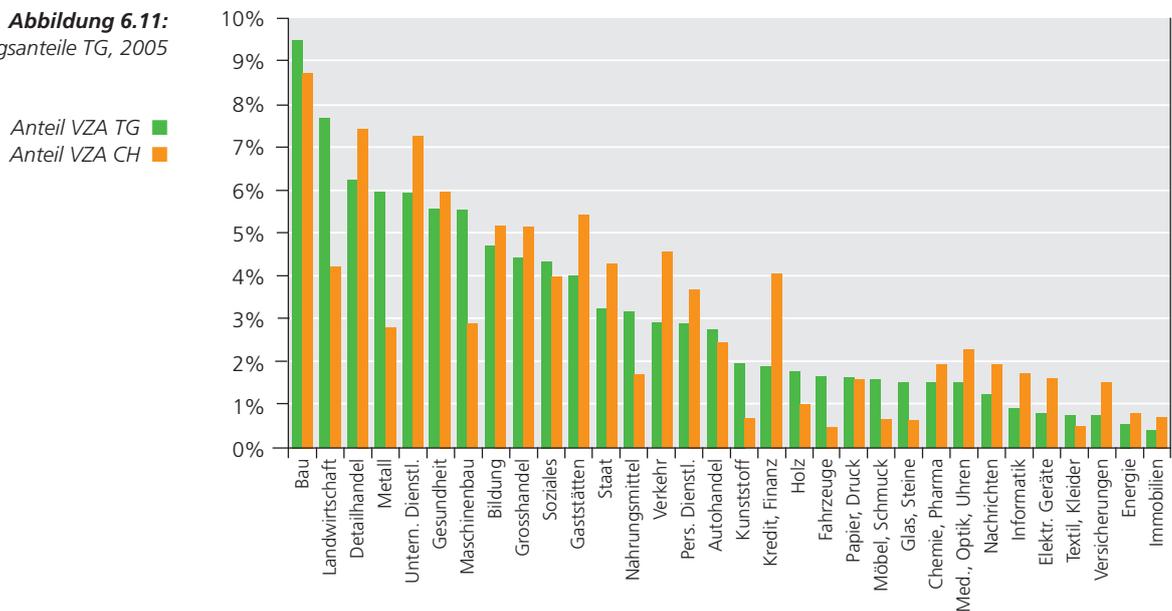
Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Thurgau: Grosse Bedeutung von Metall- und Maschinenindustrie, Wachstum des Gesundheitssektors

Auch im TG machen die Landwirtschaft und die Industrie einen hohen Anteil an der Beschäftigung aus. Unter den Industriebranchen stechen vor allem die Metall- und Maschinenindustrie hervor. Daneben sind auch die Anteile des Fahrzeugbaus, der Kunststoffindustrie, der Möbelproduktion und der Bau- und Holzbranche gross. Die Dienstleistungsbranchen sind im TG ebenfalls untervertreten (Abbildung 6.11).

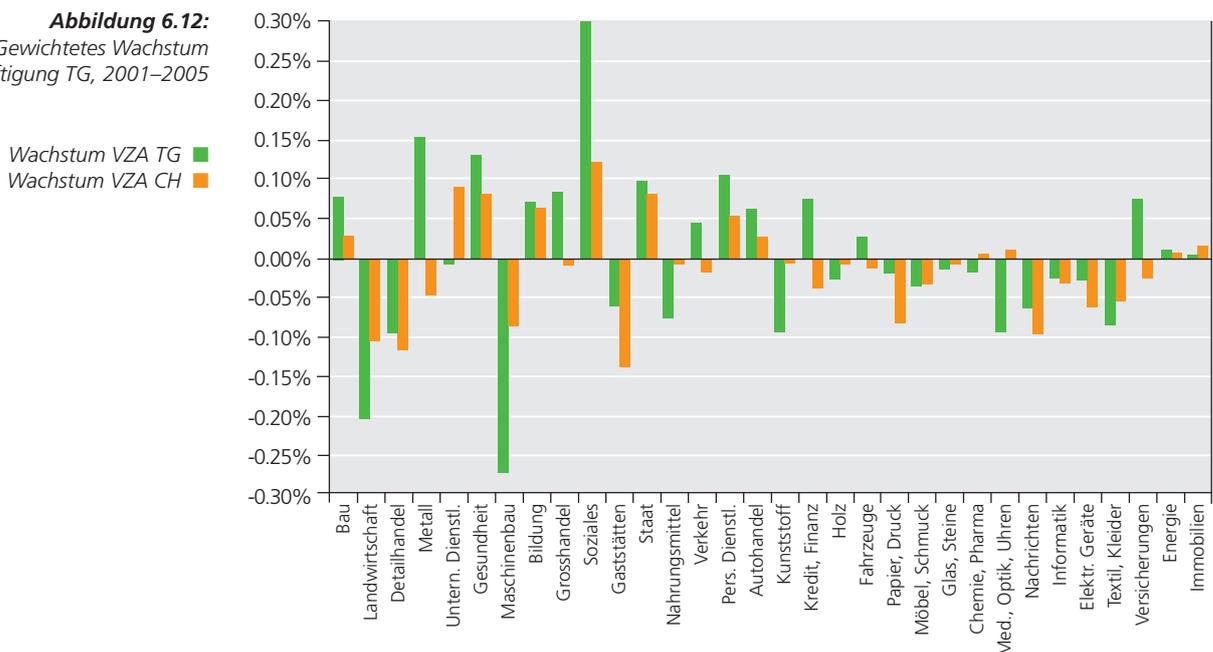
Die grössten Wachstumsraten resultierten bei den staatlichen oder staatsnahen Dienstleistungen, bei den persönlichen und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie bei den Finanzdienstleistungen. Nur wenige Industriebranchen konnten zulegen: Metallerzeugnisse, Fahrzeuge und Bauwirtschaft. Landwirtschaft und Maschinenbau mussten dagegen empfindliche Einbussen hinnehmen (Abbildung 6.12).

Abbildung 6.11:
Beschäftigungsanteile TG, 2005



Erklärung: Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Abbildung 6.12:
Gewichtetes Wachstum Beschäftigung TG, 2001–2005



Erklärung: Mit dem mittleren Beschäftigungsanteil gewichtetes Wachstum der Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Regionale Branchenstruktur

Beschäftigungsmässig ist die Industrie regional sehr unterschiedlich verteilt (Abbildung 6.13). Leader beim Industrieanteil ist das Rheintal, gefolgt von Rorschach, Werdenberg, dem Oberthurgau und den beiden Regionen um Wil. Einen erstaunlich hohen Industrieanteil hat auch das Toggenburg. Tief ist der Industrialisierungsgrad dagegen in St.Gallen, welches vor allem von den Dienstleistungsbranchen lebt. Relativ tief ist er sodann in AI und in allen drei Regionen von AR.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist allerdings in Erinnerung zu rufen, dass das Verhältnis von Arbeitsstellen zur Bevölkerung zwischen den Regionen stark variiert. Die Region Wil (TG) hat beispielsweise nur relativ wenige Stellen im Verhältnis zur Bevölkerung, damit auch nur wenige Stellen im Industriesektor im Verhältnis zur Bevölkerung. Ein hoher Industrieanteil muss damit nicht heissen, dass eine Region stark industrialisiert ist.

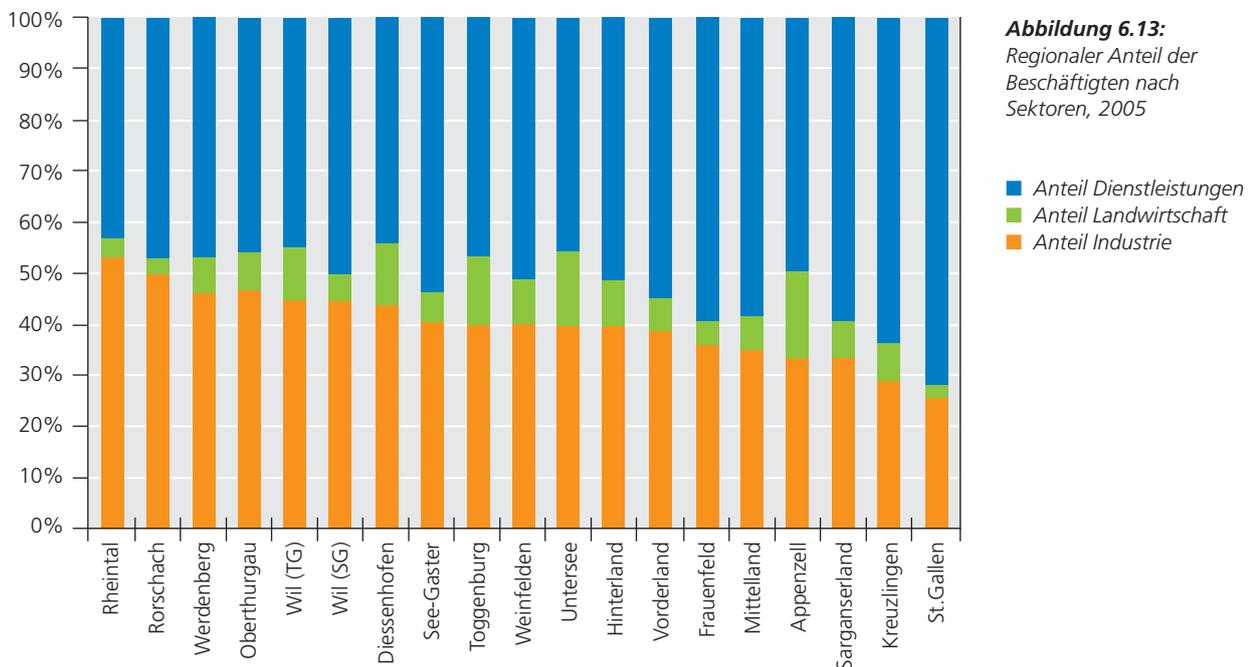


Abbildung 6.13:
Regionaler Anteil der
Beschäftigten nach
Sektoren, 2005

■ Anteil Dienstleistungen
■ Anteil Landwirtschaft
■ Anteil Industrie

Quelle: Vollzeitäquivalente, eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ und der LWBZ.

Die Branchenstruktur und Branchenentwicklung der Ostschweizer Regionen ist sehr heterogen. In der zweiten Spalte der folgenden Tabelle ist für jede Region diejenige Branche aufgelistet, welche im Verhältnis zum ostschweizerischen Mittel am wichtigsten ist. Dies gibt einen Eindruck von den Spezialitäten der einzelnen Region. Im Hinterland von AR ist die Elektronikbranche sehr bedeutend, im Mittel- und Vorderland die Textilbranche. In St.Gallen sind es die unternehmensnahen Dienstleistungen, im Sarganserland die Gaststätten, in See-Gaster die Kunststoffbranche. In fünf Regionen ist der Anteil der Landwirtschaft herausragend.

Tabelle 6.1:
Einige Highlights der
regionalen Branchenstruktur
und -entwicklung, 2001–2005

Regionen	Wichtige Branche	Gewinnerbranche	Verliererbranche
Hinterland	Elektr. Geräte	Pers. Dienst.	Elektr. Geräte
Mittelland	Textilien, Bekleidung	Grosshandel	Bau
Vorderland	Textilien, Bekleidung	Soziales	Gesundheit
Appenzell	Landwirtschaft	Soziales	Landwirtschaft
St.Gallen	Untern. Dienstl.	Staat	Detailhandel
Rorschach	Nahrungsmittel	Nahrungsmittel	Untern. Dienstl.
Rheintal	Metallerzeugnisse	Bau	Detailhandel
Werdenberg	Fahrzeuge	Metallerzeugnisse	Medizinal, Optik, Uhren
Sarganserland	Gaststätten	Gesundheit	Gaststätten
See-Gaster	Kunststoff	Bau	Untern. Dienstl.
Toggenburg	Landwirtschaft	Soziales	Landwirtschaft
Wil (SG)	Maschinenbau	Metallerzeugnisse	Informatik
Oberthurgau	Nahrungsmittel	Soziales	Fahrzeuge
Diessenhofen	Landwirtschaft	Metallerzeugnisse	Maschinenbau
Frauenfeld	Staat	Versicherungen	Nachrichten
Kreuzlingen	Gesundheit	Verkehr	Kunststoff
Wil (TG)	Landwirtschaft	Metallerzeugnisse	Textilien, Bekleidung
Untersee	Landwirtschaft	Bau	Landwirtschaft
Weinfelden	Fahrzeuge	Fahrzeuge	Verkehr

Erklärung: Die «Wichtige Branche» ist diejenige Branche, welche im Vergleich zum ostschweizerischen Mittel im Jahre 2005 den grössten Anteil aufwies. Die Spalten «Gewinner» und «Verlierer» zeigen die Branchen mit dem stärksten resp. schwächsten Beitrag zum Beschäftigungswachstum in der Region. Eigene Berechnungen IHK auf Basis der BZ.

Beim Beschäftigungswachstum ist ebenfalls eine grosse Variation festzustellen. In vier Regionen generierte die Metallbranche den grössten Beschäftigungszuwachs. Die Sozialbranche, mit zusätzlichen Stellen in Altersheimen und Heimen für Behinderte, war ebenfalls in vier Regionen für den grössten Zuwachs verantwortlich. In drei Regionen war es der Bau. In den restlichen acht Regionen waren es jeweils unterschiedliche Branchen, welche den grössten positiven Beitrag zur Beschäftigung lieferten. In der Region SG ist bezeichnenderweise der Staat am meisten gewachsen. Bei den Verliererbranchen ergibt sich ein weniger einheitliches Bild. Die Landwirtschaft war in drei Regionen für den grössten Beschäftigungsrückgang verantwortlich, der Detailhandel in zweien.

Chancen und Risiken der Ostschweizer Branchenstruktur

Es zeigt sich, dass die Branchenstruktur der Ostschweiz mit gewissen Risiken behaftet ist. Ein erster Risikofaktor ist der nach wie vor hohe Anteil der Landwirtschaft, in welcher sich der Strukturwandel fortsetzen wird. In der Industrie konnte sich die Ostschweizer Metallindustrie dem schweizerischen Beschäftigungsrückgang entziehen, die Textil- und die Maschinenindustrie hingegen nicht. Es bestehen aber auch grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Im TG und in AI fand ein relativ starkes Wachstum des Dienstleistungssektors statt, während in SG die Metall- und die Elektronikbranche wichtige Wachstumsimpulse lieferten.

Die Aussichten der Ostschweiz als Industriestandort hängen stark von der weiteren Entwicklung der MEM-Sektoren ab. Lange Zeit wurden diesen in der Schweiz schlechte Zukunftsperspektiven attestiert. Mit dem industriegestützten Aufschwung der letzten Jahre erscheint eine neue Blüte der traditionellen Industriebranchen wieder möglich².

² Vgl. Thomas Friedli, Elgar Fleisch, Franz Jaeger, Heiko Gebauer, Industriestandort Schweiz, Verlag Haupt, Bern, 2007.

Wie in vielen anderen Ländern bildete sich in der Schweiz der Anteil der in der Industrie Erwerbstätigen stark zurück. Dieser unter dem Namen Deindustrialisierung bekannte Prozess betraf in der Schweiz zuerst die Uhren- und die Textilindustrie, erfasste in den 1980er und 1990er aber auch die Metall-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Ehemalige Pfeiler der Schweizer Industrielandschaft wie Sulzer oder Oerlikon gerieten ins Wanken. Im Gegenzug kam es zu einem starken Wachstum bei der Chemie- und Pharmabranche, bei der Medizinaltechnik und bei den Finanzdienstleistungen, welche einen zunehmenden Anteil der Exporte ausmachen. Es kam mit anderen Worten zu einer Verschiebung von den traditionellen Exportsektoren (MEM, Textilien und Kleider, Uhren) hin zu diesen neuen Sektoren.

Diverse Ursachen waren für diesen Prozess verantwortlich. Erstens verlor die Schweiz aufgrund ihres hohen Lohnniveaus den komparativen Vorteil in relativ stark standardisierten Produkten, welche in Ländern mit tieferen Lohnkosten in ähnlicher Qualität, aber deutlich billiger hergestellt werden konnten. In einigen Branchen wurde es auch verpasst, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und neue Produkte zu entwickeln. Die Auslagerung von Fertigungsprozessen nach Osteuropa oder in den Fernen Osten hätte diesen Prozess weiter beschleunigen sollen. Der Niedergang der MEM-Industrien im Werkplatz Schweiz hätte damit angehalten.

Die Entwicklung der letzten Jahre stellt diese Erwartungen in Frage. Wie aus den gezeigten Statistiken hervorgeht, konnte sich die Industrie nicht nur sehr gut halten, sondern sie ist sogar der eigentliche Motor des aktuellen Aufschwungs. Dies trifft nicht nur auf die chemische und pharmazeutische Industrie und die Medizinaltechnik zu, sondern auch auf die Metall- und die Uhrenindustrie. Das kann Ausdruck einer neu gefundenen Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der alten Stärken Qualität und Innovation sein.

Allerdings dürften auch die sehr gute Weltkonjunktur und die grosse Nachfrage nach Investitionsgütern in den boomenden Volkswirtschaften Chinas und Indiens eine Rolle gespielt haben. In den sich neu industrialisierenden Volkswirtschaften besteht ein enormer Bedarf an Infrastruktur, woraus sich für die Investitionsgüterindustrie sehr gute Perspektiven eröffnen. Davon profitiert nicht zuletzt die Ostschweiz mit ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter. Es bleibt abzuwarten, ob von diesem Boom bei den Investitionsgütern auch der Werkplatz Schweiz nachhaltig profitieren wird. Die Schweizer Unternehmen sind mit ihrem umfassenden Know-how sicherlich in einer sehr guten Position. Es ist aber denkbar, dass die Produktionsprozesse zunehmend ausgelagert werden. Die nächsten Kapitel werden sich diesem Aspekt näher widmen.

Kapitel 7

Aussenhandel als Erfolgsfaktor



1013131516

LOGISTIK
GIBLISS 80
MUECK
LAWYERSHIPS 2000
TELE 00 44 1790 11

KG: 1038

640780/1

FRAGILE
HANDLE WITH CARE
DIESSER SEITE

DIESSER SEITE
HANDLE WITH CARE
DIESSER SEITE

Der Aussenhandel ist für die kleine, offene Volkswirtschaft Schweiz von besonderer Bedeutung, für die Ostschweizer Wirtschaft aber ist er ein zentraler Erfolgsfaktor. Auffallend hoch ist der Anteil der exportorientierten Industrieunternehmungen aus dem Bereich der MEM-Industrien. Aber auch bei anderen Industriezweigen – wie Textilien, Kunststoff, Fahrzeuge oder Nahrungsmittel – ist ein erfolgreiches Agieren auf dem Weltmarkt ein zentrales Element für eine erfolgreiche Unternehmensstrategie. Die Warenexporte sind in der Ostschweiz dementsprechend hoch. So beträgt der Export von Waren in Prozent des Volkseinkommens – die Exportquote – in der Ostschweiz rund 42% und ist damit höher als für die Schweiz mit 38%. Gleichzeitig liegen die Importe der Ostschweiz unter dem schweizerischen Durchschnitt, so dass der Saldo von Güterexporten und -importen ins Ausland besonders hoch ausfällt. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt er in unserer Region ca. 3500 Franken – in der Schweiz gut 1000 Franken.

Grosse Exportdynamik

Maschinen- und Metallexporte führend

Betrachtet man die Exporte nach Waren, stechen die Ausfuhren der Gruppe «Maschinen, Apparate, Elektrotechnik» mit einem Anteil von gut 36% besonders hervor, wobei innerhalb dieser Warengruppe die Ausfuhren von Industriemaschinen dominieren. Addiert man zu dieser Warengruppe den Anteil des zweiten Exportpfeilers «Metalle», stellt man fest, dass auf die MEM-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) 53% aller Lieferungen ins Ausland entfallen (Tabelle 7.1).

Zugenommen hat die Bedeutung der Chemikalien, die mit einem Exportanteil von gut 9% den dritten Platz einnehmen. Eine deutliche Anteilssteigerung erzielten die Präzisionsinstrumente, die Platz vier belegen, gefolgt von der Warengruppe «Textilien, Bekleidung, Schuhe».

Was für die Ostschweiz die Maschinenindustrie, ist für die Schweiz die Chemie mit einem Anteil am Gesamtexport von 36%. Die Silbermedaille gehört der Maschinenindustrie und Bronze kann sich die Gruppe «Präzisionsinstrumente, Uhren, Bijouterie» umhängen. Dabei ist der im Vergleich zur Ostschweiz höhere Anteil dieser Warengruppe mit den grossen Ausfuhren von Uhren zu erklären.

Exporte Warenarten 2006			Differenz					
Branche	Ostschweiz		Anteil OCH / Anteil CH					
	in Mio. Fr.	Anteil in %	-30%	-20%	-10%	0%	10%	20%
Maschinen, Apparate, Elektronik	5'828	36.2%						
Metalle	2'716	16.9%						
Chemikalien und verwandte Erzeugnisse	1'508	9.4%						
Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie	1'320	8.2%						
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1'269	7.9%						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte, Fischerei	1'159	7.2%						
Fahrzeuge	836	5.2%						
Leder, Kautschuk, Kunststoffe	791	4.9%						
Papier, Papierwaren, grafische Erzeugnisse	276	1.7%						
Wohnungseinrichtungen, Spielzeuge usw.	245	1.5%						
Steine und Erden	130	0.8%						
Energieträger	18	0.1%						

Tabelle 7.1:
Exporte Warenarten
Ostschweiz/Schweiz, 2006

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, eigene Berechnungen IHK.

Viele Investitionsgüterexporte – wenige Konsumgüter

Die Besonderheit der Ostschweizer Wirtschaftsstruktur kommt auch bei einer Gliederung der Ausfuhren nach Verwendungszweck zum Ausdruck. Fast die Hälfte aller Exporte entfällt auf Investitionsgüter und gut ein Drittel auf Halbfabrikate und Zwischenprodukte (Tabelle 7.2). Konsumgüter hingegen sind mit einem Anteil von 17% relativ unbedeutend. Ganz anders im Schweizer Durchschnitt, wo die Konsumgüterexporte mit 45% den grössten Anteil einnehmen.

Tabelle 7.2:
Exporte nach Verwendungszweck Ostschweiz/Schweiz, 2006

Exporte nach Verwendungszweck			Differenz				
Branche	Ostschweiz		Anteil OCH / Anteil CH				
	in Mio. Fr.	Anteil in %	-40%	-20%	0%	20%	40%
Investitionsgüter	6'450	47.7%					
Halbfabrikate und Zwischenprodukte	4'765	34.6%					
Konsumgüter	1'470	16.9%					
Rohstoffe	111	0.7%					
Energieträger	7	0.1%					

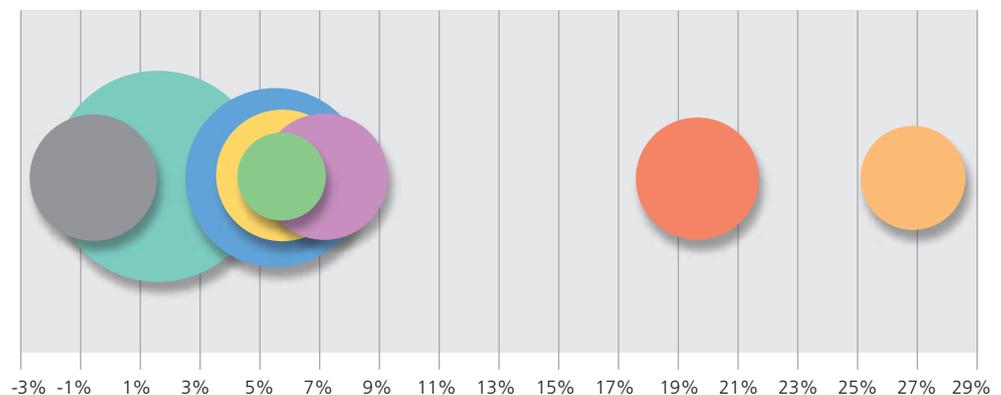
Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, eigene Berechnungen IHK.

Exportwachstum nach Warenarten

Das Wachstum der verschiedenen Waren war sehr unterschiedlich. Von 2001 bis 2006 konnten die Nahrungs- und Genussmittel ihre Ausfuhren am stärksten steigern, was vor allem auf eine Neuansiedlung im Rheintal zurückzuführen ist. Nach dem Dämpfer zu Beginn des Jahrtausends kamen auch die Apparate der Elektroindustrie und Elektronik wieder an die früheren Wachstumsraten heran. Eine ansehnliche Expansion von 7% pro Jahr erreichten auch die Präzisionsinstrumente (Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1:
Entwicklung der wichtigsten
Warenexporte der Ostschweiz
(2001 bis 2006)

- Textilien/Schuhe ●
- Industriemaschinen ●
- Metalle ●
- Chemie ●
- Präzisionsinstrumente ●
- Kunststoff ●
- Elektroindustrie/Elektronik ●
- Nahrungsmittel ●



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, eigene Berechnungen IHK (Grösse der Kreise gemäss Exportumsatz).

Deutschland wichtigster Kunde – Indien sehr dynamisch

Nach Ländern betrachtet ist Deutschland mit grossem Abstand unser wichtigster Kunde. Weit abgeschlagen folgen die USA, Österreich, Frankreich und Italien (Abbildung 7.2). Vom gesamten Wachstum der Exporte von 2000 bis 2006 gehen beinahe 30% auf das Konto von Deutschland, wobei der Anteil der Gesamtexporte nach Deutschland leicht zurückgegangen ist. Relativ wenig zum Wachstum beizutragen vermochten die traditionellen Spitzenkunden Italien, Österreich, USA und das Vereinigte Königreich. Nach Frankreich sind die Exporte stagniert und nach Japan haben sie sich sogar reduziert (negativer Wachstumsbeitrag).

Am meisten an Bedeutung gewonnen haben China und Indien. In den letzten sechs Jahren stiegen die Exporte nach Indien pro Jahr um gut 30%, der Anteil am Total der Ausfuhren erhöhte sich von 0,4% auf 1,7%. Auch die Wachstumsbeiträge von Polen, der Russischen Föderation, von Dänemark und den Niederlanden waren überproportional.

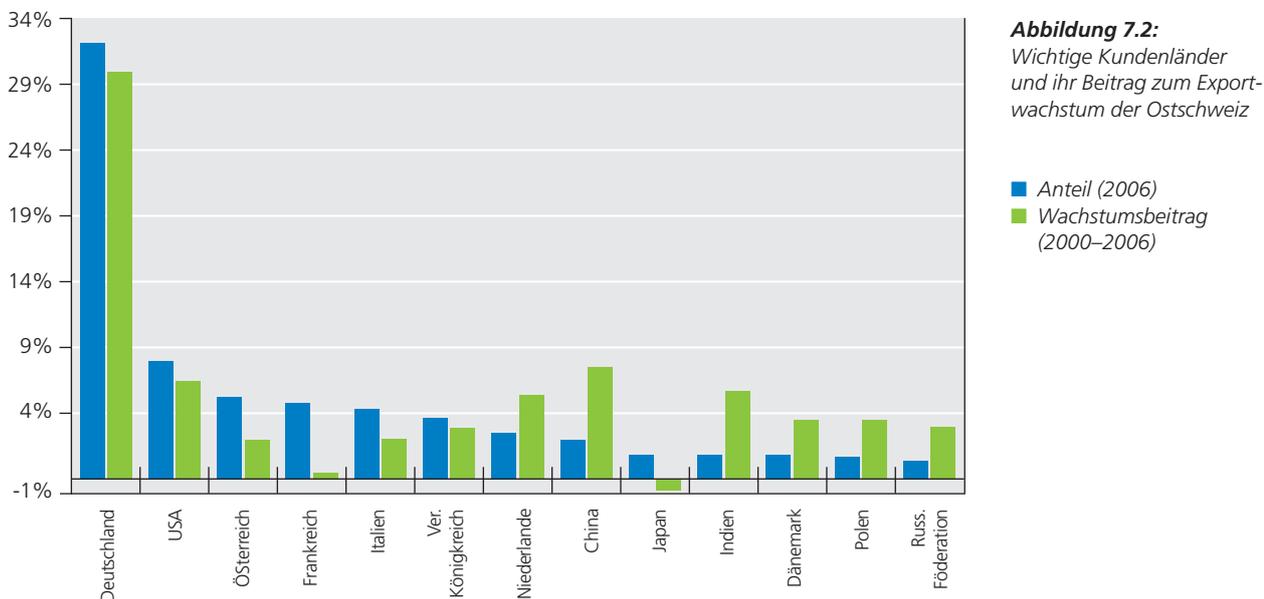


Abbildung 7.2:
Wichtige Kundenländer
und ihr Beitrag zum Export-
wachstum der Ostschweiz

■ Anteil (2006)
■ Wachstumsbeitrag
(2000–2006)

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, eigene Berechnungen IHK

Importe mit kräftigem Wachstum – Deutschland über alles

Die Importe der Ostschweiz sind in den letzten Jahren stärker gewachsen als die Exporte. Weil aber das Niveau der Importe deutlich tiefer liegt, hat der Saldo (der Überschuss der Exporte über die Importe) trotzdem zugenommen. Besonders kräftig zugelegt haben die Einfuhren von Präzisionsinstrumenten, Energieträgern, Metallen und Chemikalien. Am meisten Ausgaben im Jahr 2006 verursachten die Importe der Warengruppen «Maschinen, Apparate, Elektrotechnik», Metalle, Chemikalien und «Textilien, Bekleidung, Schuhe».

Deutschland ist nicht nur unser wichtigster Kunde, sondern auch der dominierende Lieferant: Wir beziehen beinahe die Hälfte aller Importe von unserem nördlichen Nachbarland. Unsere Nachbarn im Osten, Süden und Westen platzieren sich in der Rangliste der bedeutendsten Importländer ebenfalls auf den vordersten Plätzen. Nur 10% aller Einfuhren kamen 2006 von Ländern ausserhalb der EU.

Das Aussenhandelsprofil der Ostschweizer Kantone

Kantonale Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Für welchen Ostschweizer Kanton ist der Aussenhandel am wichtigsten? Bedient man sich zur Beantwortung dieser Frage der Exportquote und der Exporte pro Kopf, liegen AR und SG nahe beieinander (Tabelle 7.3). Da Ausserrhoden aber im Verhältnis deutlich weniger Waren importiert, ist der Saldo pro Kopf aus dem Aussenhandel für AR markant grösser als für den Kanton SG. Die kleinste Exportquote und den tiefsten Exportumsatz pro Kopf weist AI aus. Die grösste Gemeinsamkeit im Aussenhandelsprofil aller Ostschweizer Kantone sind die hohen Exportanteile in der Warengruppe «Maschinen, Apparate, Elektronik». Mit Recht darf man hier von einem eigentlichen Cluster sprechen.

Tabelle 7.3:
Aussenhandelsindikatoren für
die Ostschweizer Kantone

	AR	SG	TG	AI
Exporte 2006 (in 1'000 CHF)	1'222'050	10'643'011	4'154'951	75'760
Importe 2006 (in 1'000 CHF)	489'316	8'631'647	4'008'405	65'397
Exporte in % der Importe 2006	250%	123%	104%	116%
Exportumsatz pro Kopf 2005	19'971	20'650	15'786	4'135
Saldo pro Kopf 2005	11'833	4'261	317	121
Exportquote 2004	44%	46%	35%	11%
Exportanteil Maschinen, Apparate, Elektronik	38%	38%	33%	23%

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, eigene Berechnungen IHK.

Ausserrhoden: Klumpenrisiken

In keinem Kanton der Schweiz sind die Importe pro Kopf der Bevölkerung kleiner als in AR. Die Exportquote hingegen ist überdurchschnittlich gross, was vorwiegend drei Warengruppen zu verdanken ist: Apparate der Elektroindustrie und Elektronik (Anteil 33%), Textilien (18%) sowie Chemikalien (15%). Die Stagnation der Ausfuhren von 2000 bis 2005 hängt insbesondere mit den Apparaten der Elektroindustrie und Elektronik zusammen, die 2001 und 2002 einen massiven Dämpfer hinnehmen mussten und bis zum 2006 das Niveau des Jahres 2000 nicht wieder erreichten. Dies weist sowohl bezüglich Warenart als auch Anzahl Firmen auf Klumpenrisiken hin.

Innerrhoden: Tiefste Exportquote aller Kantone

Die Exportquote von Innerrhoden ist nicht nur im Ostschweizer Vergleich tief, sondern kein Kanton der Schweiz hat eine kleinere Exportquote. Und dies, obwohl auch Innerrhoden einen überdurchschnittlichen Anteil an Industrie hat, darin eingeschlossen aber einige Betriebe, die mit ihren Produkten vor allem den Binnenmarkt Schweiz beliefern. Das Wachstum der Exporte in den letzten Jahren ist vorwiegend auf die steigende Auslandnachfrage nach Apparaten der Elektroindustrie und Elektronik sowie nach Metallen zurückzuführen. Ihr Exportanteil betrug 2006 gut 15% bzw. 23%. Chemikalien (23%) und Textilien (20%) sind die weiteren wichtigen Säulen der Ausfuhren von AI. Bei Innerrhoden muss allerdings speziell darauf hingewiesen werden, dass der Export von Dienstleistungen – wie er beispielsweise durch die Besuche von ausländischen Gästen erzielt wird – in den Statistiken der Güterexporte keinen Eingang findet.

Thurgau: Boom bei den Schienenfahrzeugen

Die Exporte des Kantons Thurgau vermochten dem Tempo der schweizerischen und der ostschweizerischen Exporte nicht zu folgen. Die beiden grössten Säulen der Thurgauer Exporte sind Metalle und Industriemaschinen mit einem Anteil von je einem Fünftel. Die absoluten Überflieger waren aber die Schienenfahrzeuge – ein Teil der Warengruppe Fahrzeuge – mit einer Wachstumsrate von 70% pro Jahr seit 2001. Beim Thurgau dominiert Deutschland als wichtigster Abnehmer (36%) noch stärker als in den übrigen Ostschweizer Kantonen.

St.Gallen: Solides Exportfundament

Auch im Kanton SG prägen Industriemaschinen (Exportanteil 27%) und Metalle (16%) die Exportstruktur. Mit einem knappen 10%-Anteil folgen Präzisionsinstrumente und Chemikalien. Die Ausfuhren stützen sich auf ein solides und breites Fundament, denn auch die Anteile von Apparaten der Elektroindustrie und Elektronik, der Textilien, der Nahrungs- und Genussmittel sowie der Kunststoffe liegen zwischen 5% und 7%. Die Textilien haben zwar bei weitem nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher, innerhalb der Schweiz bleibt der Kanton SG aber die Hochburg der Textilindustrie, gehen doch 27% der Schweizer Textilexporte auf sein Konto.

Regionen: Unterschiedliche Bedeutung des Aussenhandels

Überragendes Rheintal

Im Rheintal wurde im 2006 ein Exportumsatz von rund 3,4 Mrd. Franken erzielt. Damit trägt das Rheintal einen Fünftel zum Total der Exporte der Ostschweizer Regionen bei. Das Rheintal war zwar schon immer, d.h. so lange sich die regionalen Statistiken zurückverfolgen lassen, die grösste Exportregion der Ostschweiz. Seine Bedeutung hat aber kontinuierlich zugenommen. Denn auch andere Kennzahlen untermauern die Bedeutung des Aussenhandels für das Rheintal. So werden pro Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) rund 114'000 Franken Exportumsatz erzielt (Abbildung 7.3).

Neben dem Rheintal sind die folgenden Regionen hauptverantwortlich für die hohen Exporterlöse der Ostschweiz: St.Gallen, Wil (SG), Oberthurgau, Werdenberg und AR. Wenig zur Exportorientierung der Ostschweiz tragen Diessenhofen, AI, der Untersee und das Sarganserland bei.

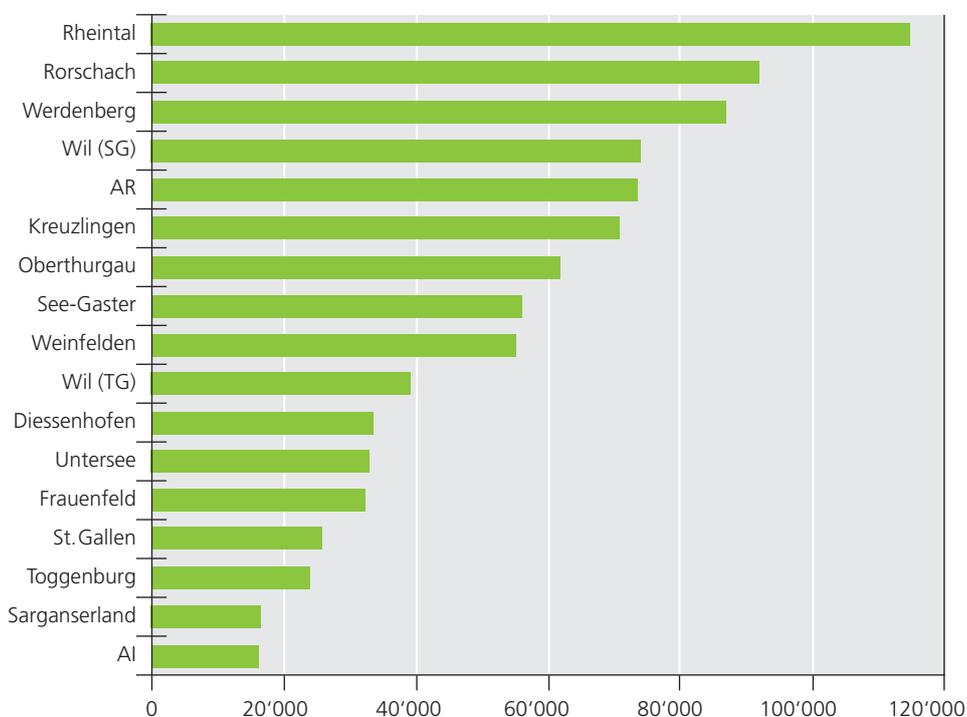


Abbildung 7.3:
Exportumsatz pro Beschäftigten
(Vollzeitaquivalente) 2006

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, BFS, eigene Berechnungen IHK

Nach Warenarten betrachtet spielen in den meisten Regionen Industriemaschinen und Metalle die erste Geige. Ausnahmen bilden das Rheintal, wo Präzisionsinstrumente den ersten Platz belegen. Zudem führen in der Region See-Gaster Kunststoffe, in Weinfelden Schienenfahrzeuge und in der Region Untersee Haushaltsapparate die Rangliste an. Aussergewöhnlich ist, dass Textilien im Appenzellerland noch immer die zweitwichtigsten Exportprodukte sind.

Boomende Warenexporte – eine Ursachenanalyse

In den letzten drei Jahren verzeichneten die Ostschweizer Exporte ein kumuliertes Wachstum von rund 23%. Einmal mehr haben die Exporte ihre gewohnte Funktion als Konjunkturlokomotive gespielt. Deshalb interessiert die Frage, welche Faktoren denn für die Exportentwicklung ausschlaggebend sind. Grundsätzlich ist es zum einen die Nachfrage aus den ausländischen

Absatzmärkten und zum anderen die relative preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen.

Entscheidende Rolle der Auslandskonjunktur

Die entscheidende Rolle für die Nachfrage des Auslands nach (Ost-)Schweizer Waren spielt das ausländische Wirtschaftswachstum. In Abbildung 7.6 sind das weltwirtschaftliche Boomjahr 2000, die anschliessenden drei mageren Jahre ebenso wie die erfreuliche Periode 2004 bis 2006 gut zu erkennen. Gemäss Berechnungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) liegt die langfristige Elastizität der Schweizer Exporte auf das BIP-Wachstum im Ausland im Bereich von 2; d.h., ein um einen Prozentpunkt stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft erhöht die Schweizer Exporte um zwei Prozentpunkte¹. Die Ostschweizer Exporte dürften aufgrund der Branchenstruktur (v.a. Investitionsgüter) noch stärker auf Veränderungen des BIP im Ausland reagieren. Zudem ist die Nachfrage nach Ostschweizer Exportwaren insbesondere von der konjunkturellen Entwicklung der EU und dabei insbesondere von Deutschland abhängig.

Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

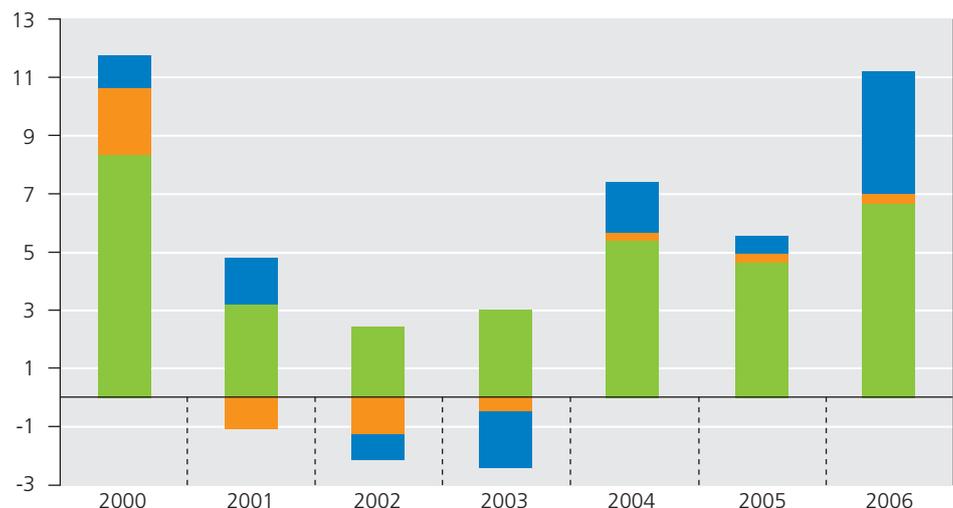
Für die relative preisliche Wettbewerbsfähigkeit spielen das Preissetzungsverhalten der Exporteure und die Wechselkursentwicklung eine wichtige Rolle. Während in den Achtziger Jahren und in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre eine Aufwertung des Frankens die preisliche Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflusste, ist der Beitrag der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seither mehrheitlich positiv ausgefallen – von der Ausnahme der Periode 2001 bis 2003 abgesehen (vgl. Abbildung 7.4).

Übrige Einflussfaktoren ebenfalls positiv

Neben den beiden Hauptdeterminanten beeinflussen diverse weitere Faktoren die Entwicklung der Exporte. So lösen zum Beispiel Veränderungen der Branchenstruktur, der Warenqualität, der Technologie, Innovationen oder die fortschreitende Globalisierung Anpassungen bei den Exporten aus. Gemäss Seco haben diese Faktoren seit dem Jahr 2000 mehrheitlich einen positiven Beitrag zum Wachstum der Ausfuhren geleistet.

Abbildung 7.4:
Die Determinanten des Exportwachstums der Schweiz, in %

Übrige Faktoren ■
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ■
Nachfrage des Auslands ■



Quelle: OZD, BFS, SECO/Die Volkswirtschaft

¹ Vgl. Staatssekretariat für Wirtschaft (2007): Wichtige Bestimmungsfaktoren des schweizerischen Aussenhandels, in: Konjunkturtenendenzen Frühjahr 2007, S. 37-46; www.seco.admin.ch, Rubriken «Themen», «Wirtschaftsentwicklung», «Konjunkturtenendenzen».



Kapitel 8
Direktinvestitionen:
Chancen überwiegen

Neben dem Aussenhandel stellen die Direktinvestitionen einen zweiten Teilbereich der internationalen Verflechtung dar. Schweizerische Unternehmen exportieren nicht nur Güter ins Ausland, sie investieren im Ausland auch in Tochtergesellschaften, welche die Produktion und den Vertrieb von Gütern wahrnehmen. Produkte schweizerischer Firmen werden damit in der ganzen Welt produziert. Dies zeugt vom Erfolg dieser Unternehmen. Direktinvestitionen lösen darüber hinaus aber auch Ängste aus. Das Stichwort Offshoring schafft Befürchtungen, dass unter der Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung die einheimischen Arbeitskräfte und die Wertschöpfung leiden könnten.

DEFINITIONEN

- Unter den Begriff **Direktinvestitionen** fallen die Gründung von Tochtergesellschaften oder Filialen im Ausland sowie Beteiligungen an Unternehmen im Ausland im Umfang von mindestens 10% am stimmberechtigten Kapital. Sowohl Outsourcing als auch Offshoring sind Bestandteile der Direktinvestitionen.
- **Outsourcing** bedeutet gemäss Definition der OECD, dass ein Unternehmen Teile seines – bisher internen – Produktionsprozesses zu anderen Firmen auslagert. Dabei spielt die Dimension Inland/ Ausland keine Rolle.
- **Offshoring** hingegen ist dadurch definiert, dass eine Verlegung des Produktionsprozesses ins Ausland stattfindet, wobei es – im Gegensatz zum Outsourcing – keine Rolle spielt, ob diese Verlagerung innerhalb der Firma (z.B. an eine ausländische Filiale) oder an eine Dritt-firma stattfindet.

Grosse Bedeutung der Direktinvestitionen für die Schweiz

Schweizer Unternehmen gehören zu den wichtigsten Direktinvestoren der Welt. Der Bestand schweizerischer Direktinvestitionen im Ausland belief sich 2006 nach Angaben der OECD auf einen neuen Rekordwert von rund 700 Milliarden Franken, was ca. 150% des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht¹. Gemessen am BIP ist die Schweiz damit nach Hongkong der grösste Direktinvestor im Ausland und gehört zu den zehn am stärksten globalisierten Ländern der Welt². Im 2005 sind der Schweiz aus diesen Auslandengagements 75 Milliarden Franken an Erträgen zugeflossen.

Gesamthaft beschäftigen Schweizer Unternehmen im Ausland über 2 Millionen Personen. Gut die Hälfte davon arbeitet in der Industrie, womit Schweizer Industrieunternehmen im Ausland mehr Personal beschäftigen als im Heimatland. Der Entscheid, ob neue Märkte über schweizerische oder ausländische Standorte erschlossen werden sollen, fällt zunehmend zugunsten der letzteren Strategie. Dies belegt nicht zuletzt die Entwicklung der Beschäftigten von Schweizer Firmen im In- und Ausland (vgl. Abbildung 8.1). Das Wachstum der Exporte lässt vermuten, dass sie von den zunehmenden Direktinvestitionen nicht verdrängt, sondern eher ergänzt zu werden.

Kleinere Bedeutung für die Ostschweiz

Der Bestand der Ostschweizer Direktinvestitionen im Ausland liegt in Prozent des Volkseinkommens mit gut 50% weit unter dem schweizerischen Wert von 143% (Tabelle 8.1). Dieser Rückstand ist vornehmlich auf die relativ wenigen Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich zurückzuführen, was angesichts des relativ kleinen Dienstleistungssektors in unserer Region

¹Vgl. Trends and recent developments in foreign direct investments, OECD, Juni 2007

²Vgl. Globalization-Index KOF/ETH, www.globalization-index.org

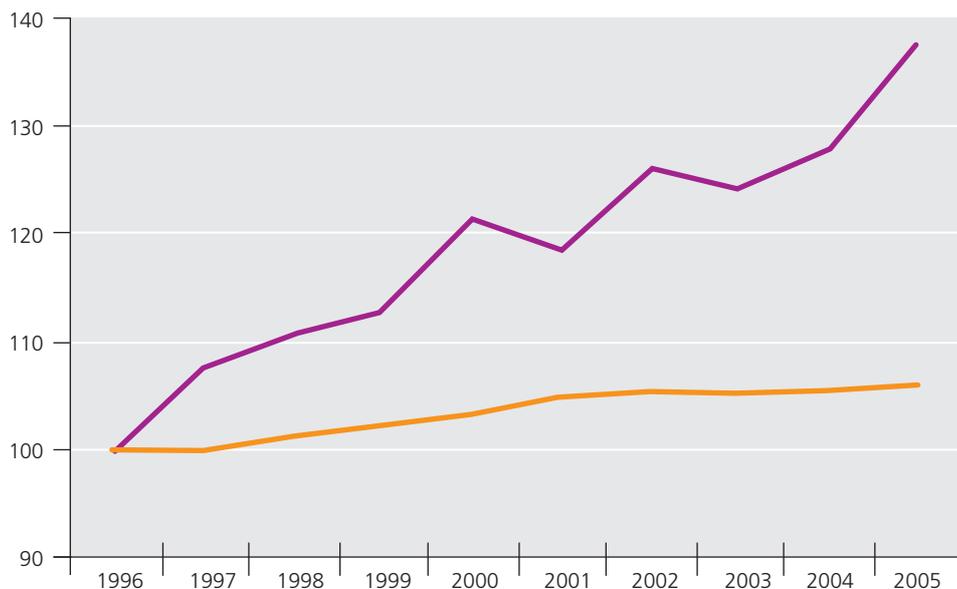


Abbildung 8.1:
Entwicklung der Beschäftigten von Schweizer Firmen im In- und Ausland (1996: Indexwert gleich hundert)

— Beschäftigte von CH-Firmen im Ausland
— Beschäftigte in der Schweiz

Quelle: SNB (1996 = 100)

nicht erstaunt. Im Industriesektor ist der Unterschied deutlich kleiner. Nimmt man den Personalbestand als Richtschnur, beschäftigen Ostschweizer Industrieunternehmen im Ausland rund 110 000 Personen, was einen Anteil von knapp 70% der Industriebeschäftigten in der Ostschweiz ausmacht. Neben der Branchenstruktur lassen sich die unter dem Landesdurchschnitt liegenden Direktinvestitionen der Ostschweiz im Ausland auch mit dem weitgehenden Fehlen von Grosskonzernen und der geringen Zahl von Holdinggesellschaften erklären. Zudem sind über die Hälfte der direkten Auslandsengagements der Schweiz mit den beiden grossen Clustern «Finanzplatz Zürich» und «Chemiestandort Basel» verbunden.

Kapitalbestand im Ausland	Ostschweiz		Schweiz	
	in Mio. Fr.	in % Volkseinkommen	in Mio. Fr.	in % Volkseinkommen
Total	17'482	52%	560'149	143%
Dienstleistungen	1'625	5%	361'990	92%
Industrie	15'857	48%	198'159	51%
Beschäftigte im Ausland	Ostschweiz		Schweiz	
	absolut	in % der Beschäftigten in der OCH	absolut	in % der Beschäftigten in der CH
Total	112'905	33%	2'002'174	54%
Dienstleistungen	26'033	12%	915'208	34%
Industrie	86'872	68%	1'086'966	109%

Tabelle 8.1:
Direktinvestitionen der Ostschweiz und der Schweiz im Ausland (2005)

Quelle: SNB, für die Ostschweiz Schätzungen der SNB

Wenige ausländische Direktinvestitionen in der Ostschweiz

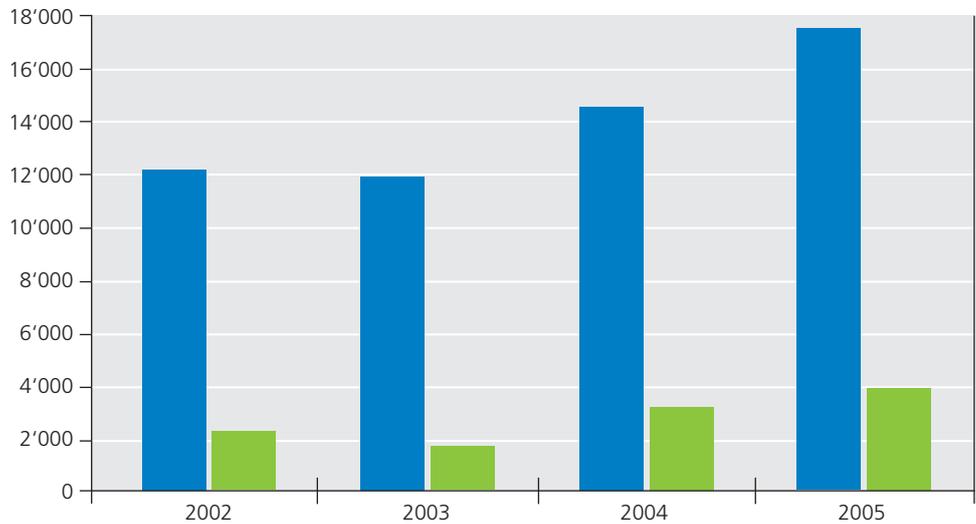
Die Ostschweiz ist kein Magnet für ausländische Direktinvestoren, beträgt der Anteil des Kapitalbestandes (3,8 Mia.) am Volkseinkommen doch nur 11% (CH 56%). Ende 2005 beschäftigten – nach Schätzungen der SNB – ausländische Unternehmen in der Ostschweiz 17 171 Personen.

Betrachtet man die Investitionsströme aus dem Ausland als Ausdruck für die Standortattraktivität, erhält die Ostschweiz keine guten Noten. Eine wichtige Rolle dürfte dabei spielen, dass sich die vier Ostschweizer Kantone schon lange nicht mehr als Standort für Holdinggesellschaften profilieren konnten, obwohl der Kanton SG einer der ersten Kantone mit dem Holdingprivileg war. Neben steuerlichen Gründen dürfte dabei vor allem die Distanz zu Zürich eine

Rolle spielen. Diese ist auch bei der Ansiedlung von Unternehmungen im Hightech-Bereich ein Nachteil. Viele andere Kantone – speziell in der Westschweiz – locken zudem mit umfangreichen Vergünstigungen neue Unternehmungen an.

Abbildung 8.2:
Direktinvestitionen in und aus
der Ostschweiz (in Mio. Franken)

Ostschweizer DI im Ausland ■
Ausländische DI in
der Ostschweiz ■



Erklärung: Kapitalbestand Ende 2005, in Mio. Franken. Schätzungen der SNB, 2007

Die kantonalen Wirtschaftsförderungsstellen weisen in den letzten sechs Jahren folgende Ansiedlungserfolge aus. Der TG war in dieser Hinsicht am erfolgreichsten.

Tabelle 8.2:
Neuansiedlungen von 2001
bis 2006, begleitet durch die
Wirtschaftsförderung

Kanton	Ansiedlungen	Arbeitsplätze	Durchschnittlicher Mitarbeiterbestand
TG	283	2038	7.2
SG	179	1013	5.7
AR	92	200	2.2
AI	Keine Angaben erhältlich		

Quelle: Kantonale Wirtschaftsförderungsstellen

Die zunehmende Bedeutung von Offshoring

Einst innerhalb eines Unternehmens oder im nationalen Rahmen zusammengefasste Wertschöpfungsketten werden zunehmend aufgeteilt. Die einzelnen Produktionsschritte werden daraufhin untersucht, ob ihre Ausführung inner- oder ausserhalb der eigenen Firma effizienter ist. Ebenso wird für die einzelnen Glieder der Wertschöpfungskette vermehrt nach geeigneten Produktionsstandorten auf der ganzen Welt gesucht.

Offshoring ist an sich kein neues Phänomen. Aber folgende neuere Entwicklungen sind dafür verantwortlich, dass die Diskussionen über die Konsequenzen zugenommen haben:

- Offshoring greift je länger, je mehr auf die Dienstleistungen über. Die Zeiten, in denen davon v.a. die Industrie betroffen war, sind vorbei.
- Vom traditionellen Offshoring wurden insbesondere tief qualifizierte Arbeitskräfte betroffen. Heute werden auch hoch qualifizierte Arbeiten ausgelagert.
- Angst verursacht auch das rasante Wachstum der beiden grossen Volkswirtschaften Chinas und Indiens, die sich auch als Offshore-Länder für die Industrie anbieten und über ein Heer von teilweise hoch qualifizierten Arbeitskräften verfügen, welches auch in Zukunft weiter wachsen wird.

- Machten sich früher speziell die Grossfirmen Auslagerungsprozesse zunutze, sind es zunehmend KMU, welche vom Offshoring eine Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erwarten.
- Die Auswahl möglicher Partner nimmt rasant zu. Die modernen Kommunikationstechnologien erlauben es, überall auf der Welt Partner zu finden, welche bei der Herstellung von Waren und Dienstleistungen komparative Kostenvorteile besitzen.

Produktionsanstieg ohne Wertschöpfung und Arbeitsplätze?

Auslagerungsprozesse tragen dazu bei, dass sich die Beziehung zwischen Wertschöpfung und Produktion lockert. Offshoring führt zu einem steigenden Anteil importierter Vorleistungen an der inländischen Produktion und damit zu einer relativen Abnahme der Wertschöpfung am Umsatz (genauer am Produktionswert), was mit der Wertschöpfungsquote gemessen wird. Die damit verbundenen Befürchtungen sind, dass nur in geringer Masse Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland geschaffen werden. Im Inland würde also zunehmend nur noch die Endmontage vieler Güter stattfinden, welche dann auf dem Weltmarkt verkauft würden. In Deutschland hat sich dafür der Begriff der «Basarökonomie» eingebürgert³. Deswegen sei es möglich, dass Deutschland als Exportweltmeister gelte und gleichzeitig von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sei – Exportweltmeister ohne einheimische Produktionsbasis.

Eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Basarökonomie in Deutschland stellt negative Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Abrede⁴. Trotz steigendem Importanteil und sinkender Wertschöpfungsquote sanken dank Offshoring die Produktionskosten und die Wettbewerbsfähigkeit steige. Der dadurch ausgelöste Anstieg der Exporte überkompensiere die negativen Effekte der steigenden Vorleistungsimporte. Dafür sei der steigende Handelsbilanzüberschuss der beste Beweis. Auch der Fall Deutschland bestätige, dass eine vermehrte internationale Arbeitsteilung produktivitäts- und wachstumsfördernd sei.

Auch die OECD hat über die Folgen von Offshoring auf die Beschäftigung eine Studie⁵ erstellt und festgestellt, dass Auslandverlagerungen nur in kurzer Frist mit negativen Beschäftigungsauswirkungen verbunden seien. In mittlerer und längerer Frist steige die Beschäftigung aufgrund folgender Effekte an: Anstieg des konsumierbaren Einkommens dank tieferen Preisen für Importgüter, Produktivitäts- und Exportwachstum der Unternehmen, Ausdehnung des Marktanteils, Steigerung der Gewinne und Auslösung von Investitionen. Allerdings würden Auslandverlagerungen zu einem beschleunigten Strukturwandel und entsprechendem Anpassungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt führen. Vor allem Tätigkeiten mit niedrigen Qualifikationsanforderungen würden nach wie vor zu den Verlierern gehören.

Offshoring: (Noch) kein Problem für die Ostschweiz

Berechnet man die Wertschöpfungsquote für die Schweiz mit Hilfe des Produktionskontos (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, BFS), stellt man fest, dass sie sich kaum verändert hat. Sowohl in der Industrie als auch bei den Dienstleistungen⁶ ist kein trendmässiger Rückgang der Wertschöpfungsquote zu erkennen, selbst auf Branchenebene nicht (mit Ausnahmen, z.B. Textilien, Lederwaren, Schuhe).

Weitere Hinweise auf die Entwicklungen des Offshoring kann man aus der Aussenhandelsstatistik gewinnen: Eine zunehmende Auslagerung müsste an einem zunehmenden Anteil der Halb- und Zwischenprodukte am Total der Importe zum Ausdruck kommen. Allerdings ist auch aus dieser Statistik weder für die Schweiz noch für die Ostschweiz eine Tendenz zum Offshoring

³ Vgl. Sinn H.W., 2004; The Dilemma of Globalisation: A German Perspective; *Économie Internationale*, 100, 111-120

⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2004, Basarökonomie Deutschland? <http://www.bmwi.de/BMW/Navigation/Service/publikationen,doi=43372.html>

⁵ Vgl. Offshoring and employment: Trends and Impacts, OECD 2007

⁶ Der Anteil der Wertschöpfung am gesamten Produktionswert beträgt in der Industrie 35% und im Dienstleistungssektor 70%.

festzustellen. Nur beim Import aus einzelnen Ländern nimmt der Anteil der Halb- und Zwischenprodukte zu. So hat sich beispielsweise dieser Anteil der Importe aus China in die Ostschweiz von 1995 bis 2006 kontinuierlich und rasant von 16% auf 37% erhöht.

Weder aus dem Aussenhandel noch aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist also ein klarer Trend zur Auslagerung zu beobachten. Bestätigt wird diese These auch durch die im internationalen Vergleich hohe Wertschöpfungsquote der Ostschweizer Industrie. Neben statistischen Unwägbarkeiten könnten folgende Gründe dafür verantwortlich sein: der relativ flexible Arbeitsmarkt, komplexe Produktionsprozesse bei Nischenprodukten im Hochpreissegment, die Betonung der Swissness usw. Alle diese Faktoren machen Auslagerungen weniger attraktiv.

Wie lässt sich diese Zurückhaltung im Offshoring mit dem rasanten Anstieg der ostschweizerischen Direktinvestitionen im Ausland in Einklang bringen? Offensichtlich sind unsere Direktinvestitionen nur zum kleinen Teil auf die Verlagerung von verschiedenen Unternehmensfunktionen zurückzuführen, vielmehr sind sie mit dem Motiv der Eroberung neuer Märkte, eines besseren Marktzuganges und der Nähe zum Kunden zu erklären. Unter diesen Voraussetzungen sind Direktinvestitionen absatzorientiert und konkurrenzieren keine einheimischen Arbeitsplätze. Allenfalls beeinträchtigen sie das zukünftige Exportwachstum, mehrheitlich aber ergänzen diese Aktivitäten im Ausland jene im Inland.

Ostschweizer Unternehmen tätigen Direktinvestitionen mehrheitlich eben nicht aus Not, sondern aus Tugend. Eine Besonderheit sind jene Fälle, in denen Ostschweizer KMU ihren Grosskunden ins Ausland folgen müssen.

Offshoring: Kein entscheidender Faktor für Ostschweizer KMU

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Klein- und Mittelunternehmen an der Universität St.Gallen haben Studierende im Rahmen eines Integrationsseminars im Auftrag der IHK 124 Interviews mit Unternehmern über deren Herausforderungen durchgeführt⁷. Dabei hat sich gezeigt, dass 56 Unternehmer die Globalisierung und neue Märkte als Chance in der Zukunft betrachten – nur 20 erkennen darin eine Gefahr für ihre Firma. Offshoring und Outsourcing sind gemäss Ansicht der Unternehmer weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft Erfolgsfaktoren unternehmerischen Handelns.

Um Näheres über die Auslandverlagerungen der Ostschweizer Unternehmen zu erfahren, haben wir zusätzlich zu den Studierendeninterviews eine schriftliche Befragung⁸ durchgeführt. Die Frage «Haben Sie von 2000 bis 2007 Unternehmensbereiche ins Ausland verlagert?» haben 13% der Unternehmen bejaht. In den Jahren 2008 bis 2012 planen noch 12% eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Nach Branchen betrachtet, waren es von 2000 bis 2007 vor allem die Textilunternehmen, welche aufgrund der tieferen Produktionskosten ins Ausland verlagerten, gefolgt von der Informatik, der Elektrotechnik/Elektronik und der Kunststoffindustrie. In den kommenden Jahren wird der Trend zur Auslagerung – gemäss Umfrageergebnissen – vor allem im Maschinenbau, der Elektrotechnik/Elektronik und der Metallindustrie zunehmen. Nach Grössenklassen betrachtet, werden die kleinen Unternehmen das Auslagern vermehrt ins Auge fassen (vgl. Tabelle 8.3).

⁷ Vgl. Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, Integrationsseminar 2007, Unternehmerische Herausforderungen heute und morgen aus der Sicht der KMU der Ostschweiz

⁸ Unternehmensbefragung der IHK St.Gallen-Appenzell im August 2007.

	Verlagerung von Arbeitsplätzen, Anteil der Unternehmen		Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Ausland, Anteil der Unternehmen	
	2000 bis 2007	2008 bis 2012	2000 bis 2007	2008 bis 2012
Total	12.8	12.2	23.4	28.8
Nach Branchen:				
1. Textilien	35.3	5.9	47.1	35.3
2. Kunststoff	21.1	15.8	31.6	42.1
3. Maschinen	12.5	20.0	32.5	47.5
4. Elektro	23.1	30.8	38.5	61.5
5. Chemie	7.7	0.0	30.8	46.2
6. Metall	14.5	23.6	25.5	40.0
7. Messinstrumente	14.3	7.1	42.9	42.9
8. Banken	14.3	14.3	28.6	42.9
9. DL für Unternehmen	8.7	8.7	21.7	30.4
10. Informatik	28.6	0.0	71.4	42.9
Nach Grösse:				
1. Klein (20 bis 50)	7.8	11.7	18.3	20.6
2. Mittel (51 bis 250)	16.3	13.1	27.5	36.6
3. Gross (grösser 250)	22.9	11.4	31.4	37.1

Lesebeispiel: 35,3% aller Textilunternehmen geben an, dass sie von 2000 bis 2007 Arbeitsplätze von der Schweiz ins Ausland verlagert haben. 47,1% aller Textilunternehmer geben an, dass sie von 2000 bis 2007 neue Arbeitsplätze im Ausland (ohne Verlagerung aus der Schweiz) geschaffen haben. Quelle: Eigene schriftliche Unternehmensbefragung, IHK St.Gallen-Appenzell, im August 2007.

Der Anteil der Unternehmen, welche keine Arbeitsplätze verlagern, dafür neue (zusätzlich zum Inland) Kapazitäten im Ausland aufbauen, wird hingegen zunehmen. Haben in der Periode 2000 bis 2007 noch gut 23% aller Unternehmen im Ausland investiert, werden dies von 2008 bis 2012 29% der Unternehmen tun. Bei den Informatikfirmen haben in den Jahren 2000 bis 2007 über 70% neue Kapazitäten im Ausland aufgebaut und auch in den Branchen Textilien, Messinstrumente und Elektrotechnik/Elektronik taten dies zwischen 40% und 50%. Zu markanten Zunahmen bei Auslandsinvestitionen wird es unter anderem bei den Banken, in der Metallindustrie, im Maschinenbau, in der Chemie und der Elektrotechnik/Elektronik kommen.

Die Anteile von Unternehmen, welche Offshoring betreiben oder neue Kapazitäten im Ausland aufbauen, sagen nichts über die dadurch betroffene Anzahl von Arbeitsplätzen aus. Gemäss einer Untersuchung der Credit Suisse⁹ sind rund 10% aller Arbeitsplätze in der Schweiz vollkommen und 12% schwach transferierbar. Nur schwer oder gar nicht verlagert werden können 78% der Arbeitsplätze. Somit sind also 22% der Arbeitsplätze potenziell dem ausländischen Wettbewerb ausgesetzt.

Bei diesen 22% handelt es sich aber nur um das Offshoring-Potenzial und nicht um die (zukünftige) Realität der Auslagerungen. Wie weiter oben beschrieben, wurde das Potenzial insbesondere in der Ostschweiz bisher aus verschiedenen Gründen nur wenig ausgeschöpft. Die relative Stabilität und die im internationalen Vergleich hohe Wertschöpfungsquote sind allerdings kein Garant dafür, dass das auch zukünftig so bleiben wird. Die komparativen Vorteile der diversen Weltregionen sind ständig in Bewegung und senden entsprechende Signale für die internationale Arbeitsteilung aus. Angesichts der weltweiten Dynamik in der Arbeitsteilung ist damit zu rechnen, dass die zunehmenden Möglichkeiten zum Offshoring bei zusätzlichen Wertschöpfungsstufen sowohl im Dienstleistungs- als auch im Industriesektor ausgenützt werden. Davon betroffen sind zunehmend F&E, Konstruktion, Service und Administration.

Tabelle 8.3:

Verlagerung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Ausland durch Ostschweizer Unternehmen, in %

⁹ Swiss Issues Konjunktur, Lohnrunde 2008: Was ist zu erwarten? Credit Suisse, 2. September 2007, S. 11

Kapitel 9

Moderate Steuerbelastung – mit Ausnahmen



Die Steuerbelastung bildet eine wichtige Determinante für die Attraktivität eines Kantons bei der Standortwahl von Unternehmen und der Wohnortwahl von Haushalten¹. Dies führt zu einem Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften um gute Steuerzahler und Unternehmen. Tiefe Steuern bzw. Steuersenkungen haben damit einen doppelten positiven Effekt: Einerseits ziehen sie Steuerbasis an, andererseits verbessern sie die Anreize zum Arbeiten, zum Sparen und zum Investieren für die bereits am Standort ansässigen Steuerzahler.

Aufgrund der grossen Autonomie der Kantone und Gemeinden bei finanzpolitischen Entscheidungen ist dieser Steuerwettbewerb ein zentrales Element des schweizerischen Steuersystems. Der Aufstieg des Kantons Zug zu einem der reichsten Kantone der Schweiz vollzog sich seit den 50er Jahren unter anderem aufgrund von tiefen Steuern. Seither zogen vor allem Schwyz und Nidwalden nach. Dabei gibt es unterschiedliche Modelle: Schwyz setzt auf tiefe Steuern bei den Haushalten, während sich Nidwalden und Glarus als Sitz von Holdinggesellschaften profilieren konnten.

In den letzten Jahren kam es zu einer Intensivierung des Steuerwettbewerbs. So wurden neue Modelle (z.B. die inzwischen vom Bundesgericht wieder verworfenen degressiven Tarife) eingeführt und immer mehr Kantone versuchen, mit Steuersatzsenkungen ihre Position zu verbessern. Dies wurde nicht zuletzt durch die zusätzliche Gewinnausschüttung der SNB aufgrund der Reduktion der Goldreserven möglich, welche vor allem finanzschwache Kantone und damit auch die Ostschweiz begünstigt hat. Mit dem Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichs (NFA) wird die Ostschweiz von zusätzlichen Zahlungen profitieren. Die Ostschweiz ist im Steuerwettbewerb insgesamt einigermaßen gut positioniert. Zumindest in den Kantonen AI, AR und TG liegt die Steuerbelastung unter dem schweizerischen Durchschnitt. Dies wird durch ein tiefes Niveau der öffentlichen Ausgaben ermöglicht.

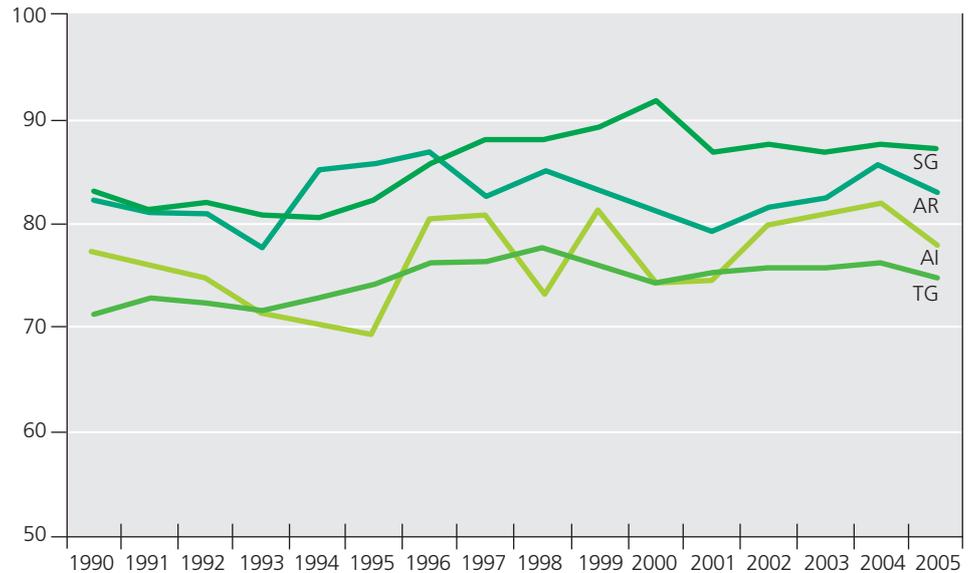
Tiefe Staatsausgaben

Bei den Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegen alle Ostschweizer Kantone unter dem schweizerischen Durchschnitt (Abbildung 9.1). Der Thurgau ist – nach Schwyz – der Kanton mit den zweittiefsten Pro-Kopf-Ausgaben. AI und AR lagen im Jahre 2005 an vierter resp. sechster Stelle, SG an neunter Stelle. Bei allen Ostschweizer Kantonen ist aber seit 1990 eine Annäherung an die durchschnittliche Ausgabenhöhe der schweizerischen Kantone festzustellen. Besonders ausgeprägt war die Ausgabenerhöhung in SG während der 1990er Jahre. Vor allem bei kleinen Kantonen kann es aufgrund der volatilen Investitionsausgaben zu starken kurzfristigen Schwankungen kommen.

¹ Was durch diverse empirische Studien bestätigt wird. Siehe z.B. Carnazzi Weber und Colay, a.a.O. oder Lars P. Feld und Gebhard Kirchgässner, *Income Tax Competition at the State and Local Level in Switzerland*, *Regional Science and Urban Economics*, 31, 2001.

Abbildung 9.1:
Ausgaben pro Kopf im Vergleich
zum schweizerischen Mittel,
1990–2005

Kanton Appenzell I. Rh. —
Kanton Appenzell A. Rh. —
Kanton St. Gallen —
Kanton Thurgau —



Erklärung: Ausgaben für Gemeinden und Kantone im Vergleich zum schweizerischen Mittel von 100, ohne Doppelzählungen, Berechnungen auf Basis von Daten der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) und des BFS.

Grosse Unterschiede bei der Steuerbelastung der Haushalte

Bei der Steuerbelastung der Haushalte hat sich AI sehr gut positioniert und liegt zusammen mit SZ, ZG und NW in der Gruppe der Kantone mit der tiefsten Belastung für hohe Einkommen (Tabelle 9.1). Die Position von Ausserrhodens ist bei den hohen Einkommen ebenfalls gut, wobei

Tabelle 9.1:
Steuerbelastung der Haushalte
nach Einkommensklassen, 2006

		50'000		100'000		200'000		500'000		1'000'000
1	GE	0.1%	ZG	3.4%	ZG	7.2%	ZG	10.4%	SZ	10.9%
2	TI	0.2%	TI	4.1%	SZ	8.2%	SZ	10.5%	ZG	11.0%
3	TG	0.3%	SZ	5.1%	NW	10.8%	NW	13.0%	OW	11.8%
4	VD	0.4%	ZH	5.7%	ZH	10.9%	OW	13.7%	NW	13.5%
5	ZG	0.5%	GE	6.5%	AI	11.5%	AI	14.3%	AI	14.7%
6	BS	1.0%	AG	6.5%	TI	12.1%	AR	17.7%	AR	18.1%
7	AG	1.5%	NW	7.0%	OW	12.9%	ZH	18.3%	UR	19.6%
8	BL	2.1%	VS	7.1%	AG	13.4%	LU	19.0%	LU	19.7%
9	BE	2.1%	AI	7.2%	AR	13.8%	UR	19.0%	GR	20.6%
10	ZH	2.2%	GR	7.6%	VD	13.9%	GR	19.1%	GL	21.3%
11	SZ	2.3%	TG	7.7%	SH	13.9%	TI	19.2%	VS	21.9%
12	NW	2.3%	FR	8.1%	TG	13.9%	TG	19.9%	TI	22.0%
13	FR	2.3%	SH	8.3%	GR	14.5%	SH	20.0%	ZH	22.1%
14	SO	2.4%	SG	8.5%	LU	14.6%	GL	20.0%	SG	22.5%
15	SG	2.5%	BL	8.5%	VS	14.6%	AG	20.2%	SH	22.5%
16	VS	2.7%	AR	8.8%	UR	14.6%	BL	20.3%	FR	22.7%
17	JU	2.9%	UR	8.9%	GL	14.7%	VS	20.4%	TG	22.8%
18	SH	2.9%	LU	9.0%	GE	15.0%	BS	21.4%	AG	22.8%
19	GR	3.0%	GL	9.1%	BL	15.1%	SG	21.6%	SO	23.3%
20	AI	3.2%	OW	9.3%	SO	15.3%	SO	21.9%	BL	24.2%
21	LU	3.5%	SO	9.3%	FR	15.5%	VD	21.9%	BS	24.3%
22	AR	3.8%	BS	9.7%	SG	15.5%	FR	22.0%	NE	25.0%
23	NE	3.8%	VD	9.8%	BE	16.4%	GE	22.5%	BE	25.6%
24	OW	4.1%	BE	10.2%	BS	16.6%	BE	22.7%	GE	26.0%
25	UR	4.5%	JU	11.1%	JU	17.6%	NE	24.5%	VD	26.3%
26	GL	4.6%	NE	11.8%	NE	18.7%	JU	24.5%	JU	27.3%

Erklärung: Durchschnittliche Belastung des Bruttoarbeitseinkommens mit Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern für ein verheiratetes Ehepaar (Einverdienerhaushalt) mit 2 Kindern. Daten der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV).

bereits ein deutlicher Abstand zu Innerrhoden besteht. Der TG und SG liegen bei den hohen Einkommen nur im Mittelfeld. Bei den tiefen Einkommen ist die Belastung in den beiden Appenzell dagegen hoch. In AR ist für Ehepaare mit Kindern auch die Belastung bei den mittleren Einkommen – ebenso wie in SG – relativ hoch.

Ungeeigneter Gesamtindex der Einkommenssteuerbelastung

Der Umzug in einen steuergünstigen Kanton lohnt sich nur für gut Verdienende. Personen in tiefen Einkommensklassen können von einem Umzug hingegen kaum profitieren, weil in den meisten Fällen die Steuerersparnis allein schon durch höhere Mieten zunichte gemacht wird. Nicht nur deshalb geht es beim Steuerwettbewerb um die oberen Einkommensklassen, sondern auch weil sich für den Kanton oder die Gemeinde der Zuzug umso mehr lohnt, je höher das steuerbare Einkommen ist.

Obwohl die Belastung der hohen Einkommen in den beiden Appenzell gemäss Tabelle 9.1. tief ist, schneiden sie im Steuerbelastungsindex für Einkommenssteuern der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) relativ schlecht ab. So liegt die Einkommenssteuerbelastung von AI gemäss diesem Index über dem schweizerischen Mittel, diejenige von AR sogar im oberen Drittel (Abbildung 9.2). Der Kanton TG hingegen liegt auf dem guten sechsten Platz, obwohl er in der Steuerbelastung der oberen Einkommensklassen relativ schlecht abschneidet.

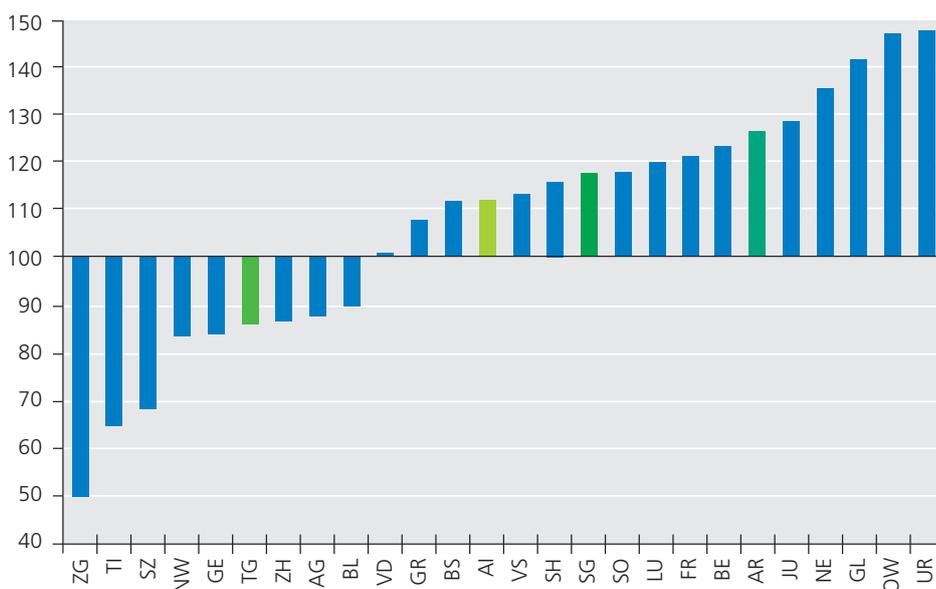


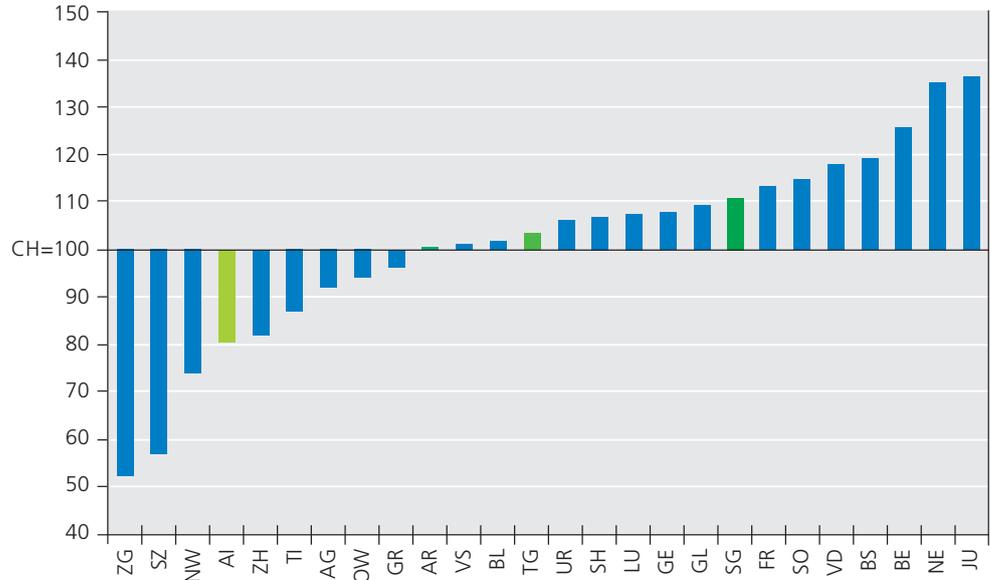
Abbildung 9.2:
Gesamtindex der Einkommenssteuerbelastung, 2006

Erklärung: Steuerbelastungsindex der ESTV für Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern. Das schweizerische Mittel ist 100.

Die schlechte Platzierung von AI und AR bzw. der gute Rang des TG beim Gesamtindex der ESTV ist darauf zurückzuführen, dass die tiefen Einkommen bei diesem Index übergewichtet werden². Konzentriert man sich auf die Steuerbelastung der mittleren und hohen Einkommen, welche im Steuerwettbewerb im Zentrum stehen, so ändert sich das Bild radikal. Die ESTV publiziert auch einen Index für die Einkommen über 90 000 Franken. Hier schneiden die beiden Appenzell sehr viel besser ab (Abbildung 9.3). AI liegt mit einem Indexwert von 87 an vierter Stelle, AR mit 100 Punkten an zehnter Stelle. Der TG büsst bei diesem Index Ränge ein und liegt mit 103 Punkten leicht unter dem schweizerischen Mittel. SG büsst ebenfalls drei Ränge ein, obwohl der Abstand zum schweizerischen Mittel kleiner ist.

² Dokumentiert in: Roland Fischer, Die Aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG) im Vergleich zum Steuerkraftindex der Finanzkraft, Bericht zuhanden der Projektleitung NFA, CREDIT SUISSE Economic Research & Consulting, 2001.

Abbildung 9.3:
Steuerbelastungsindex für hohe
Einkommen, 2006

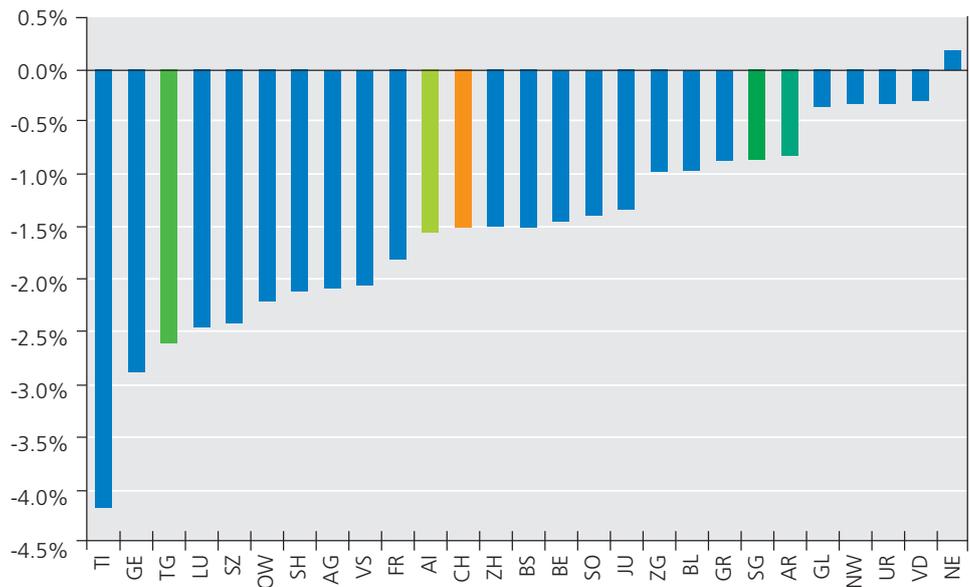


Erklärung: Steuerbelastungsindex für Bruttoarbeitslohn zwischen 90 000 und 1 Mio. Franken, das schweizerische Mittel ist 100. Daten der ESTV.

Es macht deshalb keinen Sinn, wenn die Kantone – wie die meisten es tun – eine bessere Rangierung im Gesamtindex der Einkommenssteuerbelastung anstreben, um ihre Attraktivität im Steuerwettbewerb zu erhöhen. Sie sollten ihr Augenmerk vielmehr auf die Belastung der mittleren und hohen Einkommen legen. Als Massstab für die Position im Steuerwettbewerb ist der Steuerindex ab Einkommen von 90 000 Franken geeignet.

Der sich intensivierende Steuerwettbewerb zeigt sich an den sinkenden Steuersätzen. Seit 2000 kam es zu einer Reduktion der durchschnittlichen Belastung von 1,5% auf Einkommen über 100 000 Franken (Abbildung 9.4). Von den Ostschweizer Kantonen gehört der TG zu denjenigen, welche die Einkommenssteuern in diesem Zeitraum am meisten reduziert haben, AI liegt beim schweizerischen Mittel, SG und AR finden sich in der Schlussgruppe. Die Steuerreduktionen setzen sich fort, für 2008 ist in vielen Kantonen eine weitere Steuersenkungsrunde geplant.

Abbildung 9.4:
Veränderung der Steuerbelastung,
2000–2006



Erklärung: Veränderung des gewichteten Mittels der Steuerbelastung für Bruttoarbeitslohn ab Fr. 100 000.–, eigene Berechnungen IHK auf Basis von Daten der ESTV.

Unterschiede auch bei der Steuerbelastung der Unternehmungen

Bei den Unternehmenssteuern hat die Beratungsgesellschaft KPMG aktuelle Zahlen für das Jahr 2007 veröffentlicht. Inzwischen liegen alle Ostschweizer Kantone unter dem schweizerischen Mittel (Abbildung 9.5). Alle haben in den letzten Jahren die Gewinnsteuern gesenkt, wobei AI die Vorreiterrolle übernimmt. AI liegt in der Kantonsrangliste immer noch am besten, nämlich auf Platz 3. Es folgen TG – nach der Steuerreform von 2006 – auf Rang 6, AR – nach der Reform von 2001 – auf Platz 8 und SG – nach der Reform von 2007 – auf Rang 10. AR wird mit der im Jahre 2008 in Kraft tretenden Steuerreform die schweizerische Spitze übernehmen.

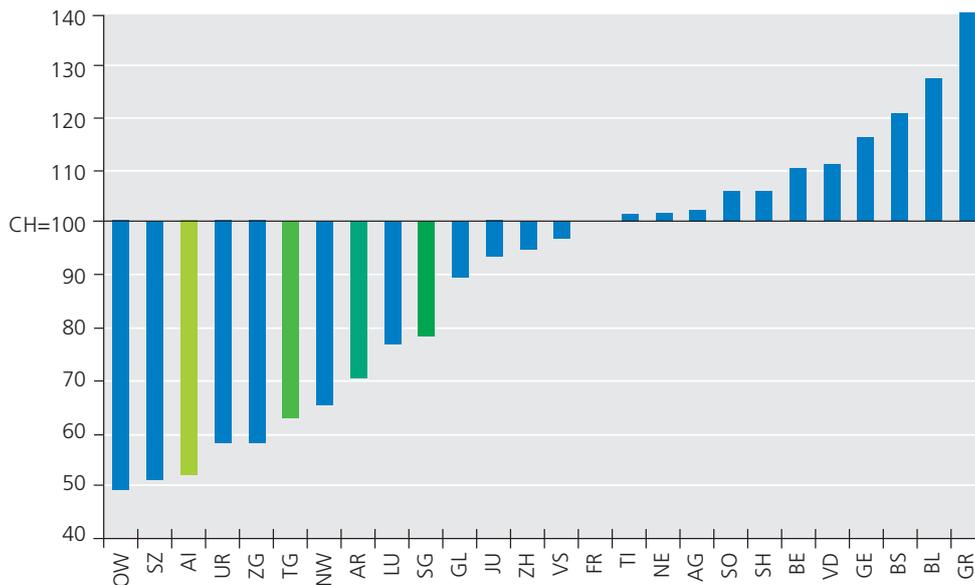


Abbildung 9.5:
Steuerbelastung
Unternehmen, 2007

Erklärung: Index auf Basis von Zahlen der KPMG für Belastung mit Gewinnsteuern. Das schweizerische Mittel ist 100.

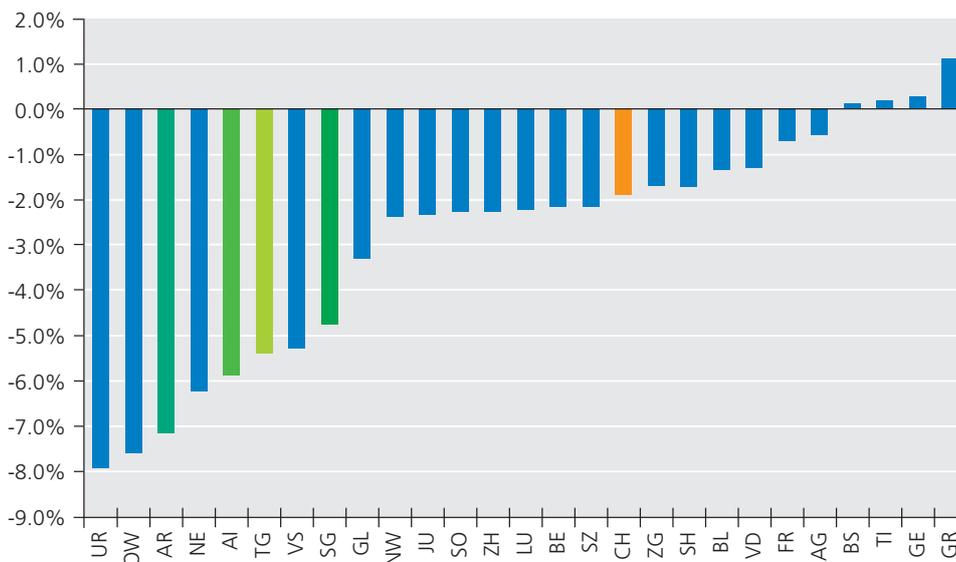


Abbildung 9.6:
Reduktion der Steuerbelastung
für Unternehmen, 2000–2007

Erklärung: Reduktion der durchschnittlichen Steuerbelastung durch Gewinn- und Kapitalsteuern von Gemeinden und Kantonen. Näherungswerte, berechnet auf Basis von Zahlen der ESTV zur Besteuerung einer Kapitalgesellschaft mit 1 Mio Franken Eigenkapital und einer Rendite von 30%, dem Steuerbelastungsindex der ESTV und Zahlen der KPMG.

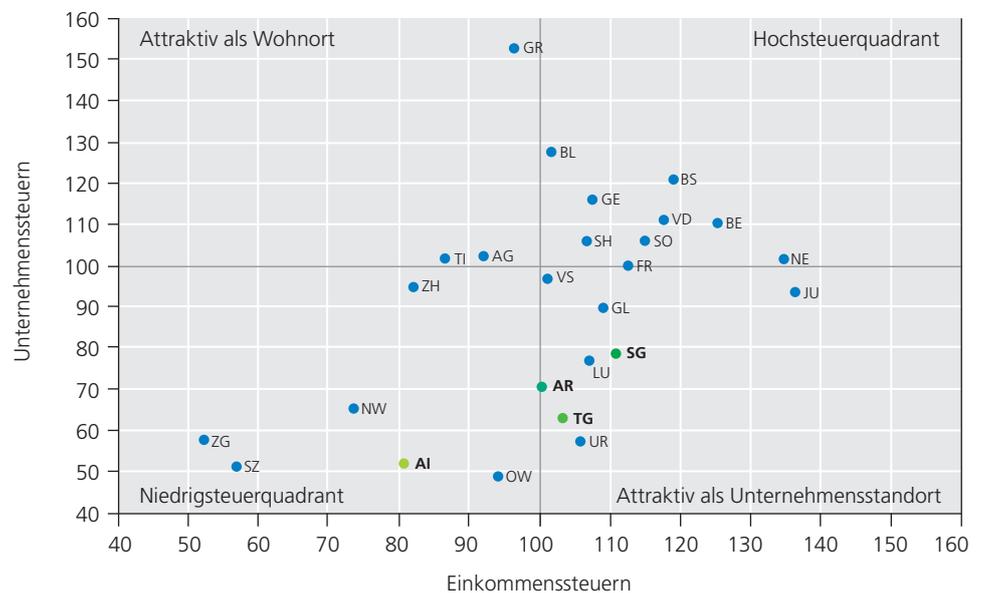
Bei den Unternehmenssteuern waren die Satzreduktionen im schweizerischen Mittel etwa gleich hoch wie bei den Steuern auf Einkommen über 100 000 Franken. Abbildung 9.6 zeigt Näherungswerte für die Reduktion der durchschnittlichen Belastung mit Gewinn- und Kapital-

steuern zwischen 2000 und 2006. Alle drei Ostschweizer Kantone haben die Unternehmenssteuern deutlich gesenkt.

Die steuerliche Position der Ostschweizer Kantone

Um einen Gesamteindruck von der steuerlichen Attraktivität der Kantone zu erhalten, fassen wir die Informationen zur Steuerbelastung von hohen Einkommen und Unternehmungen zusammen. In Abbildung 9.7 liegt AI im «Niedrigsteuer»-Quadranten mit tiefen Steuern für Haushalte und Unternehmen. AR, TG und SG finden sich im Quadranten mit tiefen Unternehmenssteuern, aber relativ hohen Steuern für Haushalte mit mittleren und hohen Einkommen. SG schneidet von den vier Ostschweizer Kantonen am schlechtesten ab.

Abbildung 9.7:
Der Steuerbelastungsquadrant,
2006/2007



Erklärung: Einkommenssteuern: Steuerbelastungsindex der ESTV für Bruttoarbeitslohn von 90'000 und höher, Zahlen für 2006.
Unternehmenssteuern: Steuerbelastungsindex auf Basis von Zahlen der KPMG, 2007. Für exakte Definitionen, siehe Text sowie Abbildungen 9.3 und 9.5.



Kapitel 10 Herausforderungen aus Sicht der Unternehmer

Globalisierung, verändertes Kundenverhalten, Technologisierung, Informationsflut, Konjunkturzyklen, neue Bedürfnisse der Mitarbeiter und vieles mehr wirken auf die Unternehmen und insbesondere auf die Führungskräfte ein. Solche externen und internen «Impulse» stellen die Unternehmungen vor Herausforderungen, welche oftmals Strategieanpassungsprozesse auslösen.

Welche unternehmerischen Herausforderungen stellen sich den Ostschweizer Unternehmen heute und morgen? Welches sind die entscheidenden Erfolgsfaktoren für das Umsetzen der sich bietenden Chancen? Wie beurteilen die Unternehmer ihren Unternehmensstandort? Wo orten sie den dringendsten Handlungsbedarf in der Wirtschaftspolitik? Um auf diese und weitere Fragen Antworten zu erhalten, haben Studierende der Universität St.Gallen im Auftrag der IHK mit 124 Unternehmen ein Interview geführt¹.

Unternehmerische Herausforderungen

Chancen und Gefahren auf der Input-Seite

In einem ersten Teil haben die Unternehmer Fragen aus dem Bereich der unternehmerischen Herausforderungen beantwortet. Erstens wurden sie gefragt, ob es bei folgenden Faktoren Veränderungen gab bzw. in Zukunft geben wird, dank denen sich neue Chancen oder Gefahren bieten: Rohstoff/Materialeinkauf; Mitarbeiter aus dem In- und Ausland; Maschinen/Technik; Kapital; Zulieferer; Supply-Chain-Innovationen; Liegenschaften; Energie; Wissen/Informationen.

Die folgenden vier Faktoren wurden in den Interviews am meisten als Chance und Gefahr genannt, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft:

1. Rohstoffe/Materialeinkauf:

Genannte Stichworte waren: sinkende Materialkosten dank Liberalisierungen, vermehrte Transparenz dank Internet, neue Anbieter dank Globalisierung, Abhängigkeit von Lieferanten, Anstieg des Euro, Ressourcenknappheit, Anstieg der Rohstoffpreise.

2. Zulieferer:

Genannte Stichworte waren: Anstieg der potenziellen Lieferanten und dadurch Druck auf die Preise, Innovationen dank neuen Materialien, Preisabsprachen zwischen den Lieferanten, Höhenflug Euro.

3. Mitarbeiter aus dem In- und Ausland:

Genannte Stichworte waren: Gute Arbeitsmoral, Personenfreizügigkeit mit der EU, beschränkter Zugriff auf Arbeitskräfte in Amerika, Ingenieurmangel, Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften, hohe Personalfluktuationen, Abwanderung nach Zürich, grosser Weiterbildungsbedarf.

4. Maschinen/Technik:

Dieser Faktor hat nach Ansicht der Interviewpartner in der Vergangenheit eine grössere Rolle gespielt, als er in Zukunft spielen wird. Genannte Stichworte waren: Industrialisierung von Geschäftsprozessen, hoher Abschreibungsbedarf aufgrund des rasanten technischen Fortschrittes, neue Werkstoffe, neue Antriebssysteme.

Chancen und Gefahren auf den Absatzmärkten

Die von den Interviewpartnern meistgenannte **Chance** waren die Kundenbedürfnisse, welche sich aufgrund des technischen Fortschritts und des Marketings stark verändern können (Abbildung 10.1). Die Wünsche der Kunden werden sich auch aufgrund der demografischen Entwicklung, des Trends zur Individualisierung und eines steigenden Umweltbewusstseins ver-

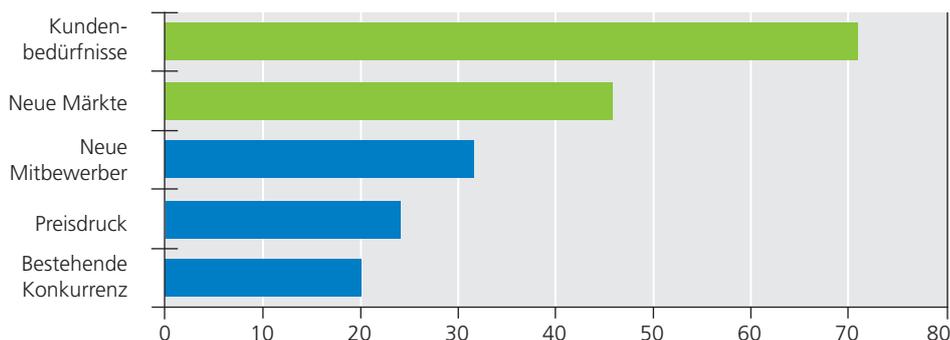
Zitat Tobias Frei, saw gruppe:
«Obwohl die Grenznahe von Vorteil ist, ist es sehr schwierig, qualifiziertes Personal zu finden. Deshalb sind Personalentwicklung und Mitarbeiterförderung in Zukunft noch wichtiger als heute.»

Zitat Andreas Frank, Greiner Packaging: «Dank modernster Technologie und qualitativ überlegenen Leistungssystemen können wir die Preisführerschaft verteidigen.»

¹ Integrationsseminar der Universität St.Gallen bei Prof. Dr. Urs Fueglistaller, Schweizerisches Institut für Klein- und Mittelunternehmen, 6. Semester, 2007: Unternehmerische Herausforderungen heute und morgen aus Sicht der KMU der Kantone St.Gallen und beider Appenzell.

ändern. Als zweitgrösste Chance werden neue Märkte erkannt, die dank Globalisierung, wachsendem Wohlstand und Entwicklungen in den Kommunikationstechnologien entstehen.

Die grössten **Gefahren** orten die Ostschweizer KMU im Aufkommen von neuen Mitbewerbern, bei den bestehenden Konkurrenten und in der Preisentwicklung. Nach Angaben der Unternehmer können die Preise insbesondere wegen Marktsättigung, neuen Mitbewerbern oder wegen Wechselkursschwankungen unter Druck geraten. Man befürchtet auch das starke Aufkommen von neuen Konkurrenten aus Asien und eine Verschärfung des Wettbewerbs mit bestehenden Konkurrenten, die durch Zusammenschlüsse eine höhere Marktmacht erreichen.



Erklärung: Anzahl Nennungen bei 124 Interviews. Interviews des Integrationsseminars, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007.

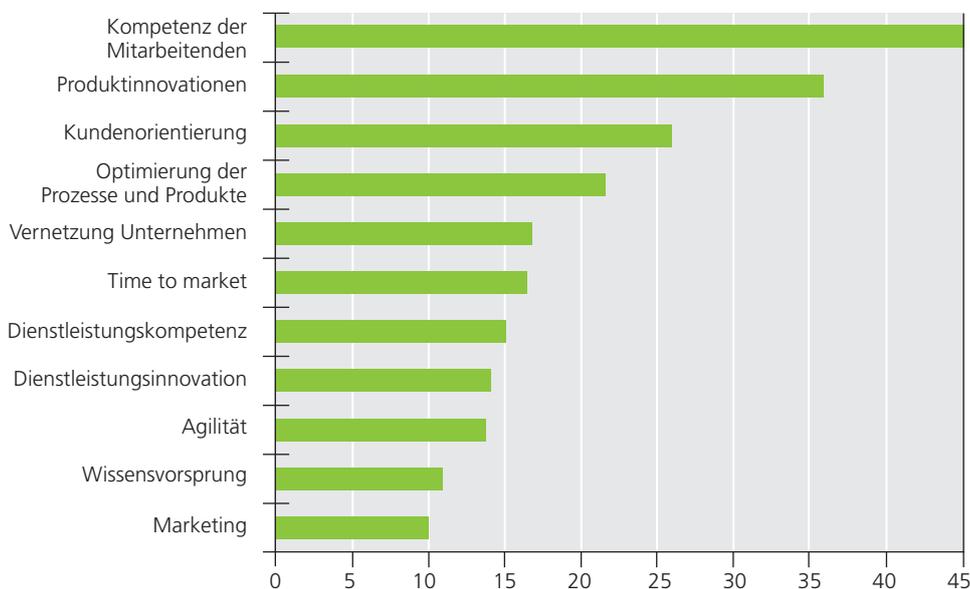
Zitat Toni Schmid, Swissregiobank:
«Der Wettbewerb wird härter. Die Bankenkonzentration kann Gefahr oder Chance sein. Gleichzeitig werden wir laufend mit neuen gesetzlichen Auflagen konfrontiert, welche uns KMU besonders hart treffen.»

Abbildung 10.1:
Die zwei grössten Chancen und die drei grössten Gefahren für die KMU auf den Absatzmärkten

■ Chance
■ Gefahr

Welches sind die zukünftigen Erfolgsfaktoren für KMU?

Die beiden am meisten genannten Erfolgsfaktoren sind die Kompetenz der Mitarbeiter und die Produktinnovationen (Abbildung 10.2). Die folgende Abbildung zeigt die Erfolgsfaktoren, welche mindestens zehnmal genannt wurden.



Erklärung: Anzahl Nennungen bei 124 Interviews. Interviews des Integrationsseminars, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007. Zollverwaltung, BFS, eigene Berechnungen IHK.

Abbildung 10.2:
Zukünftige Erfolgsfaktoren für KMU

Zitat Heinrich Spoerry, SFS-Gruppe: «Die SFS-Gruppe plant in den nächsten Jahren einen weiteren erheblichen Ausbau der Kapazitäten im St.Galler Rheintal.»

Zitat Stephan Egger, Happy AG:
«Gute Produktqualität allein reicht nicht mehr aus. Mit Leidenschaft, Begeisterung und leuchtenden Augen müssen wir den Kunden echten Mehrwert bieten.»

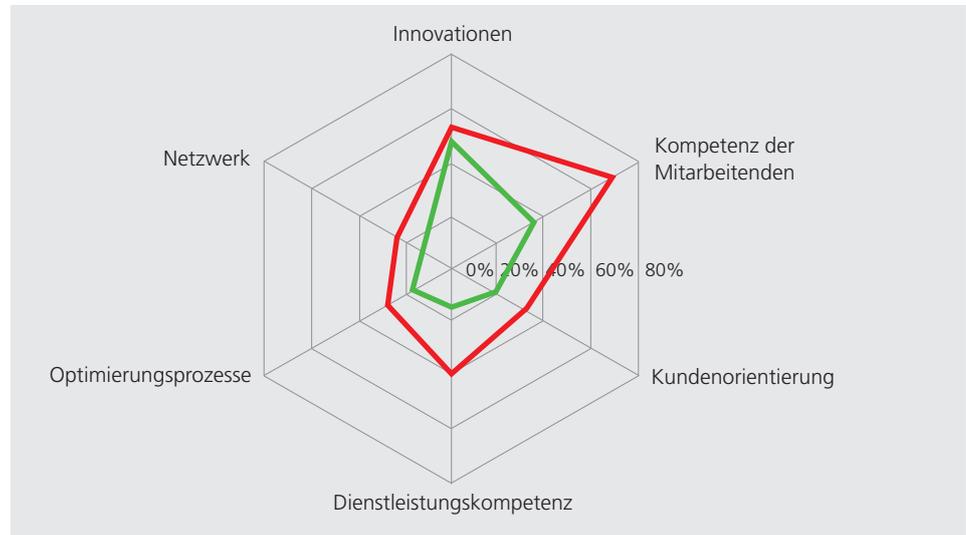
Was Top-KMU anders machen

Lässt sich aufgrund der 124 Interviews herausfinden, was Unternehmer anders machen? Um auf diese Frage Antworten zu erhalten, haben wir 20 Unternehmen aus verschiedenen Branchen und Regionen ausgewählt, von welchen wir wissen, dass sie zu den besonders er-

folgreichen Firmen in den Kantonen SG und beider Appenzell gehören. Es zeigt sich, dass bei der Nennung der Erfolgsfaktoren teilweise recht grosse Differenzen zwischen Top-Unternehmen und den übrigen Unternehmen bestehen. Diese entsprechen dem Muster, welches in anderen Untersuchungen festgestellt wurde².

Abbildung 10.3:
Erfolgsfaktoren bei Top-KMU
und Durchschnitts-KMU

Durchschnitts-KMU —
Top-KMU —



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Interviews, Integrationsseminar, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007.

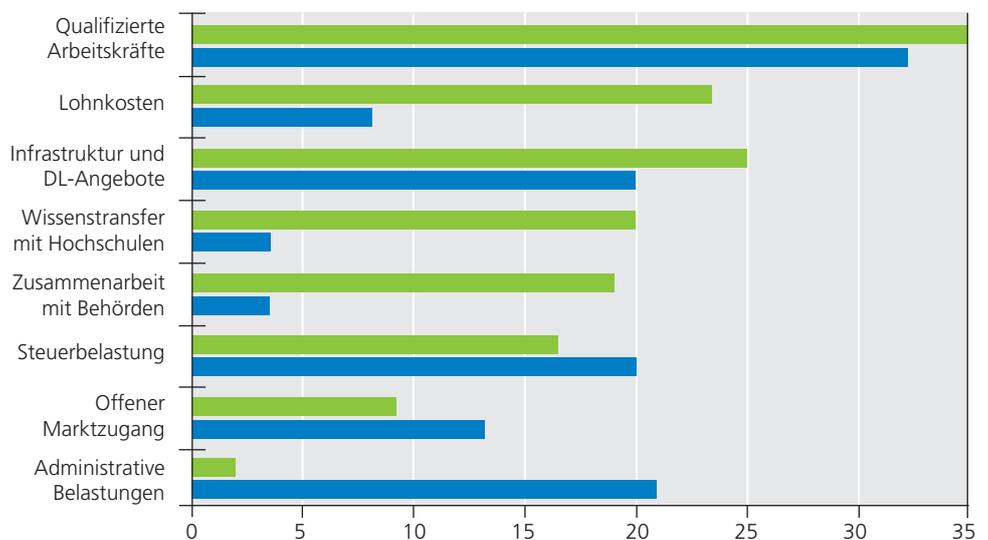
Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Stärken und Schwächen des Standortes aus der Sicht der Unternehmer

Gemessen an der Anzahl der Nennungen halten die Unternehmen die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften für die grösste Stärke des Standortes Ostschweiz (Abbildung 10.4). Gleichzeitig wird diese Stärke von beinahe ebenso vielen Unternehmen als grösste Schwäche bezeichnet. Speziell im aktuellen Aufschwung fällt es vielen Unternehmen schwer, in ausreichendem Mass Spezialisten mit Ingenieur- oder Informatikausbildung zu finden. Auch die Personenfreizügigkeit mit der EU reicht nicht aus, um die Restriktionen beim Arbeitsangebot im Konjunkturohoch zu eliminieren.

Abbildung 10.4:
Die wichtigsten Stärken und
Schwächen des Standortes im
Urteil der Unternehmer

Stärke ■
Schwäche ■



Erklärung: Anzahl Nennungen bei 124 Interviews. Interviews des Integrationsseminars, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007.

² Franz Bailom, Kurt Mätzler und Dieter Tschernernjak, Was Top-Unternehmen anders machen, Linde-Verlag, Wien, 2006.

Auch das **Infrastruktur- und Dienstleistungsangebot** in unserer Region wird von beinahe gleich vielen Unternehmern als Stärke und als Schwäche bezeichnet. Die Nähe zum Flughafen Kloten und die vielseitigen Freizeitmöglichkeiten werden als Stärke empfunden. Andere Unternehmer beklagen sich über die Benachteiligung der Ostschweiz bei Infrastrukturinvestitionen. Gelobt und getadelt werden auch – je nach Standort und Branche – die Verkehrsinfrastrukturen für Strassen und Schienen.

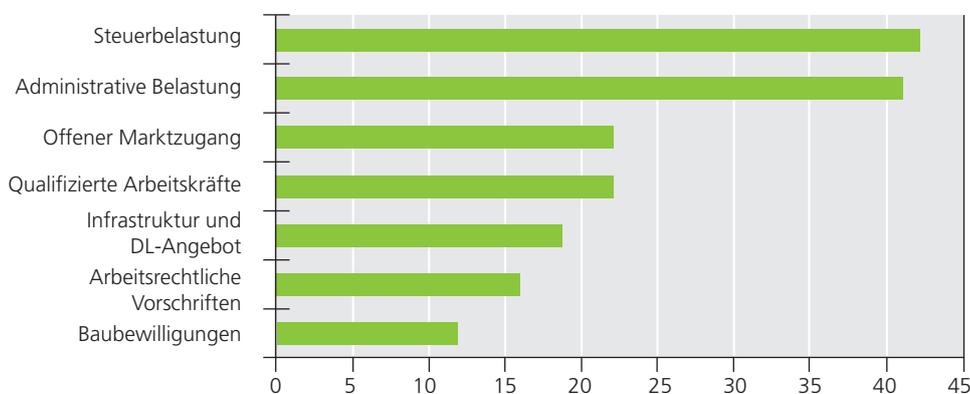
Vor allem die **Zusammenarbeit mit Behörden** und die **Lohnkosten** werden von deutlich mehr Befragten als Stärke denn als Schwäche angegeben. Die kurzen Wege und die direkten Kontaktmöglichkeiten mit den Behörden werden geschätzt. Hinter dem Lob für die Lohnkosten stecken die tieferen Lohnkosten in der Ostschweiz im Vergleich zu anderen Schweizer Regionen. Hingegen werden die im internationalen Vergleich hohen Löhne bei uns getadelt.

Das einzige Standortkriterium, welches einen deutlich negativen Saldo ausweist, sind die **administrativen Belastungen**. Angeführt werden dabei die Mehrwertsteuer, die Umwelt- und Bauauflagen, die Lohnabrechnung und die Exportformalitäten. Insbesondere für die Industriebetriebe ist die Zollgrenze zur EU ein Problem.

Bei der **Steuerbelastung** weichen die Nennungen als Stärke bzw. als Schwäche nur wenig voneinander ab. Zu erklären ist dies damit, dass die Steuerbelastung der Ostschweizer Kantone im internationalen Vergleich als tief beurteilt wird, im interkantonalen Vergleich dagegen in SG und TG bis vor kurzer Zeit noch hoch ausfiel.

Wie kann der Staat den Unternehmungen das Leben erleichtern?

In den Interviews wurden die Unternehmer auch nach dem dringendsten Handlungsbedarf in der Wirtschaftspolitik gefragt. Vordringlich erachten die Befragten eine Entlastung bei der Belastung mit Steuern und administrativen Pflichten (Abbildung 10.5).



Erklärung: Anzahl Nennungen bei 124 Interviews. Interviews des Integrationsseminars, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007.

Abbildung 10.5:
Dringendster Handlungsbedarf
in der Wirtschaftspolitik aus der
Sicht der Unternehmer

Herausforderungen nach Branchen

Nicht alle Unternehmen sehen sich selbstverständlich mit identischen Herausforderungen konfrontiert. So kann die Beurteilung der verschiedenen Faktoren von Branche zu Branche stark unterschiedlich ausfallen. Wir haben deshalb eine grobe Brancheneinteilung vorgenommen.

Die Dienstleistungsbranchen, speziell die Finanzdienstleistungen (39%), betrachten die Mitarbeiter sehr viel stärker als Chance als die Industriebranchen (7%). Die Finanzdienstleistungsunternehmen sind es denn auch, welche auf Veränderungen vor allem mit Anpassungen beim Personalmanagement (61%) reagieren (Industrie und übrige Dienstleistungen 14%). Dementsprechend wird von den Unternehmen dieser Branche die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal nur von 12% als Standortstärke, von 23% hingegen als Schwäche bewertet. Bei den Industriefirmen aber beurteilen beinahe 40% die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften als Stärke und nur 14% als Schwäche ihres Standortes.

In der Erschliessung neuer Märkte erkennen vor allem die Exportbetriebe neue Chancen (53%). Sie sind es aber auch, welche sich Sorgen über die weitere Preisentwicklung machen (35%). Bezüglich Anforderungen an die Wirtschaftspolitik zeigen sich relativ geringe Branchenunterschiede. Zwei Forderungen stellen Unternehmer aus allen Branchen (mit einem Anteil von rund 30%): tiefere Steuern und weniger administrative Belastungen.

Herausforderungen nach Kantonen und Regionen

Wie beeinflusst der Unternehmensstandort die Bewertungen der verschiedenen Faktoren? Tabelle 10.1 gibt Antworten darauf, wobei nur diejenigen Faktoren aufgelistet werden, welche von mindestens einem Fünftel der Befragten genannt wurden.

Für herausragend viele Unternehmen (43%) in AI sind die arbeitsrechtlichen Vorschriften ein Dorn im Auge. In Ausserrhoden bemängelt ein auffallend grosser Anteil den (fehlenden) Wissenstransfer mit der Universität St.Gallen. Die Steuerbelastung wird hingegen von einem bedeutenden Anteil der KMU (45%) als Stärke bezeichnet.

Im Kanton SG wird in sämtlichen Regionen die Steuerbelastung ausschliesslich oder auch als Schwäche genannt. In allen Regionen von St.Gallen wird in zwei Bereichen ein Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik erkannt: Steuerbelastung und administrative Belastung. Eine Öffnung der Märkte steht auf der Forderungsliste von Rorschach, des Rheintals und des Fürstenlands, welche über einen hohen Industrieanteil verfügen. In der Region Toggenburg sind 67% der interviewten Unternehmer mit der Infrastruktur unzufrieden. Es ist denn auch die einzige Region, in welcher mehr als ein Fünftel der Interviewten (33%) einen Ausbau der Infrastruktur erwartet.

Tabelle 10.1:
Herausforderungen nach
Kantonen und Regionen (124
Interviews)

Kanton/Region	Standortstärken	Standortschwächen	Handlungsbedarf in der Wirtschaftspolitik
Appenzell Innerrhoden	- Qualifizierte Arbeitskräfte - Zusammenarbeit mit Behörden	- Arbeitsrecht - Infrastruktur	- Arbeitsrecht - Administrative Belastung
Appenzell Ausserrhoden	- Steuerbelastung - Zusammenarbeit mit Behörden - Lohnkosten	- Qualifizierte Arbeitskräfte - Wissenstransfer mit Uni - Infrastruktur	- Qualifizierte Arbeitskräfte - Wissenstransfer mit Uni
Rapperswil	- Zusammenarbeit mit Behörden	- Steuerbelastung	- Steuerbelastung - Baubewilligungen - Administrative Belastung
Rheintal	- Steuerbelastung	- Administrative Belastung - Offene Märkte - Steuerbelastung	- Öffnung der Märkte - Administrative Belastung - Steuerbelastung - Qualifizierte Arbeitskräfte
Rorschach	- Infrastruktur	- Boden und Gebäude	- Öffnung der Märkte - Steuerbelastung - Administrative Belastung
Stadt St.Gallen	- Lohnkosten - Infrastruktur	- Steuerbelastung	- Steuerbelastung - Administrative Belastung
Toggenburg	- Lohnkosten - Zusammenarbeit mit Behörden	- Infrastruktur - Steuerbelastung - Umweltauflagen	- Steuerbelastung - Infrastruktur - Administrative Belastung
Fürstenland	- Wissenstransfer mit FHO - Lohnkosten - Boden und Gebäude - Infrastruktur	- Administrative Belastung - Steuerbelastung - Lohnkosten	- Qualifizierte Arbeitskräfte - Administrative Belastung - Arbeitsrecht - Öffnung der Märkte - Steuerbelastung

Quelle: Interviews, Integrationsseminar, Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, 2007.



Kapitel 11
Herausforderungen aus
Sicht der Politik

Aufgabe der Politik ist es, attraktive Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Unternehmen zu schaffen. Bildung und Infrastruktur sind im Moment hauptsächlich Aufgaben des Staates, was mit einer entsprechenden Verantwortung einhergeht. Bei der Finanz- und Steuerpolitik kommt dem Staat ebenfalls eine entscheidende Bedeutung zu. In allen drei Bereichen haben die Gemeinden und Kantone weitgehende Kompetenzen, womit auch eine regionale Politik möglich ist. Für die Kantone und Gemeinden gilt es dabei, einen attraktiven Mix zwischen attraktiven staatlichen Angeboten und einer akzeptablen Steuerbelastung zu finden. Denn ein verbessertes staatliches Angebot kostet in der Regel Geld, das über höhere Steuereinnahmen wieder hereingeholt werden muss. Im Folgenden wird beleuchtet, was die Ostschweizer Politik für die Standortattraktivität der vier Kantone gemacht hat.

Appenzell Ausserrhoden: Grosse Herausforderungen

Der Kanton AR durchläuft eine schwierige Phase, wie die Zahlen zur Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung klar gezeigt haben. Zwischen 2001 und 2005 war AR der Kanton mit dem stärksten Beschäftigungsrückgang, und auch bei der Bevölkerungsentwicklung lag er am Schluss. Angesichts dieser dramatischen Situation wären umfassende Massnahmen nötig. Erste Schritte wurden bereits zu Beginn des Jahrtausends mit der Senkung der Steuern für juristische Personen unternommen. Im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2003 bis 2007 wurde ein weiteres Massnahmenpaket vorgelegt.

Dabei wurden sehr konkrete Ziele festgelegt (Tabelle 11.1), um den Rückgang bei Bevölkerung und Beschäftigung umzukehren. Im Zentrum stand eine Steuergesetzrevision mit der Einführung von degressiven Tarifen, um mehr Haushalte mit sehr hohen Einkommen nach AR zu locken. Diese wurde vom Volk zwar angenommen, nachher aufgrund der Vermischung mit dem Gesetz zur Verteilung des SNB-Goldes vom Bundesgericht wieder aufgehoben. In der Neuauflage konzentriert sich die Steuervorlage nun auf eine Senkung der Unternehmenssteuern, wobei die tiefsten Unternehmenssteuern in der ganzen Schweiz angestrebt werden.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Erhöhung der Attraktivität als Wohnregion, über vermehrte Bereitstellung von Bauland, verbesserte Angebote für die Kinderbetreuung, die Einführung von Blockzeiten. Damit sollte die Attraktivität für Familien erhöht werden, was auch eine Antwort auf die starke Alterung der Bevölkerung von AR darstellt.

In einem dritten Bereich ging es um die Positionierung von AR als Freizeit-, Ferien- und Gesundheitszentrum. Die Basis für die Positionierung als Tourismusort besteht in der attraktiven Landschaft. Der Kanton AI hat dabei in nächster Nähe vorgemacht, welche Möglichkeiten in diesem Bereich bestehen. Im Bereich Gesundheit ist AR bereits sehr gut positioniert, was zumindest auf ein weiteres Potenzial hoffen lässt.

Angesichts der unerfreulichen Entwicklung ist klar, dass die Ziele in AR (noch) nicht erreicht werden konnten. Dies kann verschiedene Ursachen haben. Einerseits ist denkbar, dass AR aufgrund von Schwierigkeiten bei seinen wichtigsten Unternehmen in der Rezession zwischen 2001 und 2003 speziell stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. In diesem Bereich sind die Einflussmöglichkeiten der Politik sehr begrenzt. Zweitens könnten einige der Massnahmen erst mit einiger Verzögerung wirksam werden. Drittens dürften einige Massnahmen eher zögerlich ausgefallen sein. Insbesondere sind die Massnahmen, welche AR besser als Tourismusdestination positionieren sollen, als eher zurückhaltend zu bezeichnen. Bescheiden sind die Massnahmen auch im Bereich Familien und Bildung. Viertens hat der Kanton in vielen Bereichen keine ausreichenden Kompetenzen. So ist die Ausscheidung von Bauland Sache der Gemeinden. Ist man dort der Meinung, dass die Gemeinde besser klein und überschaulich bleiben soll, so kann der Kanton dagegen nur wenig ausrichten.

Leitsatz: «Wir positionieren uns als bevorzugter Wohnkanton für alle.»		
Ziel	Projekte	Massnahmen
Deutliche Erhöhung der Wohnbevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> - Attraktiven Wohnraum schaffen - Betreuungssituation der Kinder verbessern - Konzept für Vermarktung als Wohn-, Lebens- und Arbeitsort erarbeiten - Günstiges Steuerklima schaffen - Verkehrserschliessung verbessern - Intakte Landschaft erhalten 	Einige Gemeinden haben attraktiven Wohnraum geschaffen, aber das erhöhte Bauvolumen hat sich (noch) nicht auf die Bevölkerungszahlen ausgewirkt. Familienergänzende Betreuungsangebote im Kleinkindalter konnten nicht wesentlich verbessert werden. Hingegen haben 7 Gemeinden umfassende Tagesstrukturen in den Schulen eingerichtet. Ab dem Schuljahr 2008/2009 sind umfassende Blockzeiten verbindlich einzuführen.
Leitsatz: «Wir verstärken unsere Standortattraktivität für kleine und mittlere Unternehmen.»		
Ziel	Projekte	Massnahmen
Steigerung des Arbeitsplatzangebots durch kleine und mittlere Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> - Günstiges Steuerklima schaffen - Verkehrserschliessung verbessern - Attraktiven Wohnraum schaffen - Konzept für Vermarktung als Wohn-, Lebens- und Arbeitsort erarbeiten - Stellung als Standort für Freizeit, Erholung und Tourismus verstärken 	Die Steuergesetzrevision, durch welche AR den 1. Platz bei der Besteuerung von Unternehmen (juristischen Personen) einnehmen wird, tritt auf Beginn 2008 in Kraft. Bei der Erschliessung von AR (Anschluss an A1) traten Verzögerungen bei Entscheiden auf Bundesebene ein. Die Stauverursacher in der Erschliessung des Mittellandes (Einmündung Wehrstrasse in die Rosenbergstrasse St.Gallen) ist nicht beseitigt und eine Lösung ist nicht in Sicht.
Leitsatz: «Wir positionieren uns als Kanton mit einem besonders einladenden Angebot für Freizeit, Erholung und Gesundheit.»		
Ziel	Projekte	Massnahmen
Steigerung der Attraktivität als Ferien- und Erholungsregion. Steigerung der Übernachtungen um 20% im Vergleich mit 2002	<ul style="list-style-type: none"> - Stellung als Standort für Freizeit, Erholung und Tourismus verstärken - Intakte Landschaft erhalten - Verkehrserschliessung verbessern - Konzept für Vermarktung erarbeiten 	Aufgrund eines in Auftrag gegebenen Berichtes verzichtete die Regierung auf die Massnahme «Regionaler Naturpark Appenzellerland». 2003 wurde die Feriendorf Urnäsch AG gegründet, der Eröffnungstermin wurde auf März 2008 festgelegt. Mitte 2005 wurde die Appenzellerland Sport AG gegründet und ein Pilotlehrgang eröffnete das erste Sportschuljahr an der Kantonschule Trogen. Auf dem Säntis wurde ein Höhentrainingszentrum eingerichtet. Mitte 2006 konnte der Nordic Fitness Park Appenzellerland eröffnet werden.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Regierungsprogramms 2003–2007.

Tabelle 11.1:
Regierungsprogramm AR
(2003–2007)

Appenzell Innerrhoden: Den Aufschwung verwalten

Ganz anders präsentiert sich die Ausgangslage in AI. Der Kanton erlebt einen anhaltenden Aufschwung mit einem Zuwachs der Bevölkerung, der Beschäftigung und dank sehr erfolgreichen Unternehmungen. Es geht damit vor allem darum, den Aufschwung zu verwalten. Dieser hat denn auch erste Spannungen verursacht, wird das Bauland doch immer teurer und für einheimische Durchschnittsverdiener zunehmend unerschwinglich. Und die Integration der vielen Zuzüger wird wohl auch im durch Traditionen geprägten Kanton AI eine spezielle Herausforderung darstellen.

Die Standeskommission von Innerrhoden hat in einem Bericht vom Oktober 2005 die Perspektiven 2006 bis 2009 ihres Kantons aufgezeigt. Der Bericht enthält die Schwerpunktaufgaben, denen sich die Standeskommission während der kommenden vier Jahre besonders zu

widmen gedenkt. In folgender Tabelle sind einige Ziele der Standeskommission aufgelistet. Zudem wird eine Beurteilung der Zielerreichung bei Halbzeit vorgenommen.

Angestrebt wird einerseits eine weitere Verbesserung der Standortattraktivität von AI über weitere Steuersenkungen und die Bereitstellung von Bauland für Industrie und Gewerbe. Daneben streben einige Ziele die Senkung oder Konsolidierung der Staatsausgaben an, wie der Personalstopp und die Konsolidierung im Gesundheitswesen. Dies ist eine Antwort auf die relativ stark gestiegenen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung. Laut eigener Einschätzung konnten die Ziele noch nicht durchwegs erreicht werden. Das anhaltende Wachstum zeigt aber, dass sich AI weiterhin dynamisch entwickelt. Das Verfehlen einer Senkung des Gesamttrags bei der Steuerbelastung ist angesichts der Mängel des Steuerbelastungsindex als nicht weiter tragisch zu bezeichnen. Gerade steuerlich ist AI weiterhin sehr gut positioniert. Die Auswirkungen der Steuersatzsenkungen der übrigen Kantone – sowohl in der Ostschweiz als auch in der restlichen Schweiz – auf die Standortattraktivität bleiben noch abzuwarten.

Tabelle 11.2:
Ziele in AI gemäss Perspektiven
der Standeskommission 2006 bis
2009 und Zielerreichung

Ziele der Standeskommission	Zielerreichung bei Halbzeit
Es ist eine massvolle Erhöhung der Bevölkerungszahl anzustreben.	Ziel erreicht: Seit dem Jahr 2002 wächst die Bevölkerung von Innerrhoden jährlich leicht an.
Die Gestaltung einer ausgeglichenen Rechnung ist unabdingbar. Es ist ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% anzustreben.	Ziel erreicht.
Die Gesamtsteuerbelastung ist weiter zu senken und es sind im Vergleich der kantonalen Steuerbelastung 3 bis 4 Ränge gut zu machen.	Ziel noch nicht erreicht: Im Gesamtindex der Kantone ist AI im Jahr 2006 auf Rang 10 zurückgefallen. Grund sind die Einkommens- und Vermögenssteuern mit einem Indexstand von 105,6 (Schweiz 100). Der Grund für die überdurchschnittliche Steuerbelastung liegt bei der relativ hohen Besteuerung in den unteren Einkommensklassen.
Konsolidierung der Situation im Spitalwesen.	Ziel noch nicht erreicht: Massnahmen sind eingeleitet.
Es ist dafür zu sorgen, dass Industrie- und Gewerbeland zu konkurrenzfähigen Konditionen erworben werden kann.	Ziel noch nicht erreicht: Verschiedene Massnahmen werden geprüft und sind im Moment in der Vernehmlassung.
Im Hinblick auf die ausgeglichene Staatsrechnung ist im Kanton ein Personalstopp zu verfügen.	Ziel (noch) nicht erreicht.
Der Zugang zu den staatlichen Stellen ist mit einem E-Government-Konzept zu erleichtern.	Ziel teilweise erreicht: Sämtliche staatlichen Dienstleistungen sind auf dem Netz, inkl. Formulare. Die Stufe der Transaktion wird im Moment angedacht.

Quelle: Standeskommission AI

St.Gallen: Auf der Suche nach grösserer Dynamik

Der Kanton SG stellt wirtschaftlich den grössten Teil der Ostschweiz dar. Die Zentrumsstadt St.Gallen ist auch für die umliegenden drei Kantone von grosser Bedeutung. Die Entwicklung in SG hat damit auch auf die umliegenden Kantone Auswirkungen. Diese Entwicklung verlief befriedigend, ohne dass allerdings sehr gute Resultate erzielt werden konnten. Seit 2005 konnten zwar wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei der Bevölkerungsentwicklung liegt SG aber hinter TG und AI zurück, und auch beim Einkommen war die Entwicklung nicht überragend.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat im Februar 2002 ein Wirtschaftsleitbild für den Kanton SG präsentiert. Darin wird das Ziel festgehalten, dass qualifizierte Arbeitskräfte und überdurchschnittlich produktive Unternehmen im Kanton bleiben, die Arbeitskräfte und Unternehmen sich qualitativ verbessern und weitere wertschöpfungsstarke Arbeitskräfte und Unternehmen sich im Kanton niederlassen. Damit die Ziele erreicht werden können, wurde im Oktober 2002 eine Standortoffensive präsentiert, welche in zwölf Programmen konkrete Schwerpunkte und

Massnahmen darlegte. Einige Programme sollten mittels eines Fonds «Zukunft St.Gallen» finanziert werden, welcher aber von der Mehrheit der Stimmenden abgelehnt wurde.

Trotz dem Nein zum Fonds versucht die Regierung, Schwerpunkte für die standortpolitische Entwicklung zu setzen. Die folgende Tabelle greift eine Auswahl von Programmen und Massnahmen heraus, welche aus dem Amtsbericht 2004 stammen. Es lassen sich vier Schwerpunkte ausmachen: erstens die Entwicklung von St.Gallen als Technologie- und Bildungsstandort, zwei-

Zielbereich	Massnahmen in der Standortoffensive	Stand/Beurteilung der Umsetzung
St.Gallen als Technologiestandort	Konzipierung von Technologie- und Wissenstransfer-Plattformen.	Plattformen nicht realisiert, aber Evaluation des Teilprojektes «Nano-Cluster-Bodensee NCB» im Herbst 2007.
	Investitionsprogramm für anwendungsorientierte F&E.	Umsatzmässige Erhöhung von F&E bei allen Hochschulen. Eröffnung von Forschungszentren durch Audi und SAP. Kein eigentliches Investitionsprogramm des Kantons.
	Erarbeitung eines Konzeptes zur Förderung von Jungunternehmen durch die Wirtschaftsförderung.	Für die Gründerzentren wurde eine Förderstrategie ausgearbeitet, auf deren Grundlage neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen wurden.
St.Gallen als Bildungsstandort	Wettbewerbsfähigkeit der Universität festigen (Neukonzeption der Lehre, Sanierung/Erweiterung Bauten, usw.)	Wesentliche Schritte zur Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wurden realisiert, sowohl was die Lehre als auch die Infrastruktur anbelangt.
	Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur im Kongress- und Semintourismus mit einem spezifischen Förderprogramm.	Ein spezifisches Förderprogramm scheint nicht mehr angezeigt: Ausbau HSG, Olma und Einstein. Aufbau einer Plattform zur Vernetzung ist im Aufbau («SGBTplus»).
	Förderung des Angebots an internationalen Schulungsmöglichkeiten.	Gründung der International School Rheintal in Buchs (2002) und der International School St.Gallen (2008).
Verbesserung Attraktivität für Familien	Bedürfnisgerechtes Angebot für familienergänzende Kinderbetreuung.	Einige Kindertagesstätten wurden neu gegründet sowie deren Vernetzung gefördert.
	Schaffung einer neuen Tagesstruktur in den Volksschulen mit Blockzeiten an allen Wochentagen und fakultativen Mittagstischen.	Die Einführung von erweiterten Blockzeiten erfolgt auf Beginn des Schuljahres 2008/09. Vorerst werden die Blockzeiten auf sämtliche Vormittage ausgedehnt sowie ein Angebot für einen freiwilligen Mittagstisch geschaffen.
Verbesserung Verkehrsinfrastruktur	Direktanschluss an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz.	Umsetzung nach Realisierung der erforderlichen baulichen Massnahmen im Zeithorizont 2012/2013.
	Strassennetz optimieren und Flugplatz St.Gallen-Altenrhein aufwerten.	Noch ungelöste Probleme: Verbindung der beiden Rheintal-Autobahnen, Engpässe in den Agglomerationen St.Gallen, Rapperswil-Jona, Rorschach und Wil. Neue Linie von Febr. 2007 in Altenrhein wieder eingestellt.
Verbesserung Standort für Unternehmen	Im interkantonalen Vergleich attraktive Steuerbelastung.	Auch nach dem II. Nachtrag zum Steuergesetz bleibt die steuerliche Attraktivität ungenügend. Weitere Steuergesetzrevision angekündigt.
	Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung einführen. Administrative Entlastungen reduzieren.	Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung wird eingeführt, KMU-Forum hat Tätigkeit im September 2006 aufgenommen. Handlungsbedarf weiterhin gegeben.

Tabelle 11.3:
SG: Auswahl von Massnahmen der Standortoffensive/Wirtschaftsleitbild und Stand der Umsetzung

tens die Erhöhung der Attraktivität für Familien, drittens die Verbesserung der Standortattraktivität für Unternehmungen, viertens die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Im Bereich Bildung und Technologie konnten einige Erfolge erzielt werden. Hier geht es vor allem darum, die vorhandenen Stärken – als Standort von Universität, Fachhochschule und Empa – besser zur Geltung zu bringen. Im Bereich Familienpolitik kann noch nicht von einem Durchbruch gesprochen werden. Die Einführung von Blockzeiten an Vormittagen ab Herbst 2008 kann höchstens als ein bescheidener Anfang bezeichnet werden. Bei der Verkehrspolitik sind sowohl der Umfang der Massnahmen als auch ihre Umsetzung begrenzt. Die Probleme des Knotenpunkts St.Gallen harren noch einer Lösung: überlastete Stadtautobahn und Verbindung ins Appenzell. Bei weiter steigendem Verkehrsaufkommen ist mittelfristig mit einem Kollaps zu rechnen, mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf den Standort Ostschweiz.

Beim Standort für Unternehmungen sollte mit der Steuersenkung, welche 2007 in Kraft getreten ist, eine deutliche Verbesserung erreicht worden sein. Zur Reduktion der administrativen Belastungen wurde eine Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung eingeführt, welche bei neuen Gesetzen zur Anwendung kommt. Die grossen bestehenden Probleme, welche von Unternehmern beklagt werden, sind dadurch jedoch nicht tangiert: Behinderungen beim Aussenhandel, Lärm- und Bauvorschriften, arbeitsrechtliche Einschränkungen (siehe Kapitel 10).

Thurgau: Chancen genutzt

Im Kanton Thurgau haben die Wirtschaftsverbände (IHK Thurgau, Gewerbeverband) im September 1996 unter dem Titel Chance Thurgau 38 sehr konkrete Massnahmenvorschläge präsentiert. Die im November 2002 publizierte «Chance Thurgau PLUS» enthielt 30 Massnahmen, die auch vom Thurgauer Bauernverband mitgetragen wurden.

Im November 2005 legten die Wirtschaftsverbände einen Schlussbericht vor. Die übergeordneten Zielsetzungen waren: Erstens Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (Chance Thurgau) und zweitens eine regelmässig über dem schweizerischen Durchschnitt liegende Zunahme des Thurgauer Volkseinkommens pro Kopf und Jahr.

Die Arbeitsplatzzunahme lag klar über dem schweizerischen Durchschnitt. Das heisst: **Ziel erreicht**, zumal der Kanton Thurgau nicht nur als Arbeitsplatz an Attraktivität gewonnen hat, sondern auch als Wohnort. Auch das Volkseinkommen pro Kopf hat in den Jahren 2003 und 2004 zugenommen, allerdings lag die Zunahme unter dem Landesdurchschnitt. **Ziel bisher nicht erreicht** – der Beobachtungszeitraum ist allerdings noch sehr kurz.

Von den insgesamt 68 Einzelmassnahmen wurden 39 gänzlich umgesetzt, 23 Massnahmen teilweise und 6 gar nicht. Der durchschnittliche Erfüllungsgrad beträgt gut 80%.

Die wohl wichtigsten bis 2005 **voll und ganz umgesetzten Massnahmen** sind: eine kontinuierlich umgesetzte Senkung der Steuern, Stärkung und Ausbau der Bildungsinfrastruktur, Änderung der Subventionspraxis, Einführung einer KMU-Verträglichkeitsprüfung, systematische Überprüfung der Aufgaben und Leistungen des Kantons und der Gemeinden, Befristung der Baubewilligungsverfahren.

Teilweise umgesetzt wurden unter anderen: Bekämpfung missbräuchlicher Einsprachen, wesentliche Senkung der Strompreise, Begabtenförderung, flächendeckende Informatikausbildung an den Primarschulen.

Folgende Massnahmen wurden unter anderen **nicht umgesetzt**: Erschliessung des Mittel- und Oberthurgaus, Einführung einer Ausgabenbremse, Aufhebung der Kirchensteuer für juristische Personen.

Im Regierungsprogramm 2004 bis 2008 hat sich der Regierungsrat neue Ziele gesetzt. Eine Überprüfung der Zielerreichung kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht durchgeführt werden. Die wichtigsten Schwerpunktziele sollen durch folgende Massnahmen erreicht werden:

- **Schwerpunktziel «Staatshaushalt»:** Sinkende Steuerbelastung und sinkende Staatsquote sowie eine Rangierung im interkantonalen Vergleich im besten Drittel der Kantone. Im Jahr 2006 belegt der Kanton Thurgau beim Gesamtindex der Steuerbelastung Rang 5 aller Kantone.
- **Schwerpunktziel «Verkehr»:** Ausbau Schnellzugsangebot und Verdichtung im Regionalverkehr zwischen Zentren und Agglomerationen. Im Strassenverkehr sind die Entscheide über Linienführung und Ausbaustandard der Hauptstrassen T13 und T14 zu fällen.
- **Schwerpunktziel «Bildung, Familie, Jugend»:** Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems in den Schulen, Optimierung der Integration von Migrationsfamilien, Ausbau familienergänzender Betreuungsformen, Prüfung von Blockzeiten.

Wurden die Empfehlungen der IHK St. Gallen-Appenzell aufgenommen?

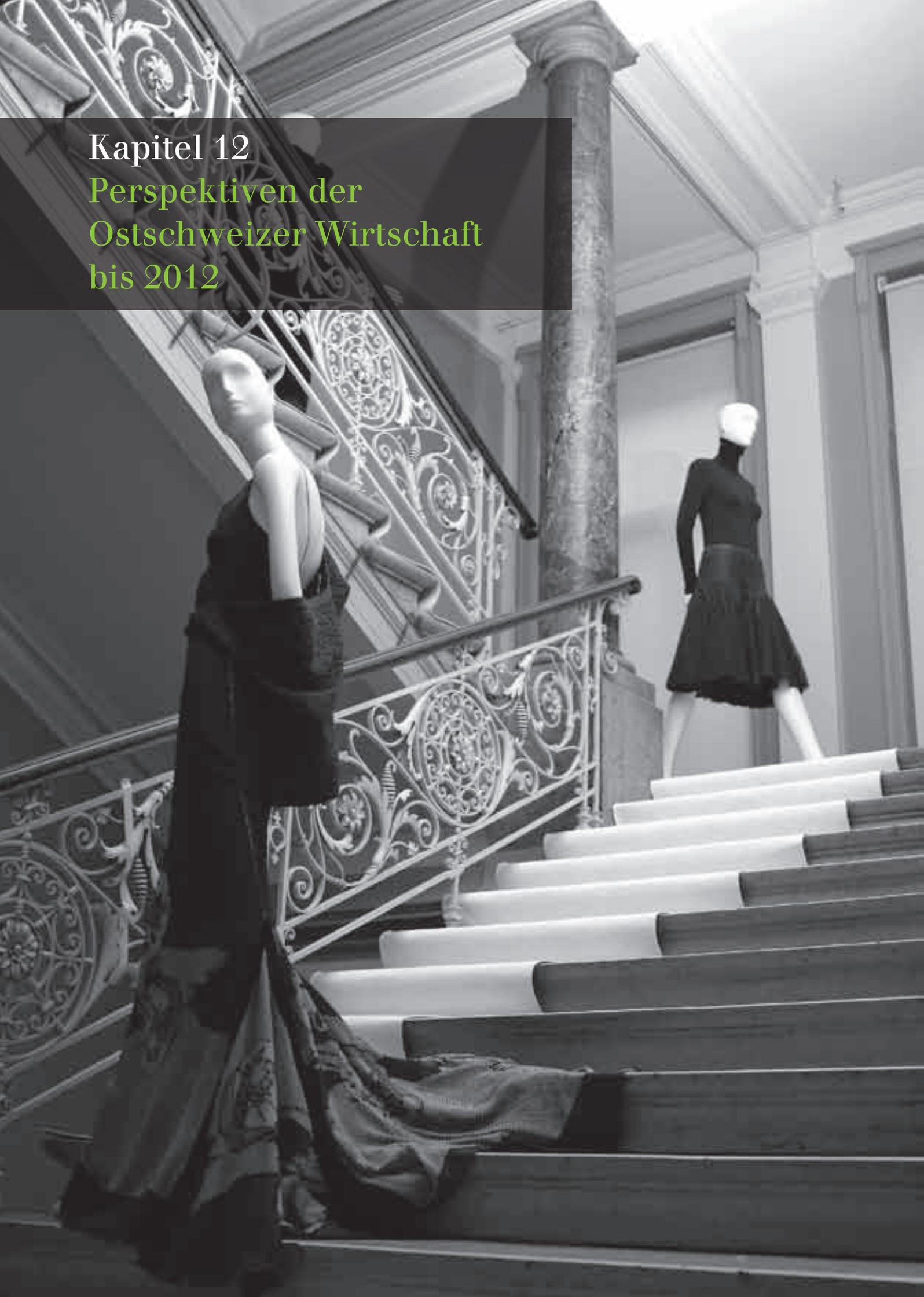
Die IHK-Studie «Entwicklung und Perspektiven der Ostschweizer Volkswirtschaft» des Jahres 2003 enthielt eine Analyse von relevanten Daten über die Ostschweizer Volkswirtschaft. Folgerungen aus dieser Analyse für die Wirtschaftspolitik der Ostschweizer Kantone hat die IHK kurz darauf in einem separaten Bericht «Handlungsempfehlungen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik in der Ostschweiz» publiziert.

Die Ostschweizer Wirtschaft hinkte von 1991 bis 2002 in den wichtigsten Indikatoren dem Landesdurchschnitt hinterher. Deshalb setzten wir in unserem Bericht von 2003 für die Ostschweizer Volkswirtschaft folgendes Ziel: «Klar über dem Landesdurchschnitt liegende Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums, zwecks Sicherung der Beschäftigung und Erhöhung des Volkseinkommens.» Das Wachstumsziel wurde nicht erreicht, wie die volkswirtschaftliche Analyse gezeigt hat.

Eine Grobbilanz über die Umsetzung der IHK-Empfehlungen fällt folgendermassen aus:

- **Verkehr:** Die Mehrheit unserer Vorschläge ist in der Phase der Planung. Definitiv gescheitert ist die Bodensee-Schnellstrasse S18. Ebenfalls gescheitert ist die Absicht einer Strategie der Bodensee Industrie- und Handelskammern zum Flughafen Altenrhein.
- **Bildung:** Ab 2008/2009 wird Englisch in der dritten Primarklasse unterrichtet und die Erneuerung und Erweiterung der Universität und der Fachhochschule sind im Gang bzw. in Vorbereitung. Unsere Empfehlungen bezüglich der FHO lauteten: Konzentration der technischen Ausbildung und Fokussierung auf die Kernkompetenzen (auch der Institute) sowie Verbesserung des Technologietransfers. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die gegenwärtige Struktur der FHO mit der Umsetzung unserer Empfehlungen nicht vereinbar ist.
- **Steuern:** Bei der Besteuerung von Unternehmen konnten in allen vier Kantonen Fortschritte erzielt werden. So wird ab 2008 die Doppelbesteuerung von Dividenden gemildert und die Forderung nach der Verrechnung der Kapitalsteuer mit der Gewinnsteuer hat den Durchbruch ebenfalls geschafft.
- **Administrative Entlastungen:** Die Einführung einer KMU-Verträglichkeitsprüfung und eines KMU-Forums wurden im Kanton St.Gallen vollzogen.
- **Attraktivität als Wohnort:** Mit Unterstützung der Kantone sind einige Gemeinden in die Offensive gegangen und haben die Wohnzonen an attraktiven Lagen erweitert. Die Bemühungen der Kantone beim Ausbau des Angebotes an Kinderkrippen und Tagesstrukturen in den Schulen sind unterschiedlich weit fortgeschritten.

Kapitel 12
Perspektiven der
Ostschweizer Wirtschaft
bis 2012



Wagt man sich an Voraussagen zur Wirtschaftsentwicklung, begibt man sich auf heikle Pfade. Sind es doch nicht zuletzt die Prognosefehler, welche am Ruf der Ökonomenzunft nagen. Aufgrund von vielen nicht zutreffenden Voraussagen werden Ökonomen auch folgendermassen definiert: «Ein Ökonom ist ein Experte, der morgen weiss, warum das, was er gestern voraus sagte, heute nicht eingetroffen ist.» Böse Zungen behaupten zudem, dass Gott die Ökonomen nur deshalb geschaffen habe, damit die Wetterpropheten nicht so schlecht dastehen¹.

Um uns dieser Häme nicht aussetzen zu müssen, delegieren wir die Verantwortung für die Voraussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung an die Unternehmen. Wir haben eine Befragung von Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern durchgeführt, an der sich 370 Firmen aus den verschiedenen Regionen der Ostschweiz und diversen Branchen beteiligt haben. Die folgenden Voraussagen für die Zukunft stammen – mit einer Ausnahme – aus dieser Unternehmensbefragung. Die Ausnahme betrifft die Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungsprognosen für die Kantone stammen vom Bundesamt für Statistik und die Prognosen für die Regionen stützen sich auf Berechnungen der Credit Suisse und der IHK St.Gallen-Appenzell.

Bevölkerungsperspektiven: Zunahme in allen Ostschweizer Kantonen

Das BFS erarbeitet für die einzelnen Kantone Bevölkerungsszenarien, bei welchen die Entwicklung der Bevölkerung auf Basis der gesamtschweizerischen Entwicklung und der Struktur der Bevölkerung der Kantone hochgerechnet wird. Nachdem die Zukunft für einzelne Kantone nicht der Vergangenheit entsprechen muss, sind diese Szenarien keineswegs als Prognosen aufzufassen und damit mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren. Sie können aber einen Anhaltspunkt für Probleme bei der mittelfristigen Bevölkerungsentwicklung geben. Das BFS rechnet für AI bis zum Jahre 2030 mit einem starken Bevölkerungswachstum von fast 25%, im TG mit einem Wachstum von 15% und in SG und AR mit tieferen Wachstumsraten im Bereich von 5% (Abbildung 12.1).

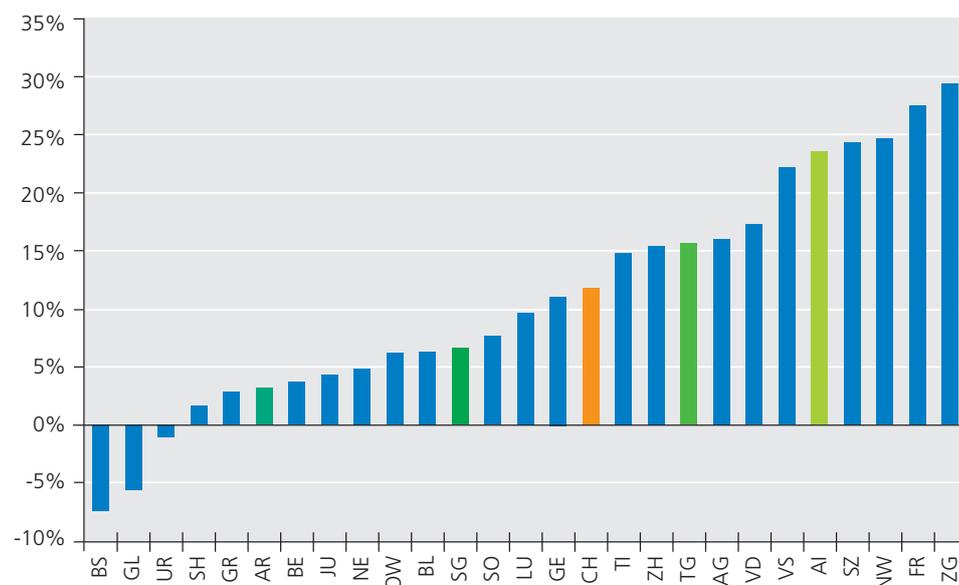


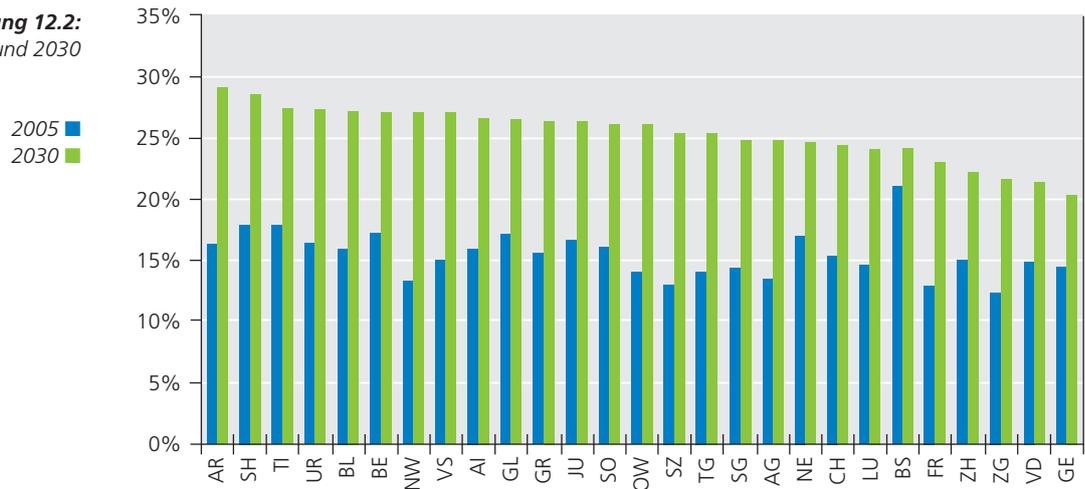
Abbildung 12.1:
Szenarium Bevölkerungswachstum 2005–2030

Quelle: eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BFS.

¹ Vgl. Alfred Meier, Ökonomen im Spiegel des Witzes, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. René L. Frey, vdf Hochschulverlag, 2004

Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird die Bewältigung der Alterung der Gesellschaft werden. Gesamtschweizerisch stehen dabei vor allem die Finanzierung der Altersvorsorge und ein möglicherweise sinkendes Arbeitsangebot im Zentrum. Bei den Kantonen wird vor allem die Finanzierung der Pflege im Mittelpunkt stehen. Eine Durchmischung der Bevölkerung nach Altersgruppen dürfte aber auch aus politischen und sozialen Gründen gewünscht sein. Nach den Prognosen des BfS wird vor allem AR mit einem Anteil von Über-65-Jährigen von fast 30% im Jahre 2030 zu kämpfen haben. Auch AI wird ein überdurchschnittlicher Anteil an Über-65-Jährigen vorausgesagt, während dieser in SG und TG unterdurchschnittlich bleiben soll (Abbildung 12.2).

Abbildung 12.2:
Altersquoten, 2005 und 2030



Erklärung: Anteil der Über-65-Jährigen. Eigene Berechnungen IHK auf Basis von Zahlen des BfS.

Die Perspektiven ausgewählter Branchen

Die zukünftige Entwicklung einer Branche ist abhängig vom Nachfragepotenzial und von der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen innerhalb dieser Branche. Verschiedene Institutionen in der Schweiz nehmen eine Beurteilung dieser beiden Faktoren vor, um daraus die Prognosen für die einzelnen Branchen und auch für die Kantone und Regionen (je nach Branchenanteil) zu erstellen². Diese Methodik hat allerdings einen schwer wiegenden Nachteil, denn es gibt eigentlich keine guten oder schlechten Branchen, sondern nur gute oder schlechte Unternehmen. Je kleiner die beobachtete Region wird, desto mehr kann eine Beurteilung der Branchenqualität auf schweizerischer Ebene deshalb zu Fehlschlüssen auf kantonaler oder regionaler Ebene führen. So kann es z.B. durchaus sein, dass eine Branche in der Schweiz auf eine unbefriedigende Vergangenheit zurückblickt, die Unternehmen derselben Branche aber z.B. im Rheintal eine hervorragende Entwicklung durchlaufen haben. Diese Fehlerquelle haben wir umgangen, indem wir uns auf die Prognosen der Unternehmen der betrachteten Branchen in der jeweiligen Region abstützen.

In den folgenden Abbildungen stellen wir nicht nur die Voraussagen zur Entwicklung bis zum Jahr 2012 dar, sondern zeigen zugleich auf, wie sich die entsprechenden Werte in der Vergangenheit entwickelt haben.

Die violette Linie bildet die Entwicklung der gesamten Ostschweizer Wirtschaft ab, während die grüne Linie die Entwicklung der entsprechenden Branche aufzeigt. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der Massstab bei jeder Abbildung der entsprechenden Branche angepasst wurde und auch Zuwachsraten im negativen Bereich (kleiner als null) abgebildet werden.

² Vgl. UBS-Outlook, 2007

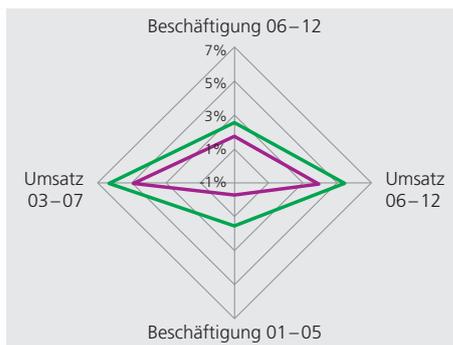
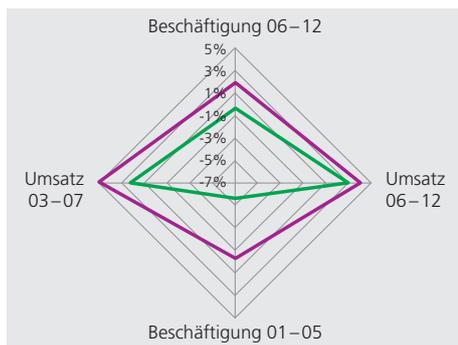


Abbildung 12.3.
Perspektiven ausgewählter
Branchen (Veränderungen p. J.)

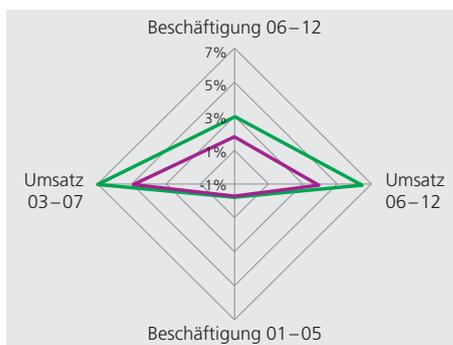
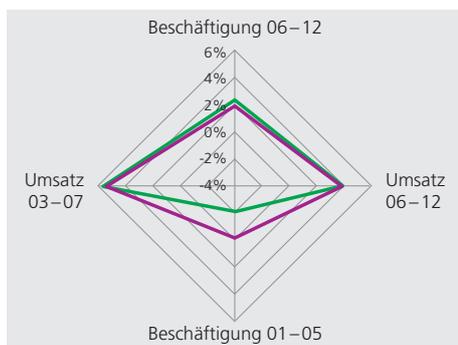
— Ostschweiz
— Branche

Textilien

Sowohl in der Vergangenheit als auch in Zukunft wird sich die Textilindustrie schlechter entwickeln als die Gesamtwirtschaft, wobei doch ein ansehnliches Plus im Umsatz, allerdings bei leichter Reduktion der Beschäftigung, vorausgesehen wird.

Metall

Die überdurchschnittlich gute Entwicklung der Metallindustrie wird auch in der Periode 2008 bis 2012 anhalten.

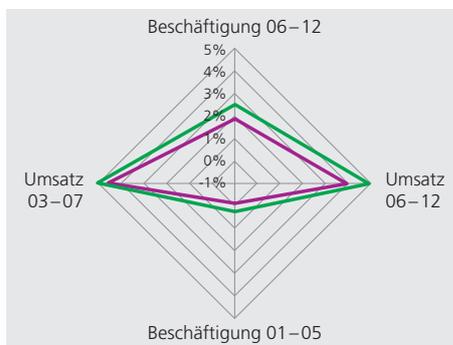
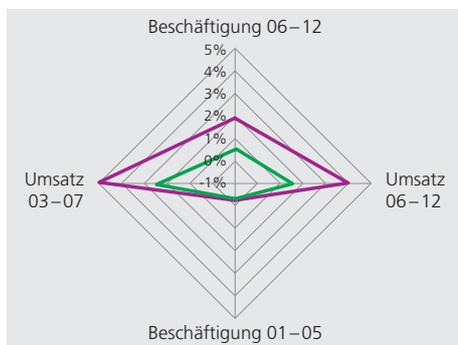


Maschinen

Von 2001 bis 2005 gingen im Maschinenbau Arbeitsplätze verloren. Bis 2012 werden aber etliche neue Stellen geschaffen – sollten die Prognosen der Maschinenbauunternehmen eintreffen.

Elektrische Geräte

Die Unternehmen, welche sich mit der Produktion von elektrischen Geräten beschäftigen, erwarten ein kräftiges Wachstum des Umsatzes und der Beschäftigung.



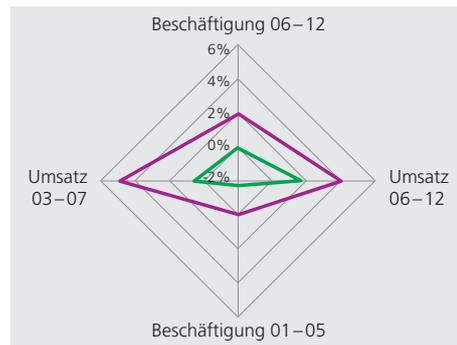
Bau

Das Baugewerbe rechnet mit einer deutlichen Abschwächung des Umsatzwachstums und einer bescheidenen Zunahme an Arbeitsplätzen.

Grosshandel

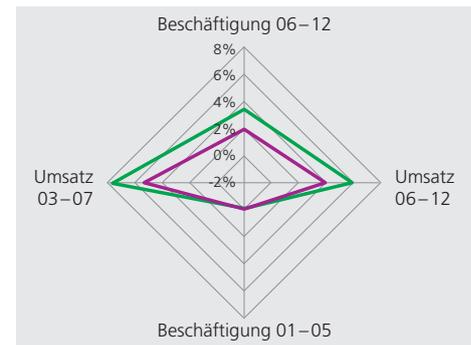
Wie schon in der Vergangenheit gehen die Grosshändler davon aus, dass sie leicht besser abschneiden werden als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt.

Ostschweiz —
Branche —



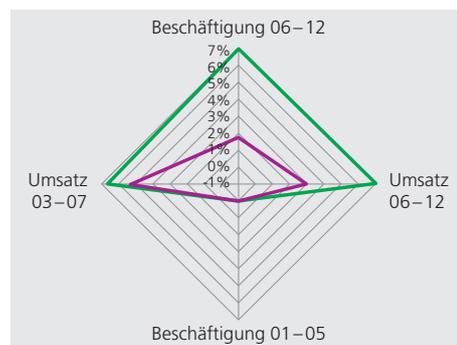
Detailhandel

Die Unternehmen des Detailhandels gehen von einer bescheidenen Umsatzsteigerung von durchschnittlich 1,4% aus. Dieser Zuwachs wird nicht genügen, um die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten.



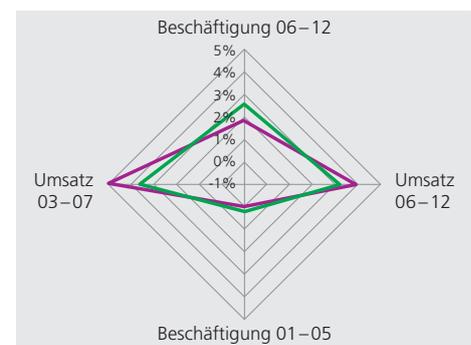
Banken

Auch wenn die Erträge nicht mehr ganz im selben Ausmass steigen werden wie in der Vorperiode, gehen die Banken doch bis 2012 von einer erfreulichen Entwicklung aus.



Informatik

Die Informatikbranche rechnet mit einem fulminanten Umsatzwachstum und einer ebensolchen Beschäftigungszunahme, die allerdings auf eine stagnierende Arbeitsproduktivität schliessen lässt.



Unternehmensnahe Dienstleistungen

Die Unternehmen, welche anderen Unternehmen ihre Dienste anbieten, gehen von einer leicht unterdurchschnittlichen Umsatz-, aber einer leicht überdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung aus.

Die Perspektiven der Ostschweizer Kantone

Zur Darstellung der Perspektiven der Kantone und nachfolgend auch der Regionen haben wir drei Indikatoren bestimmt: die Beschäftigungsentwicklung, die Bevölkerungsentwicklung und die Umsatzentwicklung. Dabei stellen wir wiederum nicht nur die Voraussagen bis zum Jahr 2012 dar, sondern zeigen auch auf, wie sich die entsprechenden Werte in der Vergangenheit entwickelt haben.

Die violette Linie bildet die Entwicklung der Ostschweizer Wirtschaft ab, während die grüne Linie jeweils die Entwicklung des Kantons aufzeigt. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der Massstab bei jeder Abbildung der entsprechenden Branche angepasst wurde und auch Zuwachsraten im negativen Bereich (kleiner als null) abgebildet werden.

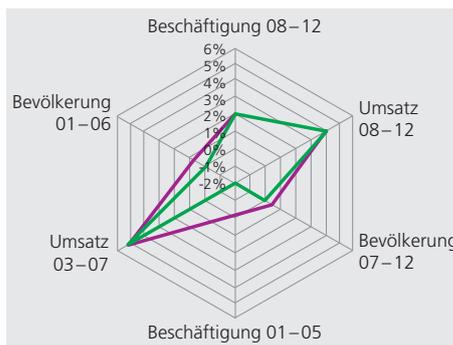
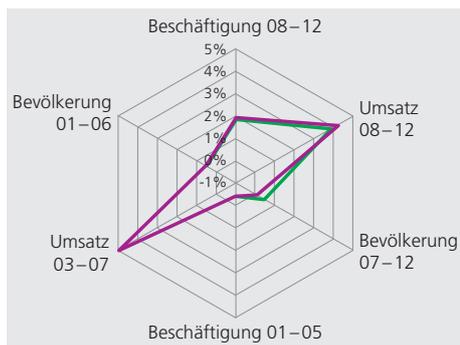


Abbildung 12.4:
Die Perspektiven der Ostschweizer Kantone (Veränderungen p. J.)

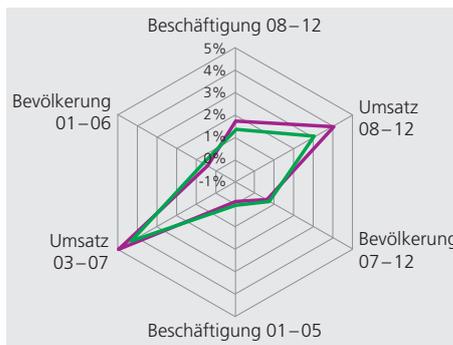
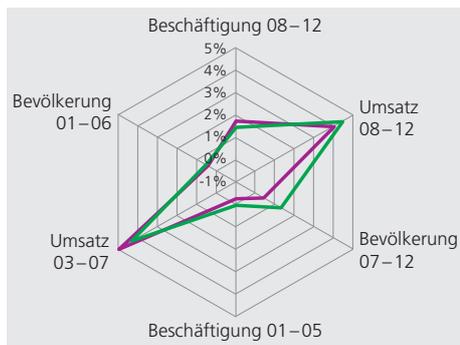
— Ostschweiz
— Kanton

St.Gallen

Die Ostschweiz und mit ihr der «bestimmende» Kanton SG rechnen mit einer durchaus erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung, auch wenn das Umsatzwachstum hinter der vergangenen Periode zurück liegen dürfte.

Appenzell Ausserrhoden

Ausserrhoden schöpft Mut: Die Abnahme der Bevölkerung soll zum Stillstand kommen. Nach dem Einbruch bei den Arbeitsplätzen hofft man in den kommenden Jahren mit dem Ostschweizer Durchschnitt Schritt zu halten.



Appenzell Innerrhoden

Die Innerrhoder Wirtschaft rechnet mit einem überdurchschnittlichen Umsatzanstieg. Zudem ist von einem relativ hohen Bevölkerungswachstum auszugehen.

Thurgau

Die Unternehmen im Kanton Thurgau sind bezüglich Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung zurückhaltender als der Ostschweizer Durchschnitt.

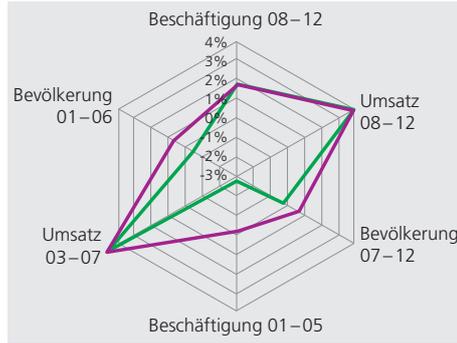
Die Perspektiven der Ostschweizer Regionen

In den folgenden Abbildungen der Ostschweizer Regionen fehlen das Appenzeller Mittelland, das Sarganserland, Diessenhofen, Kreuzlingen und Untersee, weil sich aus diesen Regionen zu wenig Unternehmen an unserer Umfrage beteiligt haben.

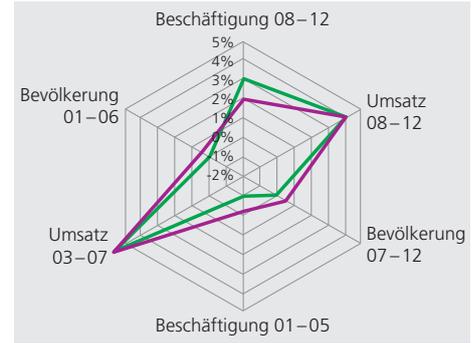
Die violette Linie bildet die Entwicklung der Ostschweizer Wirtschaft ab, während die grüne Linie jeweils die Entwicklung der Region aufzeigt. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der Massstab bei jeder Abbildung der entsprechenden Region angepasst wurde und auch Zuwachsraten im negativen Bereich (kleiner als null) abgebildet werden.

Abbildung 12.5:
Die Perspektiven der
Ostschweizer Regionen
(Veränderungen p. J.)

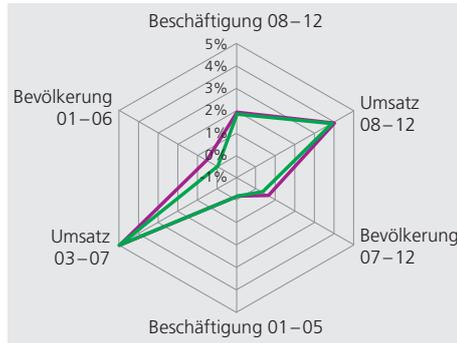
Ostschweiz —
Region —



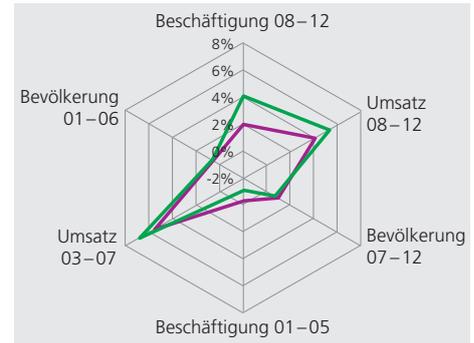
Hinterland



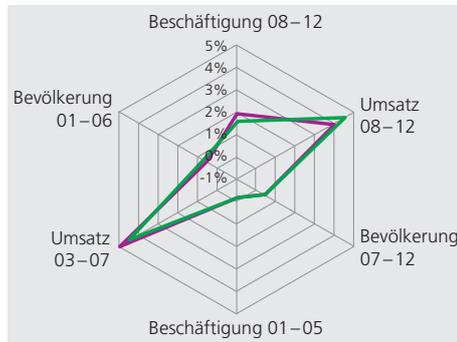
Vorderland



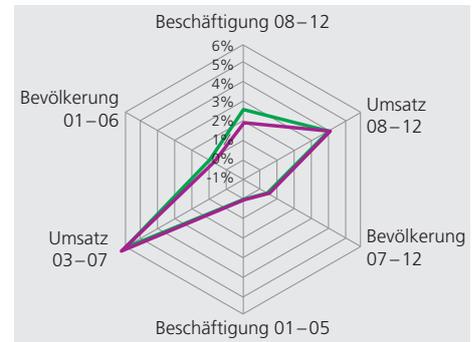
St. Gallen



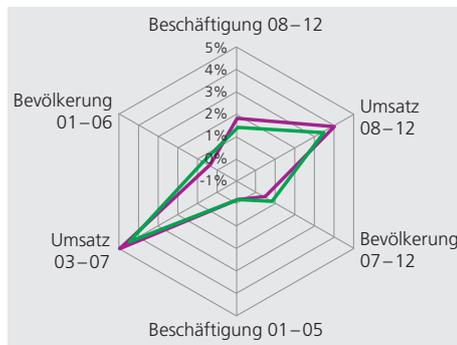
Rorschach



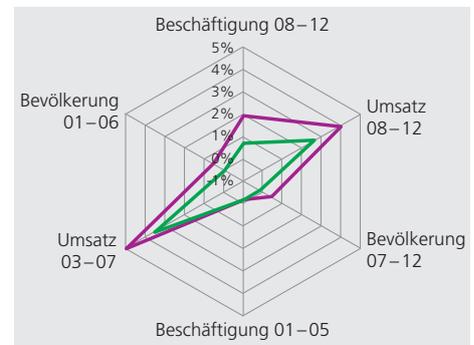
Rheintal



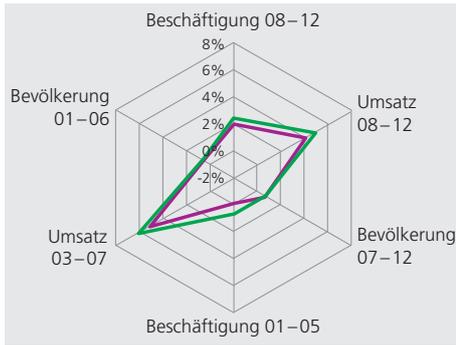
Werdenberg



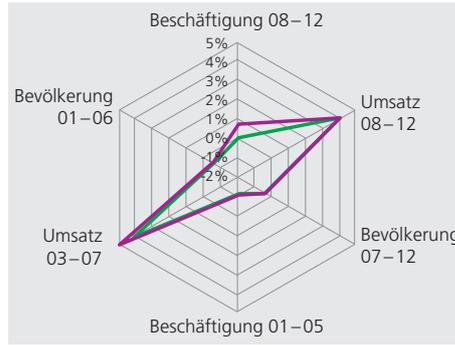
See-Gaster



Toggenburg

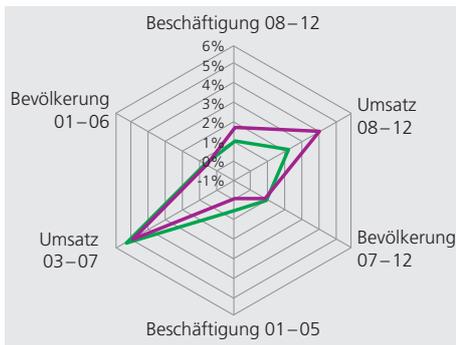


Wil (SG)

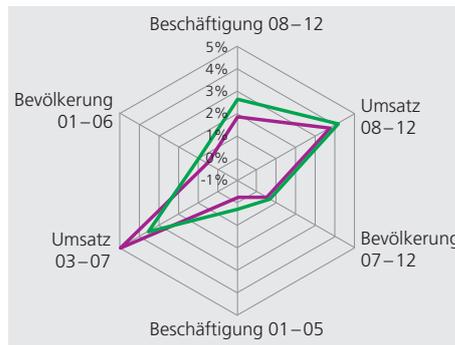


Oberthurgau

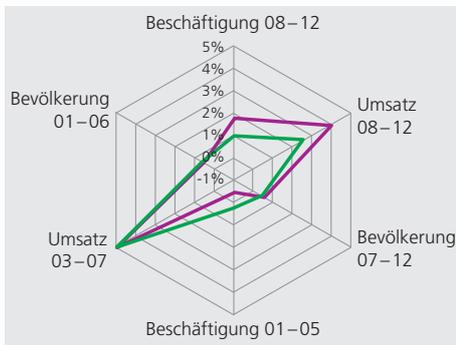
— Ostschweiz
— Region



Frauenfeld



Wil (TG)



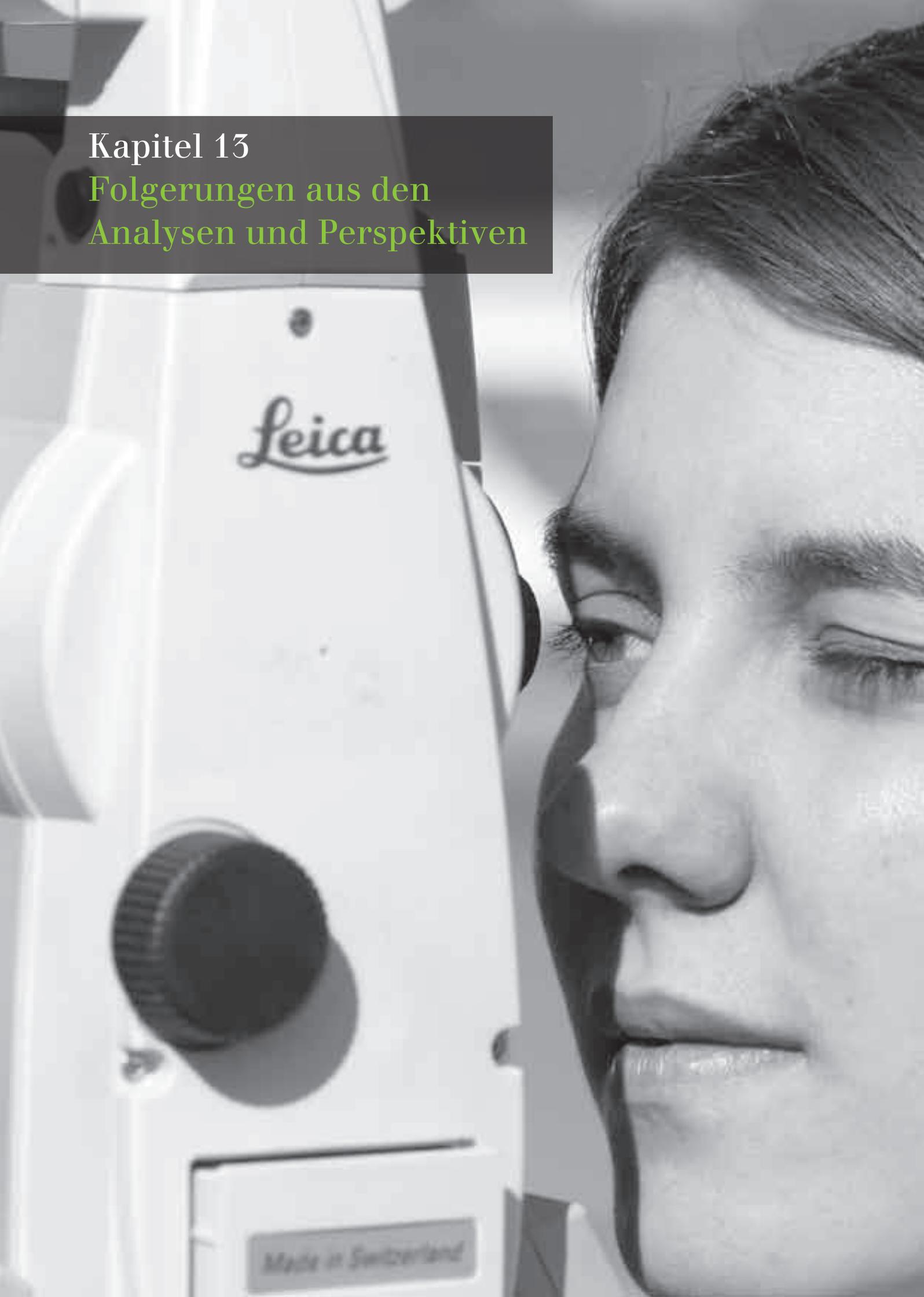
Weinfelden

Rorschach, Wil, AI und Werdenberg sind die Regionen, welche bei unseren Indikatoren für die Periode 2008 bis 2012 zu den besonders erfolgreichen gehören werden. Hauptsächlich dafür verantwortlich ist in Rorschach, Wil und Werdenberg das hohe Umsatz- und Beschäftigungswachstum. AI kann zudem von einem überdurchschnittlichen Zuwachs der Bevölkerung ausgehen. Sollten die Prognosen eintreffen, darf vor allem Rorschach zu den Aufsteigern gezählt werden, litt es doch noch in der Periode 2001 bis 2005 unter einem überdurchschnittlichen Verlust an Arbeitsplätzen.

Das Toggenburg und die drei Ausserrhoder Regionen zierten in der vergangenen Entwicklung den Schluss der Rangliste. Nach eigener Einschätzung dürfte das Toggenburg die rote Laterne behalten, während die Ausserrhoder Unternehmen Plätze gut zu machen hoffen. Die Firmen in **Frauenfeld und Weinfelden** erweisen sich, was die zukünftige Entwicklung angeht, als überaus zurückhaltend.

Kapitel 13

Folgerungen aus den Analysen und Perspektiven



Die Ostschweiz und die Schweiz haben wirtschaftlich erfolgreiche Jahre hinter sich. Dabei wird der aktuelle Aufschwung vor allem von der Industrie getragen. Da der zweite Sektor in der Ostschweiz überdurchschnittlich vertreten ist, fiel das wirtschaftliche Wachstum in unserer Region entsprechend kräftig aus. Die Industrie wurde von einer starken Zunahme des BIP der Welt in Schwung gebracht, als deren Folge sich die Exporte der Ostschweiz besonders dynamisch entwickelten. Als zweites Schwungrad entpuppte sich die Bauwirtschaft. Angetrieben von tiefen Zinsen und relativ moderaten Baulandpreisen in der Ostschweiz boomte der Haus- und Wohnungsbau. Die Dienstleistungsbranchen entwickelten sich ebenfalls erfreulich, wenn auch mit weniger hohen Zuwachsraten. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs stieg zudem die Anzahl Arbeitsplätze, wobei die Zunahmen in der Ostschweiz in den letzten Jahren sogar über dem schweizerischen Mittel lagen. Nicht genug damit: Die Perspektiven bis 2012 werden von den Unternehmensvertretern unserer wichtigsten Branchen als erfreulich beurteilt.

Reformbedarf im Konjunkturhoch

Gefahr: Ostschweizer Wirtschaft in «Champagnerlaune»!

Die Schweizer und die Ostschweizer Wirtschaft befinden sich in «Champagnerlaune». Champagnerlaunen sind aus zwei Gründen gefährlich: Erstens wird der Handlungsspielraum dadurch eingeschränkt (bei 0,5 Promille hört der Spass bereits auf) und zweitens folgt darauf allzu oft eine Katerstimmung. Auch wenn Partykiller – während die Korken knallen – nicht beliebt sind, ist festzuhalten, dass die gefährlichsten Jahre für die Unternehmen die guten Jahre sind: Nichts ist so gefährlich wie der Erfolg. Zu leicht lässt man sich in solch guten Zeiten zum Ausruhen verführen, zu gerne drückt man sich im Hochgefühl vor schmerzhaften Reformen. Viel lieber erhöhen die Unternehmen in solch grandiosen Zeiten die Kapazitäten – «den Promillespiegel» – über das vernünftige Mass hinaus und schieben die strategischen Aufgaben vor sich her.

Was heisst das für die Unternehmenspolitik? Aufgabe von Unternehmen ist es, marktfähige Produkte und Dienstleistungen herzustellen und zu Preisen zu verkaufen, welche Gewinne ermöglichen. Damit diese Aufgabe erfüllt werden kann, müssen die guten Jahre genützt werden, um die Strukturen zu bereinigen und zu optimieren, Investitionen zu tätigen, die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zu erhöhen und das Humankapital auf die Erfordernisse der Zukunft auszurichten.

Mindestens ebenso verlockend wie für Unternehmen ist ein Konjunkturboom für die Politik. Denn welcher Politiker möchte schon in «Champagnerlaune» seinen Wählern unangenehme Wahrheiten verkünden – vor allem im Vorfeld von Wahlen. Aber das Aufschieben von Reformen in guten Zeiten macht diese in späteren, weniger guten Zeiten schwieriger durchsetzbar.

Vier Reformfelder – wie sie sich aus der Analyse ergeben – werden hier angesprochen. Die Schweiz und die Ostschweiz leiden erstens an einem Mangel an Wettbewerb. Am meisten Nutzen bringt die Wirtschaftspolitik der Wirtschaft nämlich dann, wenn sie Bedingungen gewährleistet, die das freie Spiel von Angebot und Nachfrage ermöglichen und den unternehmerischen Entscheidungsspielraum so wenig wie möglich einschränken.

Damit sind wir beim zweiten Reformbedarf: Ein ausufernder Staat bremst das Wachstum. Je weniger nämlich der Staat vorschreibt, je weniger er befiehlt, was zu tun oder zu unterlassen ist, je mehr er auf die individuellen Freiheitsrechte setzt, umso stärker werden Erfinder-, Entdecker- und Unternehmerinstinkte geweckt und umso grösser wird der Kuchen, dessen Stücke auch an die sozial Benachteiligten verteilt werden können. Wie die Vergangenheit zeigt, ist es deutlich schwerer, einen staatlichen Rückzug durchzusetzen, als neue Gesetze, Vorschriften und Verbote aufzustellen. Ein Abbau der Regulierungsdichte und eine Senkung der administrativen Belastungen sind deshalb prioritäre Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Die Forderung nach mehr Wettbewerb bezieht sich nicht nur auf den Binnenmarkt, sondern auch auf die Auslandsmärkte. Der dritte Reformbedarf betrifft denn auch die Öffnung der Märkte. Gerade für die Ostschweiz sind offene Märkte zur Erhöhung des Wohlstands eine Voraussetzung. Denn die Ostschweiz ist aufgrund ihrer Branchenstruktur auf den ungehinderten Zugang zu den Weltmärkten angewiesen.

Ein vierter Reformbedarf ergibt sich in der Strukturpolitik. Mit grosser Vorliebe hätschelt die Politik strukturschwache Regionen und Branchen. Der Staat sollte sich aber davor hüten, den Strukturwandel zu behindern oder Massnahmen zur Bewältigung von Strukturkrisen zu ergreifen, die, einmal eingeführt, kaum mehr abzuschaffen sind (z.B. Bonny-Beschluss). Strukturbrüche lassen sich am besten dadurch vermeiden, dass bestehende Marktschutz- und Marktschranken abgebaut werden. Denn verzögerte Marktöffnungen führen zu verpassten Chancen. Gänzlich abzulehnen sind einzelbetriebliche Förderungen und eine branchenspezifische Industriepolitik.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich folgende generellen Anliegen:

- **Mehr Wettbewerb:** Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erhöht die wirtschaftliche Dynamik.
- **Offene Märkte:** Die Ostschweiz gehört zu den grossen Profiteuren der Globalisierung. Unsere Wirtschaft braucht den ungehinderten Zugang zu den Weltmärkten.
- **Hoher Entscheidungsspielraum:** Nur wer entscheiden kann, kann Verantwortung übernehmen. Nur wer Verantwortung übernimmt, hat die Freiheit, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Je grösser die Freiheit, desto grösser die Innovationskraft – von Unternehmen und Privatpersonen.
- **Aufschwung als Reformchance nutzen¹:** Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung ist als Reformchance zu nutzen, sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Unternehmenspolitik.

Trotz vieler Gründe zur Freude haben unsere Analysen gezeigt, dass die Ostschweiz bei einigen Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinkt. Auf der Basis der Analysen und Perspektiven lassen sich folgende Zielsetzungen ableiten:

Ziele der Wirtschaftspolitik

Erstens: Einkommen erhöhen

Es muss ein Ziel der Ostschweiz sein, eine über dem Landesdurchschnitt liegende Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums zu erreichen, damit die Einkommen steigen und Arbeitsplätze erhalten oder neue geschaffen werden können.

Das Volkseinkommen pro Einwohner liegt in allen vier Ostschweizer Kantonen nach wie vor unter dem schweizerischen Durchschnitt. Hauptgrund dafür sind die Unternehmensgewinne. Sie fallen bei uns besonders tief aus, weil die Ostschweiz weder bevorzugter Sitz von grossen multinationalen Gesellschaften noch von Holdinggesellschaften ist.

Beim Einkommen der Haushalte konnten unsere Kantone seit 1990 gegenüber dem Landesmittel zwar Boden gut machen, ein Rückstand bleibt bestehen. Dieser Rückstand ist insofern zu relativieren, als tiefere Mieten und Krankenkassenprämien sowie im Allgemeinen tiefere Lebenshaltungskosten diese Einkommenslücke kompensieren.

¹ Vgl. Frank Bodmer, Aufschwung als Reformchance, a.a.O.

Regional betrachtet sind beim Volkseinkommen pro Einwohner See-Gaster, Frauenfeld und das Appenzeller Mittelland führend. Einen Rückstand weisen insbesondere das Toggenburg und das Sarganserland auf.

Die Ostschweizer Unternehmen gehen bis 2012 von einer guten Entwicklung aus, auch wenn die Zuwachsraten der letzten Periode ihrer Ansicht nach nicht mehr erreicht werden. Die Befragung der Unternehmen hat grosse regionale und auch kantonale Unterschiede ergeben. Zudem haben die Arbeitgeber erkannt, dass sie selbst und die Kantone einige Hausaufgaben zu lösen haben, damit ihre Wachstumsprognosen Realität werden.

Das Wirtschaftswachstum wird durch das Arbeitsangebot und die Produktivität bestimmt. Einem Wachstum des Arbeitsangebotes sind längerfristig schon allein aus demografischen Gründen enge Grenzen gesetzt. Dauerhaftes Wachstum muss sich damit vor allem auf ein Wachstum der Produktivität stützen, welche am wirksamsten durch eine Stärkung des Wettbewerbs erhöht werden kann.

Zweitens: Abwanderung stoppen

Die Bevölkerung in der Ostschweiz hat zugenommen – wenn auch unterdurchschnittlich. Nachdenklich stimmt aber das Resultat der näheren Analyse der Bevölkerungsentwicklung. Untersucht man die Quellen der Bevölkerungsveränderung, stellt man nämlich fest, dass mehr Personen aus der Ostschweiz in andere Kantone abwandern, als von diesen zuwandern. Das Wachstum der Bevölkerung hat also andere Gründe: Eine starke Zuwanderung aus dem Ausland und ein Geburtenüberschuss machen die Abwanderung in andere Kantone mehr als wett.

Dabei ist der negative Saldo der Binnenwanderung auf SG und AR zurückzuführen. AR ist seit vielen Jahren einem besonders hohen Abwanderungsdruck ausgesetzt. In den Kantonen TG und AI ist hingegen auch eine positive Binnenwanderung festzustellen.

Regional betrachtet mussten das Appenzeller Hinter- und Vorderland und das Toggenburg sogar einen Bevölkerungsrückgang in Kauf nehmen. Auch die Bevölkerungsperspektiven für diese Regionen sind unbefriedigend. Hingegen war Zügeln nach Kreuzlingen, Wil, Diessenhofen, See-Gaster und Werdenberg in den letzten Jahren besonders «in».

Die Anzahl Erwerbstätiger ist für das Wirtschaftswachstum – wie schon erwähnt – eine wichtige Quelle. Aus demografischen Gründen muss in absehbarer Zukunft mit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung gerechnet werden. Eine starke Zuwanderung aus dem Ausland als Kompensation ist aus gesellschaftspolitischen Gründen ein sehr sensibles Thema. Es muss deshalb ein Ziel der Ostschweizer Kantone sein, die Nettoabwanderung in andere Kantone zu stoppen bzw. sie in eine Nettozuwanderung umzuwandeln. Eine Attraktivitätssteigerung der Ostschweiz für die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist dringend notwendig.

Angesichts von vielen Stärken der Ostschweiz als Wohnregion muss man der Frage nachgehen, worin die Gründe für die negative Binnenwanderung liegen. Ist die Steuerbelastung zu hoch, zu wenig Bauland verfügbar, die Verkehrsinfrastruktur ungenügend, die öffentliche Sicherheit gefährdet? Im Bereich der Steuerbelastung kann die Ostschweiz bei mittleren und höheren Einkommen nicht mithalten. Es sind die Kantone SG und TG, welche in diesen Einkommensklassen einen Handlungsbedarf haben. Die Verfügbarkeit von schönem und gut erschlossenem Bauland ist zumindest für einige Regionen und Gemeinden in der Ostschweiz eindeutig ungenügend. Auch die Verkehrsinfrastruktur lässt in gewissen Regionen zu wünschen übrig. Die öffentliche Sicherheit ist in der Wahrnehmung vieler auch in der Ostschweiz – und sogar in einigen ländlichen Gemeinden – stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Drittens: Stärken stärken

Die Ostschweiz hat eine Reihe von Stärken vorzuweisen: Aus- und Weiterbildung (mit HSG und FHO gutes Umfeld für Forschungszusammenarbeit, internationale Schulen), wettbewerbsfähige Industriebranchen mit einem bedeutenden MEM-Cluster (zusammen mit Liechtenstein, Vorarlberg und Baden-Württemberg), Stadt St.Gallen als wichtiges regionales Zentrum, hohe Lebensqualität, gesunde Staatsfinanzen usw.

Es muss der Ostschweiz gelingen, sich aus der Masse von anderen Regionen herauszuheben und eine gewisse Einzigartigkeit zu erreichen. Dazu ist eine Fokussierung auf die Stärken erfolgversprechend. Der Weg zum Erfolg der Ostschweiz führt über eine Fokussierung auf folgende wesentlichen Stärken:

- **Industrie:** Für die Zukunft der Ostschweiz ist es entscheidend, die Rahmenbedingungen für die Industrie so zu verbessern, dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten weiter ausbauen kann.
- **Bildung:** Die relativ gute Ausgangssituation in der Bildungslandschaft muss genutzt werden, um den Vorsprung auszubauen und der Wirtschaft das erforderliche Humankapital in entsprechender Qualität zur Verfügung stellen zu können.
- **St.Gallen:** Die Stadt und die Agglomeration St.Gallen sind zu stärken, so dass ihre Bedeutung als regionales Beschäftigungs- und Kulturzentrum weiter ausgebaut werden kann. Auch die Attraktivität als Einkaufs- und Freizeitort ist zu erhöhen.

Trotz aller Stärken der Ostschweiz ist ihr Potenzial als Unternehmens- und Wohnstandort also noch keineswegs ausgeschöpft und entwicklungsfähig. Reformen, welche die Stärken nachhaltig noch besser zur Geltung bringen, sind Notwendigkeit und zugleich Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum.

Kapitel 14

Empfehlungen



Die Folgerungen aus den Analysen und den Perspektiven haben gezeigt, dass die Ostschweiz den Aufschwung als Reformchance nutzen muss. So ist eine weitere Öffnung der Märkte anzustreben, um den Zugang zu den Weltmärkten sicherzustellen und zu verbessern. Mehr Wettbewerb ist notwendig, um die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen. Und um die Innovationskraft zu stärken, sind die Entscheidungsspielräume der Unternehmen zu erweitern.

Eine erfolgreiche Standortförderung muss sich in der Ostschweiz angesichts des demografischen Wandels, des Mangels an gut ausgebildeten Fachkräften und der negativen Binnenwanderung vermehrt auf die Erhöhung der Attraktivität als Wohnort konzentrieren. Das heisst aber auch, dass sie sich nicht auf eine Wirtschaftspolitik im engen Sinne beschränken kann, sondern verstärkt auch z.B. Wohnbedingungen oder Kultur mit einzubeziehen hat.

Eine Wirtschaftspolitik zur Ausschöpfung und Steigerung des Potenzialwachstums der Ostschweiz besteht aus folgenden Strategieelementen:

- **Mehr Wettbewerb:** offene Märkte, Liberalisierung im Binnenmarkt, mehr Markt in der Bildung und im Arbeitsmarkt.
- **Weniger staatliche Belastungen:** administrative Aufwendungen kürzen, Steuerattraktivität erhöhen.
- **Verbesserung der übrigen Rahmenbedingungen:** Bildungsstandort stärken, öffentliche Sicherheit erhöhen, Verfügbarkeit von Grundstücken und Immobilien sicherstellen, Lösung des Problems der Zentrumslasten, Fokussierung und Konzentration in der naturwissenschaftlich-technischen Aus- und Weiterbildung, MEM-Cluster fördern.

Dabei ist zu beachten, dass es *die* Ostschweiz gar nicht gibt. Nicht nur die Kantone sind sehr heterogen. Auch die Regionen, insbesondere innerhalb des Kantons St.Gallen, unterscheiden sich sehr stark voneinander. Selbstverständlich muss die Wirtschaftspolitik nicht nur für die Ostschweiz und ihre Kantone, sondern auch für einzelne Regionen massgeschneidert werden. Auf diesen Differenzierungsgrad können wir in den folgenden Ausführungen allerdings nicht eintreten.

Wettbewerb

Die Konjunktur der Schweiz läuft dank dem Motor der Exportwirtschaft gut, während die Binnenwirtschaft hinterher hinkt. Die exportorientierte Wirtschaft – neben der Industrie vor allem die Finanzdienstleistungen – muss sich im internationalen Wettbewerb bewähren. Die Binnenwirtschaft – die Landwirtschaft und der Grossteil der Dienstleistungen – ist dagegen vor diesem internationalen Wettbewerb geschützt. Hinzu kommt, dass im Binnenmarkt eine Vielzahl von Regulierungen den Wettbewerb zusätzlich behindert.

Auf Basis von diversen Beispielen aus liberalisierten Bereichen des Binnensektors ist zu vermuten, dass Wettbewerb die Dynamik einer Branche entscheidend erhöht. Beispiele sind die Liberalisierung der Telekommunikation oder diejenige der Gaststätten. Im Detailhandel hat der bereits erfolgte oder bevorstehende Markteintritt von ausländischen Anbietern wie Aldi und Lidl zu einer Belebung des Wettbewerbs, zu sinkenden Preisen und zu einer steigenden Produktivität geführt.

Offene Grenzen

Offene Grenzen sind gerade für die Ostschweiz zentral. Die Industriebetriebe sind auf einen möglichst reibungslosen Güterverkehr über die Zollgrenze mit der EU angewiesen. In der heutigen Welt der Just-in-time-Produktion sind sowohl die schnelle Lieferung an den Kunden als auch der schnelle Bezug von Vorleistungen absolut zentral. Bereits jetzt bestehen Probleme wegen kurzer Öffnungszeiten der Zölle, Wartezeiten und umfangreicher Formalitäten beim

Grenzübertritt¹. Die Situation könnte sich stark verschlimmern, nämlich dann, wenn die EU auf einer 24-stündigen Voranmeldung der Güter bestehen sollte, wie sie sie für ihre Aussengrenzen einführen will. Neben zusätzlichen Kosten würde dies eine weitere Verzögerung bei der Lieferung verursachen, welche dem Werkplatz Schweiz grossen Schaden zufügen würde. Diese neue Regulierung ist damit unbedingt zu vermeiden. Zusätzlich sollte die Schweiz mindestens auf längere Öffnungszeiten einzelner Zölle und vereinfachte Formalitäten hinwirken.

Liberalisierung des Binnenmarktes

Die Liberalisierung des Binnenmarktes ist auf gutem Weg. Kantonale Schranken bei der Ausübung von freien Berufen sind im Zuge der bilateralen Verträge endlich gefallen. Das Wettbewerbsrecht wurde verschärft, und die Wettbewerbskommission hat heute deutlich griffigere Waffen im Kampf gegen Kartelle als noch vor zehn Jahren. Zudem wird auf Bundesebene eine Angleichung der Zulassungsbedingungen von Produkten diskutiert, welche unterschiedliche Standards zwischen der Schweiz und der EU eliminieren würde (Cassis-de-Dijon-Prinzip). Weitere Schritte müssen bei den Netzwerksektoren (Strom, Gas, Wasser, Post und Bahnen) folgen. Hier stockt die Liberalisierung aufgrund einer Blockade rund um die Service-Public-Debatte.

Ladenöffnungszeiten

Die Benutzung von Läden zu Randzeiten entspricht einem klaren Bedürfnis der Kundschaft, wie der Erfolg von Tankstellenshops und Läden in Bahnhöfen und Flughäfen zeigt. In der modernen Konsumgesellschaft ist Einkaufen zudem eine wichtige Freizeitbeschäftigung. Die Flexibilisierung der Öffnungszeiten ermöglicht den Konsumenten dann einzukaufen, wenn sie «freie Zeit» haben. Die bisherige Simultanität von Büro- und Ladenöffnungszeiten steht dem klar entgegen. So konnte der Kanton Appenzell-Innerrhoden mit seiner Abschaffung der Vorschriften zu den Ladenöffnungszeiten Konsumenten aus der weiteren Region anziehen und seine Attraktivität für Touristen erhöhen, was auch dem lokalen Gewerbe zugute kommt.

Empfehlung «Ladenöffnungszeiten»: Aufhebung der Vorschriften zu Ladenöffnungszeiten in allen Ostschweizer Kantonen.

Abbau von administrativen Belastungen

Die Kantone der Ostschweiz schneiden in verschiedenen Untersuchungen zum Aufwand und zu den Kosten der administrativen Belastungen sowohl im Vergleich zu den anderen Kantonen als auch im Vergleich zum Ausland relativ gut ab². Allerdings besteht zusätzlich noch eine Vielzahl von Vorschriften im Bereich des Bau-, des Planungs- und des Umweltrechtes. Dies führt dazu, dass die Schweiz bei umfassenderen Indikatoren für die administrative Belastung eher schlecht abschneidet³. So überrascht es nicht, dass diese Belastungen ein Dauerbrenner auf dem politischen Parkett sind. Dazu trägt auch eine laufende Zunahme der Vorschriften bei, welche durch das Anwachsen der öffentlichen Aufgaben, juristische Unklarheiten, unklare Kompetenzen, das Vermeiden von Risiken und die Zunahme von Normen und Regulierungen verursacht wird.

Der Kanton St.Gallen hat im Jahr 2004 zur Beantwortung eines Postulates «Belastende Administration für KMU» ein Projektteam eingesetzt, welches in Zusammenarbeit mit der IHK

¹ Dokumentiert in Ruedi Minsch und Peter Moser, Zollunion. Alternative zum EU-Beitritt, Zürich/Chur, Rüegger Verlag, 2006.

² So hat ein KMU in SG rund 44 Stunden pro Monat für administrative Belange einzusetzen, in ZH 79 und in Deutschland 121.

Vgl. Christoph A. Müller, Administrative Belastungen von KMU im interkantonalen und internationalen Vergleich, Bern, Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit, 1998.

³ Paul Conway, Veronique Janod und Giuseppe Nicoletti, Product Market Regulation in OECD Countries: 1998 to 2003, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 419, Paris, 2005.

St.Gallen-Appenzell und dem Kantonal St.Gallischen Gewerbeverband sowie direkt betroffenen Unternehmen Massnahmen zur Reduktion der Belastungen erarbeitete. Miteinbezogen wurde auch eine Umfrage der IHK zur Beurteilung der Zweckmässigkeit von verschiedenen Massnahmen. Die Ergebnisse dieses Berichtes⁴ verdeutlichten, dass Handlungsbedarf besteht. In der Antwort der Regierung auf das Postulat wurden folgende Massnahmen vorgeschlagen: Einsatz eines zentralen, elektronischen Eingangsportals, Beschleunigung von Bewilligungsverfahren bei Neu- und Umbauten, Einsatz elektronischer Medien zur Erhöhung der Transparenz von Verfahren, Einsatz eines KMU-Forums, Einsatz eines KMU-Tests, Stärkung des Verhältnismässigkeitsprinzips, verstärkte Einflussnahme der Regierung bei Vernehmlassungen des Bundes.

Wie die Interviews der HSG-Studierenden zu den unternehmerischen Herausforderungen heute und morgen⁵ im Rahmen dieser Studie gezeigt haben, beeinträchtigen die administrativen Belastungen auch im Jahr 2007 die Gemütsverfassung der KMU. Über 40 KMU von total 124 Befragten orten den dringenden Handlungsbedarf der Wirtschaftspolitik im Abbau von administrativen Belastungen. Es stellen sich vor allem folgende Fragen: Wird erstens mit den Vorschriften, welche zu den Belastungen führen, der verfolgte Zweck überhaupt erfüllt, und wird er zweitens effizient erfüllt?⁶ Der Staat befindet sich diesbezüglich auf einer Gratwanderung, bei der Kosten der Regulierung den tatsächlichen Nutzen nie übersteigen dürfen⁷.

Empfehlungen an die Kantone⁸

1. Weil die grössten Problemfelder für die Unternehmen im Zusammenhang mit Bundesrecht entstehen, ist es zentral, dass sich die Kantone darauf konzentrieren, nach weniger aufwändigen Vollzugsmechanismen zu suchen, bei denen die Verhältnismässigkeit gegeben ist. Zudem ist eine verstärkte Einflussnahme der Kantone auf die Willensbildung des Bundes notwendig, beispielsweise durch den Einsatz des kantonalen KMU-Forums.
2. Verhältnismässigkeit bedeutet auch, dass vorhandene Regelungen, die gewisse Entscheidungsspielräume aufweisen, zu Gunsten der Wirtschaft ausgelebt werden. Ein Umdenken der Verwaltung ist dringend nötig, tendieren doch zahlreiche Ämter und Stellen dazu, alles bis ins Detail regeln zu wollen – Perfektionismus nach typischer Ostschweizer Manier. Auflagen, deren Sinn für die Unternehmen nicht erkennbar ist, sind immer wieder Auslöser von ungunstigen Gefühlen gegen staatliche Interventionen. Die Verhaltensmuster in der Verwaltung sind darauf auszurichten, der Eigenverantwortung mehr Gewicht beizumessen und damit die Handlungsfreiheit der Unternehmen zu erhöhen.
3. Überprüfung der Bewilligungsverfahren auf ihre Tauglichkeit – mit dem Ziel, Bewilligungen abzuschaffen oder die Verfahren zu optimieren (E-Simplification). Insbesondere sind Ausnahmen und Sondertatbestände zu reduzieren.
4. Bei Bewilligungsverfahren ist die Zusammenarbeit der beteiligten Ämter zu verbessern, so dass – wie uns immer wieder von Mitgliedern berichtet wird – widersprüchliches Verhalten ausgeschlossen werden kann.
5. Das Verhandeln mit den verschiedenen Ansprechpartnern aus diversen Ämtern wird von den Unternehmen als äusserst mühsam empfunden. Zu prüfen ist deshalb der Einsatz von «Case Managern», die ein Unternehmen fallweise von A bis Z begleiten.

⁴ Vgl. Peter Eisenhut, Wo drückt die KMU der Schuh?, Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell, 2005.

⁵ Vgl. Universität St.Gallen und IHK St.Gallen-Appenzell, Integrationsseminar 2007, Unternehmerische Herausforderungen heute und morgen aus Sicht der KMU der Ostschweiz.

⁶ Vgl. Urs Fueglistaller, Alexander Fust, Simon Federer, Kleinunternehmen in der Schweiz – dominant und unscheinbar zugleich, Universität St.Gallen, BDO Visura, 2007.

⁷ Urs Fueglistaller, Jasmin Schiesser, Simon Federer, Administrative Belastungen von Kleinunternehmen, Universität St.Gallen, BDO Visura, 2007.

⁸ Vgl. Urs Fueglistaller, Jasmin Schiesser, Simon Federer, a.a.O., S. 26 f.

Empfehlungen an die Unternehmer⁹

1. Die Klagen der Unternehmer über die administrativen Belastungen sind meistens von sehr allgemeiner Art und Weise. Die Unternehmer sollten sich bewusst bemühen, ihre Probleme so genau wie möglich zu beschreiben und ihre Anliegen der IHK, dem KMU-Forum oder direkt der Verwaltung mitzuteilen.
2. Im Zusammenhang mit den Interventionen der Unternehmer ist auch zu erwähnen, dass administrative Belastungen nicht nur von der Verwaltung, sondern auch von den Berufs- und Branchenverbänden ausgehen. Die Unternehmer sind deshalb aufgefordert, die Aktivitäten ihrer Verbände zu beobachten und wenn nötig bei diesen zu intervenieren.

Revisionsbedarf im Bau-, Planungs- und Umweltrecht¹⁰

Neue Investitionen bedingen oft neue Bauten. Diese wiederum werden durch die Regulierung im Bau-, Planungs- und Umweltrecht erschwert. Der Strukturwandel in der Wirtschaft bringt es zudem mit sich, dass immer mehr «Industriebrachen» entstehen, für welche eine neue Nutzungsmöglichkeit gesucht wird. Sobald aber eine Umnutzung von Liegenschaften geplant wird, gelangen im Rahmen des Bewilligungsverfahrens sehr viele Planungs-, Bau-, Umweltschutz-, Brandschutz- und Arbeitnehmerschutzvorschriften zur Anwendung. Die daraus entstehenden komplexen Verfahren stellen sowohl die Unternehmen als auch die Behörden vor grosse Herausforderungen und lösen einen hohen Zeitaufwand aus.

Empfehlung «Liberales Baugesetz»: Im Kanton St.Gallen steht gegenwärtig die Revision des Baugesetzes an. Diese Chance gilt es zu nutzen: Mit einem sehr liberalen Baugesetz kann sowohl die Attraktivität als Wohn- und auch als Arbeitsort gefördert werden.

Empfehlung «Umnutzungen erleichtern»: Die Umnutzung industriell oder gewerblich genutzter Liegenschaften ist durch folgende Massnahmen zu erleichtern. Im Brand- und Arbeitnehmerschutz sind zu einengende und zu detaillierte Vorschriften und Auflagen abzuschaffen. Im Arbeitsgesetz ist für die Plangenehmigungspflicht eine Bagatellgrenze von 20 Beschäftigten einzuführen und anstelle der Bewilligungspflicht ist die Einführung einer Meldepflicht des Eigentümers zu prüfen. Damit der Bauherr möglichst rasch zu einer verbindlichen Entscheidung gelangt, sind die Koordination der Verfahren und der Erlass der Verfügung einer einzigen Instanz im Kanton zu übertragen.

Empfehlung «Sondernutzungspläne vereinfachen»: Entweder reduziert die Verwaltung ihre Anforderungen an die Konkretisierung der Sondernutzungspläne oder der Gesetzgeber umschreibt abschliessend, welche Eckwerte diese mindestens enthalten müssen. Die Gemeinden erhöhen für Zentrums-Gebiete in den Baureglementen die Nutzungsfläche, schaffen die Ausnützungsziffer ab oder ersetzen sie durch flexiblere Instrumente.

Empfehlung «Zumutbare Brandschutzmassnahmen»: Die Brandschutzmassnahmen müssen für den Betrieb zumutbar sein und die Kosten in einem vernünftigen Verhältnis zur Wirksamkeit stehen. Bei diesen Erwägungen muss auch die Wahrscheinlichkeit des Schadenereignisses berücksichtigt werden.

⁹ Vgl. Urs Fueglistaller, Jasmin Schiesser, Simon Federer, a.a.O., S. 27 f.

¹⁰ Dieser Abschnitt stützt sich auf den Bericht einer Arbeitsgruppe aus der Verwaltung und der Wirtschaft unter Federführung der IHK, Verfasser Hubertus Schmid.

Sozialsystem und Arbeitsmarkt

Staatliche Regulierungen behindern nicht nur den Wettbewerb auf den Gütermärkten, sie beeinträchtigen auch die Arbeitsanreize. Ein garantiertes Ersatzeinkommen – über Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe – reduziert den Anreiz, selber zu arbeiten. Bei der Invalidenversicherung und bei der Arbeitslosenversicherung ist der Zugang über Bedingungen eingeschränkt. Neben dem Vorliegen des versicherten Schadensfalls – Arbeitslosigkeit oder Invalidität – treten vermehrt auch Bedingungen zur Teilnahme an Wiedereingliederungsprogrammen. Während diese bei der Arbeitslosenversicherung bereits Tradition haben, so wurden sie bei der IV erst kürzlich mit der 5. IV-Revision eingeführt. Bei der Sozialhilfe gilt dagegen nach wie vor als einzige Bedingung die Bedürftigkeit. Wiedereingliederungsmassnahmen sind keine Bedingung für den Leistungsbezug.

Angesichts grosszügiger Leistungen und wenig restriktiver Bedingungen überrascht es nicht, dass die Zahl der Leistungsbezüger in den letzten 15 Jahren stark zugenommen hat. Die Kosten dieser Programme sind entsprechend gestiegen, was zu einer Erhöhung von Sozialabgaben und Steuern geführt hat. Dadurch werden die Arbeitsanreize der verbleibenden Erwerbstätigen weiter geschwächt. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass auch in der Schweiz eine Tendenz zur Einführung von Minimallöhnen besteht. Neben den Gesamtarbeitsverträgen ist hier vor allem auf die flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit hinzuweisen. Die Kombination von hohen Mindestlöhnen und grosszügigen Sozialleistungen kann dazu führen, dass ein grosser Teil der weniger qualifizierten Erwerbsfähigen aus dem Arbeitsmarkt fällt.

Gefahr durch flankierende Massnahmen

Das Ziel der flankierenden Massnahmen ist die Vermeidung von sinkenden Löhnen durch die gehäufte Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Wie die aktuellen Untersuchungen des Seco belegen, lässt sich heute weder in der allgemeinen noch in der branchenspezifischen Lohnentwicklung ein lohndämpfender Effekt durch die Personenfreizügigkeit feststellen. Dies bestätigten auch die aktuellen Zahlen in St.Gallen. In den vergangenen achtzehn Monaten wurden lediglich vier Unternehmen wegen zu tiefer Löhne gebüsst, alle übrigen Sanktionen betrafen Fehler bei der Erfüllung der Meldepflicht.

Problematisch ist, dass die Überwachung des Arbeitsmarktes im Rahmen der flankierenden Massnahmen von den tripartiten Kommissionen tendenziell zu einer allgemeinen Arbeitsmarktkontrolle ausgebaut wird. Sie führen damit über die Hintertüre Minimallöhne ein. Probleme im Vollzug ergeben sich auch im grenznahen Verkehr. Dienstleistungserbringer aus dem Vorarlberg müssen ihre Tätigkeit acht Tage vor Arbeitsbeginn melden. Diese Frist, die mit Blick auf Behandlung von Gesuchen aus den neuen EU-Ländern erlassen wurde, behindert den grenznahen Verkehr. Kurzfristige Aufträge können kaum mehr gesetzeskonform ausgeführt werden. Die Beeinträchtigung der grenzüberschreitenden, regionalen Zusammenarbeit durch administrative Vorschriften belastet die Wettbewerbsfähigkeit der grenznahen Kantone.

Empfehlung «Masshaltung bei den flankierenden Massnahmen»: Die flankierenden Massnahmen sind nur auf Fälle anzuwenden, wo es aufgrund Personenfreizügigkeit zu einer Senkung der branchenüblichen Löhne kommen könnte. In Branchen, in denen kein Zusammenhang zwischen den Bewegungen im Arbeitsmarkt und der Personenfreizügigkeit festgestellt werden kann, ist die Arbeitsmarktüberwachung durch die tripartiten Kommissionen zu sistieren. Die Regierungen der Ostschweizer Kantone setzen sich dafür ein, dass im Rahmen der Personenfreizügigkeit Sonderbestimmungen (reduzierte Meldepflichten, kürzere Fristen) für die Dienstleistungserbringer im grenznahen Verkehr erlassen werden.

Eine neue Basis für die Sozialhilfe

Bei der Sozialhilfe besteht auch in der Ostschweiz Handlungsbedarf. Das Niveau der Fallzahlen liegt zwar deutlich unter dem schweizerischen Mittel, der Anstieg fiel aber auch in der Ostschweiz kräftig aus. Es ist zu befürchten, dass es sich um einen Trend handelt, der nicht einfach durch einen konjunkturellen Aufschwung gebrochen werden kann. Nötig sind neue Ansätze, welche den Anreiz zu einem Bezug von Sozialhilfe reduzieren. Die Hilfe soll nur noch an die wirklich Bedürftigen gehen und die Wiedereingliederung ins Zentrum rücken.

Empfehlung «Verbesserung Arbeitsanreize bei der Sozialhilfe»: Die verantwortlichen Stellen prüfen, wie die Ostschweiz den vorhandenen Spielraum bei der Sozialhilfe nutzen könnte. Ziel muss ein Sozialhilfesystem sein, welches die Eigenverantwortung stärkt und die Arbeitsanreize verbessert.

Verbesserung der öffentlichen Sicherheit

Das subjektive Empfinden über die öffentliche Sicherheit hat in den letzten Jahren gelitten. Nicht nur in den Zentren, sondern auch in ländlichen Gebieten der Ostschweiz häufen sich die Gewalttaten, und die Brutalität steigt. Sicherheit ist aber ein wesentlicher Faktor für die Beliebtheit einer Region als Wohn- und Arbeitsort.

Empfehlung «Verbesserung der öffentlichen Sicherheit»: Um die öffentliche Sicherheit zu verbessern, sind die Polizeipräsenz und deren Handlungsspielraum an den neuralgischen Stellen zu erhöhen und die Strafverfolgung zu optimieren. Die Aufgabenteilung zwischen Kantonen und Gemeinden sowie die Organisation der Polizei und der Behörden sind zu überprüfen und den neuen Erfordernissen anzupassen. Die Kosten von Sachbeschädigungen bei Randalen sind konsequent den verursachenden Gruppierungen zu belasten.

Bildungslandschaft: Die Fahrt im Dunkeln

Wer stimmt nicht zu: Bildung, Forschung und Innovation sind wichtige Grundlagen für die Entwicklung der Wirtschaft. Wohlstand und Wachstum sind eng verbunden mit der Verfügbarkeit von gut und bestens ausgebildeten Leuten.

Misst man die Innovationskraft und den Aufwand für Forschung und Entwicklung, können wir uns zu Recht als investitionsfreudig bezeichnen. Beim Aufwand für die Ausbildung finden wir uns sogar in den vordersten Rängen aller Länder der Welt wieder. Und trotzdem mag nicht so recht Freude herrschen, denn ein hoher Input bedeutet nicht automatisch einen erstklassigen Output. Die reichlichen Mittel scheinen nicht besonders effizient eingesetzt zu werden. Denn trotz des spitzenmässigen Aufwandes liegt die Schweiz bei Erhebungen zum Bildungsstand zwar ziemlich weit vorne, aber eben nicht an der Weltspitze. Auch beim Bildungswettbewerb holt die Konkurrenz auf oder hat uns bereits überholt.

«Der Bildungssektor hat ähnliche Mängel wie das Gesundheitswesen: Beide Bereiche erbringen umfangreiche Leistungen, die für die Menschen zentral, ja lebenswichtig sind, und beide sind weitgehend staatliche Domänen, stellen also eine Art marktwirtschaftliches Vakuum dar. Wenn man sich vorstellt, dass im Schweizer Bildungswesen Millionen von Menschen jedes Jahr über den Einsatz Dutzender von Milliarden von Franken entscheiden, ohne dass sie sich

dabei gross an Signalen einer erwarteten Nachfrage, Rendite oder an anderen Marktkräften orientieren können, kommt unwillkürlich der Gedanke an ein Auto auf, das ohne Licht mit hoher Geschwindigkeit durch die Dunkelheit fährt.»¹¹

Wie also ist die Effizienz in der Bildung zu verbessern? Die Antwort liegt auf der Hand: durch den Einbau von Wettbewerbselementen.

Auf der Primär- und Sekundärstufe unseres Bildungssystems ist das «marktwirtschaftliche Vakuum» allgegenwärtig. Die Schulen finanzieren sich über Steuergelder, unabhängig von der Qualifikation ihrer Abgänger. Sie haben keinen expliziten Anreiz, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot bereitzustellen, und auch die Lehrpersonen werden kaum aufgrund ihrer Leistungen entschädigt. Um die Bildungsnachfrager findet kein Wettbewerb statt. Sie haben keine Möglichkeit, die Leistungen der Schulen zu belohnen oder zu bestrafen. Anreize für Qualität fehlen somit praktisch vollständig. Aus ökonomischer Sicht können Wettbewerbselemente die schulischen Strukturschwächen korrigieren.

Allerdings ist Wettbewerb kein Selbstzweck. Das Bildungssystem muss eine gewisse Chancengleichheit gewähren und gesellschaftliche Integrationswirkung entfalten. All dies müsste auch unter einem Wettbewerbsmodell gewährleistet bleiben¹².

Wahlfreiheit einführen und Eigenverantwortung der Schulen stärken

Im bestehenden Schulsystem besteht keine Freiheit, die Schule der Wahl zu besuchen. Die Staatsschule ist insofern ein Fremdkörper in der sozialen Marktwirtschaft, als dass die Konsumentensouveränität missachtet wird. Eine Schulwahlfreiheit hat aus liberaler Sicht einen Eigenwert, weil sie die persönliche Freiheit und den individuellen Entscheidungsspielraum ausdehnt. Zudem ist Bildung grundsätzlich als eine Investition zu verstehen, die später zu höherem Einkommen führt. Damit spielt die Qualität einer Schule und mit ihr die Entscheidungsfreiheit eine zentrale Rolle. Neueste Forschungsergebnisse bestätigen, dass die Ausgaben pro Schüler für die Qualität nebensächlich sind. Vielmehr schneiden jene Länder in den Tests gut ab, die die Rahmenbedingungen richtig setzen. Dazu gehören unter anderem eine grosse Entscheidungsautonomie für die Schulen und eine ausgebaute Wahlfreiheit für die Eltern bei der Schulwahl¹³.

Empfehlung «Wahlfreiheit einführen»: Die zuständigen Stellen der Ostschweizer Kantone arbeiten einen Vorschlag zur Realisierung der freien Schulwahl aus.

Empfehlung «Eigenverantwortung der Schulen stärken»: Die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Schulen ist zu stärken, indem diese im Rahmen eines Qualitätsmanagements für ihr Tun Verantwortung zu tragen haben und für gute Leistungen honoriert werden.

Tagesstrukturen

Die Qualität, das Image und die Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems an neue gesellschaftliche Bedingungen sind im interkantonalen und -regionalen Vergleich ein wichtiger Standortfaktor. Eine Attraktivitätssteigerung der Aus- und Weiterbildung kann deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Umkehr der Nettoabwanderung leisten. Tagesstrukturen und Mittagstische verbessern nämlich die Beschäftigungsmöglichkeiten der Eltern. Die Attraktivität der Ostschweiz als Wohnort – vor allem für hoch qualifizierte Personen – wie auch als Standort für Unternehmen steigt.

¹¹ Zitat aus: Beat Gygi, Neue Zürcher Zeitung vom Samstag/Sonntag, 4./5. August 2007, Nr. 178, S. 21.

¹² Es ist hier nicht der Ort, um diese Diskussion zu vertiefen. Eine ausführliche Darlegung findet sich in: Bildungsoffensive, IHK St. Gallen-Appenzell, 2000, Bericht der Arbeitsgruppe Wettbewerb, Roland Waibel, S. 151 ff.

¹³ Vgl. Eric A. Hanushek, Incentives for Efficiency and Equity in the School System, Referat an der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik, Oktober 2007.

Empfehlung «Tagesstrukturen an den Volksschulen»: Die Ostschweizer Kantone führen gemeinsam mit den Gemeinden flächendeckende Tagesstrukturen inklusive Mittagstische (mit freiwilliger Teilnahme der Schüler und Schülerinnen) an den Volksschulen ein.

Kostengerechte Studiengebühren

Auf der tertiären Bildungsstufe sind die Anreize ebenfalls zu verbessern. Der Nutzen der Ausbildung kommt sowohl dem Individuum als auch der Allgemeinheit zugute. Die Kosten der Ausbildung trägt hingegen fast ausschliesslich die Allgemeinheit. Mit einer Anhebung der Studiengebühren verringert sich nicht nur die Privilegierung der Studierenden zulasten der sich über eine Lehre Aus- und Weiterbildenden, sondern die Ansprüche der Studierenden an eine effiziente Bildung und an eine erfolversprechende Positionierung am Arbeitsmarkt steigen an. Zudem erhalten die Hochschulen Anreize, sich von der Konkurrenz zu differenzieren.

Empfehlung «Höhere Studiengebühren»: Die Studiengebühren sind anzuheben. Dazu ist eine sozialverträgliche Finanzierung des Studiums (z.B. durch zinslose Darlehen) zu gewährleisten.

Strukturreform der Fachhochschule Ostschweiz (FHO)

Die Struktur der FHO ist zu verbessern. Im Rahmen der geltenden Konkordatsvereinbarungen sind die Rektoren und die Hochschulräte der Teilschulen, welche von verschiedenen Kantonen getragen werden, weder in der Lage noch dazu bereit, die notwendigen Kompetenzen an eine zentrale Führung abzugeben. Bezogen auf die Fachhochschule Ostschweiz hat die IHK – bisher mehr oder weniger erfolglos – eine Konzentration der technischen Ausbildung und eine klare Fokussierung auf Kernkompetenzen gefordert, bei denen die Teilschulen im Markt eine hohe Akzeptanz haben.

Empfehlung «Strukturreform FHO»: Schaffung einer effizienten Führungsstruktur der FHO, mit einer einheitlichen politischen Trägerschaft und einer zentralen Führung mit einem Rektor, der mit den notwendigen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet ist. Ebenso ist ein einziger FHO-Hochschulrat notwendig, welchem die Kompetenz für strategisches Handeln und Entscheiden übertragen wird. Eine zentrale Führung beinhaltet auch Leistungs- und Standortplanungen – ein regionalpolitisch äusserst sensibles Thema.

Profilierung des MEM-Cluster

Die Ostschweiz und bedeutende Bezirke der Regionen des angrenzenden Auslandes sind ein wichtiger Standort für Industriebetriebe, vornehmlich für Betriebe aus dem MEM-Bereich. Zu Recht kann man dabei von einem eigentlichen Cluster in der Euregio Bodensee sprechen. Damit die MEM-Branchen ihre Stellung halten und ausbauen können, ist die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten, technisch ausgebildeten Arbeitskräften zu erhöhen. Denn sie sind die Basis für die Ausschöpfung und Weiterentwicklung des Wertschöpfungspotenzials.

Empfehlung «Ausbildung im MEM-Bereich»: Die Hochschulen rund um den Bodensee sorgen erstens für eine bessere Koordination ihrer Aus- und Weiterbildungslehrgänge im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und sorgen zusammen mit den verantwortlichen politischen Stellen für die Fokussierung und Konzentration der entsprechenden Lehrgänge auf die einzelnen Teilschulen, bzw. fördern die Fusion einzelner Teilschulen.

Empfehlung «Engineering-Event»: Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Bodenseeraums (B-IHK) führt in Zusammenarbeit mit den zuständigen politischen Behörden eine exklusive Kontaktveranstaltung für Studierende technischer Fachrichtungen durch. Industriefirmen aus der Euregio Bodensee präsentieren sich den Studierenden der technischen Hochschulen rund um den Bodensee mittels Workshops, Präsentationen usw. Dabei lernen sich Studierende und Unternehmensvertreter in ungezwungener Atmosphäre persönlich kennen. Eine Verbindung dieses Events mit der Intertech verleiht beiden Anlässen eine bereichernde Note¹⁴. Im Zusammenhang mit diesem Event lanciert die B-IHK eine Kampagne zur Bekanntmachung und Profilierung des MEM-Cluster an den technischen Hochschulen rund um den Bodensee.

Zuzug erleichtern

Die Verfügbarkeit von Liegenschaften und Bauland ist eine wesentliche Grundlage für die Attraktivität als Arbeits- und Wohnort. Die raumplanerischen Instrumente im Rahmen der Richt- und Nutzungsplanung übernehmen eine zentrale Rolle zur Steigerung des Wachstumspotenzials. In der Ostschweiz muss sichergestellt sein, dass Grundstücke und Immobilien zur Ansiedlung von zielgruppenorientierten Unternehmen und Privathaushalten in gewünschter Qualität und Quantität verfügbar sind.

Damit Familien und qualifiziertes Personal die Ostschweiz als Wohnort wählen, muss diesen Zielgruppen die Integration möglichst leicht gemacht werden. Dazu gehören neben den harten Faktoren wie Bauland oder Steuern auch weiche Faktoren. Die «neuen» St.Galler, Appenzeller oder Thurgauer müssen sich willkommen fühlen und von den Amtsstellen als «wichtigste» Kunden behandelt werden. Ein gelungenes Beispiel ist die Eglise française der IHK St.Gallen-Appenzell. Als 1685 viele religiös verfolgte Hugenotten in die Schweiz flüchteten, beschloss die IHK die Veranstaltung von französischen Gottesdiensten, die bis heute durchgeführt werden.

Empfehlung «Verfügbarkeit von Grundstücken und Immobilien sicherstellen»: Die Kantone betreiben zusammen mit den Gemeinden, Immobiliengesellschaften und anderen interessierten Institutionen eine aktive Flächenangebotspolitik. Sie entwickeln Wohnstandorte und Industrie- und Gewerbeflächen für die anvisierten Zielgruppen – wenn notwendig auf dem Weg der Revision der Ortsplanung und der kantonalen Raumplanung sowie der Richtpläne. Der Kanton und die Gemeinden entwickeln zudem Anreize zur Verflüssigung von Baulandreserven und zur Reduktion der Baulandhortung.

Empfehlung «Willkommen sein»: Die Wirtschaftsförderungsstellen erleichtern zuzugswilligen Personen ihre Akklimatisation in der Ostschweiz. Sie sorgen dafür, dass potenzielle Umzugsprobleme effizient und kundenspezifisch gelöst werden. Zu prüfen ist, ob «Case Manager» – z.B. im Fall von Ansiedlungen infolge des Bundesgerichtsumzugs nach St.Gallen – eingesetzt werden sollten. Die IHK St.Gallen-Appenzell und die IHK Thurgau unterstützen ihre Mitglieder bei der Integration von ausländischen Kadern in die Gesellschaft und Kultur der Ostschweiz und in die Politik. Denkbar sind Kurz-Seminare zur Politik, der gemeinsame Besuch von kulturellen Veranstaltungen, Stadtführungen usw.

¹⁴ Für die Konkretisierung und Durchführung dieses Events kann auf das bewährte Team von «together» (www.together-online.ch) zurückgegriffen werden. «together» ist auch verantwortlich für die erfolgreichen Sprungbrett-Events, an denen Studierende mit Unternehmen ihrer Region zusammengeführt werden.

Steuerreformen

Die letzten fünf Jahre haben gerade in der Ostschweiz eine deutliche Senkung der Steuern gebracht. Trotz der Verbesserung der steuerlichen Position der Ostschweiz müssen punktuell weitere Senkungen folgen.

Senkung Unternehmenssteuern

Die Senkung der Unternehmenssteuern ist aus ökonomischer Sicht speziell zu begrüssen. Die Resultate diverser empirischer Studien deuten darauf hin, dass der volkswirtschaftliche Schaden der Unternehmenssteuern besonders hoch ist, höher als bei den Steuern auf Einkommen und Vermögen¹⁵. Es ist auch zu beachten, dass die Unternehmungen selber keine Steuerlast tragen können, sondern nur die Eigner der Unternehmung und andere natürliche Personen. Die direkte Besteuerung der Eigner ist deshalb aus volkswirtschaftlicher Sicht vorzuziehen. Ausnahmen von dieser Regel kann es dann geben, wenn die Kapitaleigner nur über Unternehmenssteuern besteuert werden können. Dies ist bei ausländischen Kapitaleignern oder bei einer fehlenden Besteuerung der Kapitalgewinne der Fall. Angesichts der hohen volkswirtschaftlichen Kosten der Unternehmenssteuern und angesichts eines sich verschärfenden Steuerwettbewerbs können aber auch diese Einschränkungen nichts an der negativen Einschätzung von Unternehmenssteuern ändern.

Störend an der Unternehmensbesteuerung ist auch die Kapitalsteuer, die eine reine Substanzsteuer ist und im internationalen Vergleich eine seltene Ausnahme darstellt. Ein weiterer Schwachpunkt des Steuersystems ist, dass die Finanzierungskosten von Investitionen nur vom Gewinn abgezogen werden können, wenn diese mit Fremdkapital finanziert werden. Bei mit Eigenkapital finanzierten Investitionen entfällt jede Abzugsmöglichkeit.

Es ist mit einer weiteren Senkung der Unternehmenssteuern zu rechnen. Appenzell Ausserrhoden hält mit der Senkung der Gewinnsteuern auf 6% ab 2008 die schweizerische Spitzenposition. Allerdings plant Obwalden mit Ausserrhoden gleichzuziehen.

Empfehlung «Spitzenposition bei den Unternehmenssteuern»: Die Ostschweiz muss bei den Unternehmenssteuern an der schweizerischen Spitze bleiben, bzw. an diese vordringen. Im Kanton St.Gallen bedingt dies eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern. Die Ostschweizer Kantone führen zudem die steuerliche Abzugsfähigkeit einer Normalverzinsung des Eigenkapitals sowie die Verrechnung der Kapital- mit der Gewinnsteuer ein.

Senkung Steuern für Haushalte

Bei den mittleren und hohen Einkommen besteht sowohl in St.Gallen als auch im Thurgau ein gewisser Handlungsbedarf, liegen doch beide Kantone über dem schweizerischen Mittel. Und auch in Ausserrhoden ist die Steuerbelastung bei den mittleren Einkommen eher hoch. Es ist zu vermuten, dass diese hohe Besteuerung einer der Faktoren hinter dem negativen Saldo der Ostschweiz bei der Binnenwanderung ist. Dies zeigt nicht zuletzt die regionale Erfahrung, wo Teufen, Appenzell und Mörschwil mit der Hilfe von tiefen Steuern einen starken Zuzug von gut verdienenden Haushalten erzielen konnten.

Empfehlung «Senkung Steuerbelastung für mittlere und hohe Einkommen»: Die Kantone St.Gallen und Thurgau müssen die Steuern bei mittleren und hohen Einkommen senken. Ausserrhoden hat bei mittleren Einkommen einen Handlungsbedarf.

¹⁵ Christian Keuschnigg, Ein zukunfts- und wachstumsorientiertes Steuersystem für die Schweiz. Analyse der Effizienz-, Verteilungs- und Wachstumswirkungen, Studie im Auftrag der Eidg. Steuerverwaltung, Universität St.Gallen, 2006.

Vereinfachung Steuersystem

Neben der Höhe der Steuern spielt auch die Komplexität des Steuersystems eine wichtige Rolle. Komplexe Vorschriften reduzieren die Transparenz und erhöhen den Aufwand für die Steuerabrechnung. In komplexen Steuersystemen erhöht sich zudem die Wahrscheinlichkeit, dass ungewollte Konsequenzen eintreten. Bereits schon klassisches Beispiel für diesen Zusammenhang zwischen hoher Komplexität und ungewollten Nebenwirkungen ist die Mehrwertsteuer. Durch die vier verschiedenen Sätze (Normalsatz von 7,6%, Sondersatz für Hotellerie von 3,6%, reduzierter Satz für Nahrungsmittel und Kultur von 2,4%, Nullsatz für Exporte) und die Ausnahmen von der Steuerpflicht entstand ein komplexes System, welches einen Grossteil der Steuern bei Unternehmungen und im Export erhebt, obwohl die Steuer eine reine Steuer auf dem Konsum sein sollte. Zusammen mit dem hohen administrativen Aufwand führt dies zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten. Die Initiative von Bundesrat Merz zu einer Vereinfachung des Systems auf Basis eines Einheitssteuersatzes ist deshalb zu begrüßen.

Auch bei der Einkommenssteuer und speziell bei der Verbindung von Einkommens- und Vermögenssteuer ist eine Vereinfachung angezeigt. Der radikalste entsprechende Vorschlag wäre eine Flat Tax. Etwas moderater und politisch vielversprechender ist der aktuelle Vorschlag der FDP zu einer Vereinfachung des Steuersystems, die EasySwissTax. Möglichkeiten zu ihrer Einführung sollten auch für die Ostschweiz geprüft werden.

Empfehlung «EasySwissTax»: Die Ostschweizer Kantone prüfen die Einführung der EasySwissTax.

Herausforderung Agglomeration St.Gallen

Die Stadt St.Gallen ist das grosse regionale Zentrum. Die Stadt weist zusammen mit der umliegenden Region 20% der Arbeitsplätze, aber nur 10% der Bevölkerung auf. Die Pendler aus den umliegenden Regionen machen die Differenz aus. Damit ist die Entwicklung von St.Gallen als Arbeitsort auch für die umliegenden Regionen von zentraler Bedeutung. Dazu kommt, dass St.Gallen ein regionaler Verkehrsknotenpunkt und ein Einkaufs- und Kulturzentrum ist. In der Stadt St.Gallen entwickelt sich die Beschäftigung zufriedenstellend. Allerdings zeigt sich, dass neben den privatwirtschaftlich angebotenen unternehmensbezogenen und Informatik-Dienstleistungen primär der öffentliche Sektor mit den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Unterrichtswesen und Forschung sowie die Öffentliche Verwaltung neue Arbeitsplätze anbietet. Die zunehmende Verstaatlichung des Arbeitsmarktes der Stadt St.Gallen wird sich mittelfristig negativ auf die Dynamik und die Finanzkraft des Standortes auswirken.

Die Bevölkerung ist zudem rückläufig, und beim durchschnittlichen Einkommen liegt St.Gallen weit zurück. Weiter harrt eine Reihe von Problemen im Bereich Verkehr einer Lösung. Der Verkehr auf der Stadtautobahn kollabiert in Stosszeiten bereits jetzt regelmässig, zu Staus kommt es auch auf den Ausfallstrassen in Richtung Teufen und in Richtung Wittenbach. Speziell der Kollaps der Stadtautobahn hat damit weit über die Agglomeration St.Gallen hinaus Auswirkungen. Eine Lösung dieser Probleme wird dadurch erschwert, dass es sich um überregionale Probleme handelt, welche im Moment von Stadt und Kanton St.Gallen gelöst und finanziert werden müssen, allenfalls mit der finanziellen Beteiligung des Bundes.

Das Problem der Zentrumslasten

Die Probleme der Agglomeration St.Gallen sind typisch für schweizerische Agglomerationen. Viele Aufgaben in den Bereichen Soziales, Verkehr und Kultur müssen lokal bereitgestellt und finanziert werden, kommen direkt oder indirekt aber auch den umliegenden Regionen zugute. Dies führte speziell mit der Zunahme der Kosten für soziale Aufgaben in den 90er Jahren zu einer zunehmenden finanziellen Belastung der Städte, welche sich in steigenden

Steuern niederschlug. Die sozialen Probleme führten zudem zu einer gewissen Verwahrlosung und zu steigender Kriminalität. Dieser Prozess führte zu einer sinkenden Standortattraktivität der Städte. Speziell Haushalte mit mittlerem und hohem Einkommen hatten einen Anreiz, die Stadt zu verlassen. Die Städte sahen sich damit einer doppelten Herausforderung gegenüber, einerseits einer sinkenden Steuerbasis, andererseits immer mehr Aufgaben.

Die Zentrumslasten lassen sich in zwei Bereiche aufteilen. Erstens sind es Kosten im Bereich Soziales, welche sich aus der speziellen Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung ergeben. Gruppen, welche eine überdurchschnittliche Wahrscheinlichkeit für einen Bezug von staatlichen Leistungen haben, finden sich konzentriert in den Städten: Alleinstehende, Alleinerziehende, Auszubildende, Ausländer und Alte. Deshalb wird dieser Aspekt auch als «A-Stadt-Problematik» bezeichnet. Der Nutzen für die umliegenden Gemeinden ist nur indirekter Natur, da sich diese weniger um die sozialen Probleme zu kümmern brauchen.

Daneben erbringen Städte aber auch Leistungen, welche den umliegenden Gemeinden direkt zugute kommen. Es sind dies vor allem Leistungen in den Bereichen Kultur und Verkehr. Hier spricht man von Spillovers. Auch bei der Gesundheit und bei der höheren Bildung kann es zu Spillovers kommen. Die entsprechenden Leistungen werden in der Regel vom Kanton finanziert und betreffen die Stadt nicht direkt, sie stellen aber ein Problem für den interkantonalen Finanzausgleich dar.

Im neuen Finanzausgleich werden die Zentrumslasten neu berücksichtigt. Zur Korrektur der A-Stadt-Problematik wurde ein soziodemografischer Lastenausgleich eingeführt. Er ist mit etwas über 250 Mio. Franken allerdings finanziell knapp ausgestattet und kompensiert nur einen Bruchteil der effektiven Kosten in diesem Bereich. Die Spillovers sollen über interkantonale Zusammenarbeit gelöst werden. Dies war im Prinzip bereits bisher der Fall. Neu besteht allerdings die Möglichkeit, Verträge zwischen einzelnen Kantonen auch für die anderen Kantone einer Agglomeration als verbindlich zu erklären. Damit soll die Gefahr des Trittbrettfahrens einzelner Kantone verhindert werden. Ob sich dadurch allerdings die interkantonale Zusammenarbeit verbessern lässt, ist noch nicht klar. Praktische Erfahrungen mit diesem neuen Instrumentarium konnten noch nicht gemacht werden.

Auf jeden Fall besteht für die Agglomeration St.Gallen nach wie vor die Herausforderung, nach tragfähigen Lösungen zu suchen, welche auch umliegende Gemeinden und Kantone einbeziehen. Einer Lösung harren vor allem Probleme beim Verkehr, bei der Gesundheit und der Kultur. Das soll allerdings nicht heissen, dass die Stadt keine eigenen Anstrengungen unternehmen muss, um wieder attraktiver zu werden¹⁶.

Ein neues Konzept für den Agglomerationsverkehr

Probleme beim Verkehr bestehen einerseits bei der Stadtautobahn, andererseits bei der Verbindung in Richtung Teufen. Die Überlastung der Strasse nach Teufen entsteht vor allem zu den Stosszeiten morgens und abends und wird durch den Pendlerverkehr aus den beiden Appenzell verursacht. Eine Lösung, welche die beiden Appenzell bei der Entscheidung, aber auch bei den Kosten miteinschliesst, sollte deshalb möglich sein, kommt ein Ausbau der Strasse doch vor allem diesen beiden Halbkantonen zugute. Schwieriger sieht die Sache bei der Stadtautobahn und bei deren Zubringern aus. Bei den Zubringern bestehen die grössten Probleme beim Rosenbergertunnel, wo die Platzknappheit Lösungen zusätzlich erschwert. Immerhin zeigen die kürzlich präsentierten Pläne für eine Tunnel-Südfahrt, dass die Probleme heute auch auf politischer Ebene erkannt werden und nicht weiter einem Denk- und Diskussionsverbot unterliegen.

Ungenügend ist aber auch die Erschliessung der Agglomeration St.Gallen mit dem öffentlichen Verkehr. Das aktuelle Angebot im schienengebundenen Regionalverkehr hat wenig

¹⁶ Vorschläge finden sich in Kurt Weigelt, Der Wille zur Stadt, Arbeitsgemeinschaft PRO STADT, 1996.

gemeinsam mit einer modernen S-Bahn. Persönlicher Einsatz der Verantwortlichen und gute Marketingideen können die längst überfälligen Investitionen in die Modernisierung der Anlagen nicht ersetzen. Dabei ist die Optik des Agglomerationsverkehrs bis in den Grossraum Zürich auszuweiten. Die Anbindung an den Flughafen Kloten und an die Stadt Zürich ist mitentscheidend für die Standortgunst unserer Region und muss durch Investitionen in Fahrplan und Strecke weiter verbessert werden.

Empfehlung «Ostschweizer Pendlerzug»: Es ist ein Ostschweizer Pendlerzug in den Fahrplan einzufügen, welcher morgens ein- bis zweimal in Richtung Zürich fährt, abends in die umgekehrte Richtung. Es sind nur Haltestellen in Gossau und Wil vorzusehen, mit direkter Weiterfahrt bis Zürich. Ideal ist die Linie über Stadelhofen, Hardbrücke bis Altstätten, welche die direkte Bedienung von verschiedenen Arbeitsorten erlaubt. Dies bedeutet für Pendler eine Zeitersparnis von mindestens 15 Minuten pro Weg, bei Destinationen entlang der neuen Strecke sogar noch deutlich mehr.

Ein neues Finanzierungskonzept für die Kultur

Bei der Kultur hat sich das Problem der Zentrumslasten insofern reduziert, als dass das Theater St.Gallen nicht mehr von der Stadt, sondern vom Kanton betrieben wird. Trotzdem ist auch hier eine interkantonale Zusammenarbeit und Lastenteilung unter Einschluss der beiden Appenzell und des Thurgaus anzustreben. Eine reine Verhandlungslösung dürfte aber schwieriger sein, zumindest solange die Benutzung der kulturellen Einrichtungen allen zu einem einheitlichen Preis offen steht.

Eine Differenzierung der Preise nach Benutzergruppe wäre allerdings ohne weiteres möglich. Sie könnte mit einem Vouchersystem kombiniert werden. Die Einwohner derjenigen Kantone und Gemeinden, welche sich an den Kosten beteiligen, erhielten dabei Gutscheine, welche ihnen einen verbilligten Kauf von Billetten für gewisse kulturelle Ereignisse erlauben würden. Damit liesse sich eine Subventionierung von denjenigen kulturellen Events erreichen, welche auch effektiv auf Interesse stossen. Dies würde den Nutzen aus den Subventionen gegenüber dem heutigen System der politischen Verteilung der Gelder erhöhen und für ein attraktiveres Angebot sorgen, was wiederum den Wohnort Ostschweiz aufwerten würde.

Empfehlung «Kultur Gutscheine»: Ein Teil der Kultursubventionen soll neu in Form von Gutscheinen an die interessierte Bevölkerung erfolgen, welche an genau definierten Veranstaltungen zu einer Reduktion des Eintrittspreises verwendet werden können. Der Gesamtbetrag der Gutscheine soll etwa 30% der Subventionen betragen. Die festen Subventionen an die Kulturinstitutionen werden um diesen Betrag gekürzt. Der Betrag der Gutscheine, welcher am Ende des Jahres nicht benutzt wurde, wird im Verhältnis der erhaltenen Gutscheine an alle Veranstalter verteilt. Der an die Kultur fliessende Gesamtbetrag wird damit nicht gekürzt.

Zusammenfassung in 20 Empfehlungen

1. Aufhebung der Vorschriften zu den Ladenöffnungszeiten.
2. «Case Manager» für Unternehmen einführen.
3. Flankierende Massnahmen ausschliesslich auf Fälle anwenden, wo es zu einer Senkung der branchenüblichen Löhne kommen könnte, und reduzierte Meldepflicht sowie kürzere Fristen für Dienstleistungserbringer im grenznahen Verkehr einführen.
4. Den vorhandenen Spielraum bei der Sozialhilfe besser nutzen.
5. Verbesserung der öffentlichen Sicherheit durch erhöhte Polizeipräsenz, Optimierung der Strafverfolgung, Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kantonen und Gemeinden.
6. Einführung der freien Schulwahl.
7. Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen.
8. Flächendeckende Tagesstrukturen inklusive Mittagstische einführen.
9. Anhebung der Studiengebühren.
10. Schaffung einer effizienten Führungsstruktur an der FHO.
11. Verbesserung der Koordination (auch durch Fusionen) der Aus- und Weiterbildungslehrgänge im naturwissenschaftlich-technischen Bereich an den Hochschulen rund um den Bodensee.
12. Durchführung eines «Engineering-Events» durch die B-IHK in Verbindung mit der Intertech.
13. Verfügbarkeit von Grundstücken und Immobilien durch eine aktive Flächenangebotspolitik sicherstellen und Anreize zur Verflüssigung von Baulandreserven und zur Reduktion der Baulandhortung entwickeln.
14. «Willkommen sein»: Potenzielle Umzugsprobleme effizient und kundenspezifisch unter Einsatz von «Case Managern» lösen.
15. Unterstützung der IHK-Mitglieder bei der Integration von ausländischen Kadern in die Gesellschaft und Kultur der Ostschweiz und in die Politik.
16. Spitzenposition bei den Unternehmenssteuern erobern bzw. sicherstellen. Verrechnung der Kapital- mit der Gewinnsteuer sowie die Abzugsfähigkeit einer Normalverzinsung des Eigenkapitals einführen.
17. Senkung Steuerbelastung für mittlere Einkommen in AR und zusätzlich für hohe Einkommen in SG und im TG.
18. Einführung der EasySwissTax in den Ostschweizer Kantonen prüfen.
19. Ostschweizer Pendlerzug nach und von Zürich in den Fahrplan einfügen.
20. Kulturgutscheine einführen.

Anhang: Wirtschaftsregionen

WIRTSCHAFTSREGIONEN KANTON APPENZELL AUSSERRHODEN

Wirtschaftsregion	Gemeinden
Vorderland	Grub, Heiden, Lutzenberg, Rehetobel, Wald, Reute, Walzenhausen, Wolfhalden
Mittelland	Bühler, Gais, Speicher, Teufen, Trogen
Hinterland	Herisau, Hundwil, Schöngengrund, Schwellbrunn, Stein, Urnäsch, Waldstatt

WIRTSCHAFTSREGIONEN KANTON ST. GALLEN

Wirtschaftsregion	Ortschaften
St. Gallen	St. Gallen, Abtwil, Engelburg, Eggersriet, Grub, Gossau, Andwil, Waldkirch, Arnegg, Kronbühl, Wittenbach, Bernhardzell, Lömmenschwil, Häggenschwil, Muolen
Rorschach	Berg, Mörschwil, Staad, Altenrhein, Goldach, Rorschach, Rorschacherberg, Steinach, Tübach, Untereggen, Thal
Rheintal	Hinterforst, Kriessern, Heerbrugg, Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau, Widnau, Altstätten, Eichberg, Marbach, Oberriet, Rebstein, Rüthi, Rheineck, St. Margrethen
Werdenberg	Salez, Sennwald, Frumsen, Sax, Haag, Buchs, Grabs, Gams, Sevelen, Weite, Trübbach, Azmoos, Oberschan
Sarganserland	Bad Ragaz, Pfäfers, St. Margrethenberg, Vadura, Vättis, Valens, Sargans, Wangs, Vilters, Schwendi, Weiss-tannen, Murg, Quinten, Walenstadt, Unterterzen, Quarten, Oberterzen, Mols, Mädris-Vermol, Mels, Plons, Berschis, Flums, Flumserberg
Linthgebiet	Goldingen, Rapperswil-Jona, Wagen, Bollingen, Schmerikon, Benken, Schänis, Kaltbrunn, Rufi, Ernetschwil, Walde, Uznach, Neuhaus, Eschenbach, Ermenswil, St. Gallenkappel, Gommiswald, Uetliburg, Rieden, Uznach, Weesen, Amden
Toggenburg	Ricken, Hoffeld, Dicken, Mogelsberg, Nassen, Brunnadern, Necker, St. Peterzell, Rindal, Kirchberg, Gähwil, Bazenheid, Lütisburg, Bütschwil, Mosnang, Gantereschwil, Dreien, Mühlrüti, Libingen, Dietfurt, Lichtensteig, Oberhelfenschwil, Krinau, Wattwil, Ullisbach, Hemberg, Ebnat-Kappel, Krummenau, Nesslerau, Ennetbühl, Neu St. Johann, Stein, Alt St. Johann, Unterwasser, Wildhaus, Degersheim, Wolfertswil, Flawil, Egg, Niederbüren
Wil (SG)	Niederwil, Uzswil, Oberuzwil, Jonschwil, Niederuzwil, Oberbüren, Henau, Bichwil, Algetshausen, Wil, Rossrüti, Züberwangen, Zuzwil, Lenggenwil, Zuckenriet, Niederhelfenschwil, Schwarzenbach, Bronschhofen

WIRTSCHAFTSREGIONEN KANTON THURGAU

Wirtschaftsregion	Ortschaften
Diessenhofen	Diessenhofen, Basadingen, Schlättingen, Schlatt bei Diessenhofen
Frauenfeld	Aadorf, Ettenhausen, Guntershausen, Frauenfeld, Pfyn, Lanzenneunforn, Hörhausen, Homburg, Thundorf, Häuslenen, Uesslingen, Niederneunforn, Oberneunforn, Warth, Herdern, Hüttwilen, Nussbaumen, Islikon, Gachnang, Felben-Wellhausen, Hüttlingen-Mettendorf, Müllheim Dorf, Stettfurt, Wittenwil, Matzingen
Kreuzlingen	Ermatingen, Triboltingen, Tägerwilen, Kreuzlingen, Hefenhausen, Hugelshofen, Neuwilen, Siegershausen, Lengwil-Oberhofen, Güttingen, Altnau, Landschlacht, Scherzingen, Bottighofen
Oberthurgau	Amriswil, Schocherswil, Erlen, Obaraach, Zihlschlacht, Sitterdorf, Romanshorn, Uttwil, Kesswil, Salmsach, Heldswil, Hauptwil, Bischofszell, Schweizersholz, Wilen, Freidorf, Steinebrunn, Neukirch, Arbon, Egnach, Horn, Roggwil
Untersee	Kaltenbach, Eschenz, Mammern, Steckborn, Berlingen, Mannenbach-Salenst, Fruthwilen
Weinfelden	Amlikon-Bissegg, Müllheim-Wigoltingen, Wigoltingen, Raperswilen, Märstetten, Ottoberg, Weinfelden, Berg, Bürglen, Mauren, Schönholzerswilen, Sulgen, Leimbach, Kr Adolf-Schönenberg, Schönenberg an der Thur, Neukirch, Stehrenberg, Fritschen, Mettlen, Bussnang
Wil (TG)	Eschlikon, Balterswil, Bichelsee, Sirnach, Wiezikon b. Sirnach, Dussnang, Fischingen, Braunau, Lommis, Weingarten-Kalthäusern, Wuppenau, Hosenruck, Rickenbach b. Wil, Wilen b. Wil, Münchwilen, St. Margarethen, Wängi, Tuttwil, Bettwiesen, Tägersch, Tobel, Affeltrangen, Märwil, Littenheid

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer
St. Gallen-Appenzell
Gallusstrasse 16, 9000 St. Gallen
Tel. 071 224 10 10

Autoren:

Peter Eisenhut
Frank Bodmer

Layout:

matrix-design & kommunikation, Herisau
für axxaris group ag, Trogen

Druck:

Typotron AG, St.Gallen

Erscheinungsdatum:

19. November 2007

©2007 IHK St.Gallen-Appenzell

Preis der Studie:

Für IHK-Mitglieder gratis
Nicht-Mitglieder Fr. 30.–

Bestellungen:

sekretariat@ihk.ch, Tel. 071 224 10 10



IHK
Industrie- und
Handelskammer

St.Gallen
Appenzell

Gallusstrasse 16
Postfach
9001 St.Gallen

T 071 224 10 10
F 071 224 10 60
www.ihk.ch